Sozialistische Politik und Kriegsgefahr

Referate und Diskussionsbeiträge einer Tagung des Sozialistischen Büros

u.a.: Schlupp, Massarrat, Albrecht, Buro, Jahn, Diner

SOZIALISTISCHE POLITIK UND KRIEGSGEFAHR

Referate und Diskussionsbeiträge einer
Tagung des Sozialistischen Büros

Herausgeber:	Sozialistisches Büro, Postfach 591 6050 Offenbach
Verleger:	Verlag 2000 GmbH
Erste Auflage:	November 1981, 1000 Exemplare

Alle Rechte bei Verlag 2000

Redaktion:	Henning Müller und Horst-Dieter Zahn
Vertrieb:	Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstr. 33, 6050 Offenbach, Telefon: 0611/ 88 50 06 Postscheck Frankfurt, Konto-Nr. 61041 - 604
Preis:	6,- DM
Druck:	hbo-Druck Einhausen
ISBN:	3 - 88534 - 208 - 1

Die Zeichnungen auf den Seiten 4 und 12 stammen von Peter Gaymann, Hartheim; Umschlagfoto: Rose.
Letzte Umschlagseite: Die ersten beiden Strophen aus dem Lied 'Grande Finale' von Udo Lindenberg.

Vorbemerkung 2

Zur redaktionellen Bearbeitung 4

Frieder Schlupp
KRIEGSGEFAHR UND INNERIMPERIALISTISCHE KONKURRENZ 5

Mohssen Massarrat
INSTABILITÄT DER WELTLAGE UND KRIEGSGEFAHR 13

DISKUSSION 32

Ulrich Albrecht
HERAUS AUS DEM SYSTEM DER MACHTBLÖCKE: NEUTRALISMUS 38

DISKUSSION 41

Andreas Buro
DEFENSIVE VERTEIDIGUNG 43

DISKUSSION 46

Egbert Jahn
SOZIALE VERTEIDIGUNG 50

DISKUSSION 56

Dan Diner
FÜR EINEN ALTERNATIVEN REGIONALEN AUSTAUSCH 57

DISKUSSION 60

GLOSSAR 65

VERZEICHNIS DER WICHTIGEN EINSCHLÄGIGEN LITERATUR 71

VORBEMERKUNG

Das Sozialistische Büro veranstaltete im März dieses Jahres in Heidelberg eine Tagung: "Kriegsgefahr und sozialistische Friedenspolitik".

Hinter dem Wort von der 'sozialistischen Friedenspolitik" hätte besser ein Fragezeichen gestanden. Damit soll nicht gesagt werden, daß der heute verbreitete, oft wehleidige und übertriebene Kleinmut von Sozialisten in Bezug auf die Friedensbewegung gerechtfertigt wäre.

Sozialisten in der Friedensbewegung spielen dort eine wichtige Rolle, haben spezifische Erfahrungen und Kenntnisse zu vermitteln. Sie waren in den "alten" Bewegungen (wie z.B. "Kampf dem Atomtod", und Ostermarsch) aktiv, deren Lehren heute lebendig gemacht werden müssen; ihre marxistischen Analysen der Rüstungsökonomie, der weltwirtschaftlichen Entwicklung und der internationalen politischen Beziehungen können zur Grundlegung friedenspolitischer Strategien heute wesentlich beitragen.

Was aber "sozialistische Friedenspolitik" ist, war im März nicht deutlich und ist es auch heute noch nicht. Darunter wäre ja ein klar umrissenes Konzept zu verstehen, eine einigermaßen schlüssige Analyse der Friedensbewegung ebenso wie ein plausibler Entwurf der Ziele und Wege.

Zunächst aber sind neue Fragen zu beantworten.
Die vorliegende Broschüre bringt ebenso wie die ihr zugrundeliegende Tagung des Sozialistischen Büros einen Teil von ihnen zur Sprache.

Sie versteht sich als Anfang von Publikationen des SB, die - ad hoc und in wechselnder Gestalt - eine Zwischenform der Diskussion anstreben: zwischen Information und relativ abgeschlossener, "fertiger" Analyse.

Die Tagung "Kriegsgefahr und sozialistische Friedenspolitik" war bewußt so angelegt, daß sie mit Referaten begann, die auf Veränderungen der innerimperialistischen Konkurrenz und auf die ökonomisch-politischen Widersprüche auf dem Weltmarkt ein besonderes Augenmerk richteten. Die Ausgangsüberlegung war - und der Tagungsverlauf hat sie bestätigt -, daß es bei der Erörterung von Zielen einer alternativen Friedenspolitik nicht dazu kommen dürfe, fernab der ökonomischen und politischen Realität "Modelle" zu basteln.

Eine friedenspolitische Konzeption etwa, die sich auf die Forderung nach einseitigen Schritten der Abrüstung konzentriert, muß - einmal abgesehen von der Frage nach möglichen sozialen und politischen Trägern und der Durchsetzung dieses Ziels - auf die Frage antworten, in welcher Weise die Ökonomie der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt Zustände der Unterdrückung, der Gewalt und damit auch mehr oder weniger latente Kriegsgefahr erzeugt und voraussetzt. Sie wäre mithin gezwungen, um ihrer Konsequenz willen die Perspektive einer anderen ökonomischen Struktur und eines anderen Austausch-Modells mit einzuschließen.

Ähnliches gilt auch für andere Zielsetzungen in der Friedenspolitik. Und ohne, daß sich bei der Tagung schon Umrisse einer "soziali-

stischen Friedenspolitik" abzeichneten, sind auf ihr doch die Querverbindungen deutlich geworden, die zwischen einzelnen friedenspolitischen "Optionen" bestehen.

Ein Problem durchzieht alle Diskussionen, die im folgenden protokolliert werden: Es ist die Realpolitik. In dem kühnen Wort mancher SPD-Politiker, die Friedensbewegung sei ja eine gute Sache, nur müsse nun eben auch Friedenspolitik gemacht werden, steckt ein wenig von diesem Problem. Es ist zwar einfach festzustellen, daß sich einzelne Politiker wie auch Teile der SPD damit auch in Sachen Frieden als das politische Instrument schlechthin andienen wollen. Auf der anderen Seite:
Die Breite und der Schwung der Friedensbewegung verdanken sich zum Großteil zwar ihrer Radikalität und Einigkeit in der Absage an die herrschende Politik; jede Überlegung freilich, die Zwischenziele zu formulieren sucht, weil es ihr um die Mehrheits- und Durchsetzungsfähigkeit von Schritten hin zum Frieden geht, muß in zahlreiche Widersprüche geraten.

Diese Widersprüche brachen in der folgenden Diskussion dort auf, wo vorgetragene politische Optionen gerade vom Anspruch ausgingen, im Interesse einer politischen Autonomie der Friedensbewegung dürfe man nicht allein bei der negativen Abgrenzung gegenüber politischen Vereinnahmungsversuchen (SPD, DKP) stehenbleiben - man müsse vor allem eigenständige politische Zielsetzungen entwickeln und vertreten.

Ein erster Widerspruch besteht darin, daß es politisch außerordentlich schwierig scheint, auf der einen Seite bestehende "Sicherheitsbedürfnisse" und den Sicherheitsbegriff der herrschenden Politik quasi immanent anzugehen und auf der anderen Seite gesellschaftliche Verhältnisse anzustreben, die solche "Sicherheitsbedürfnisse" ebenso überflüssig machen wie eine "Sicherheitspolitik".

Ein zweiter Widerspruch wurde dort deutlich, wo es um Perspektiven einer Herauslösung der Bundesrepublik, vor allem aber Europas, aus den Blöcken ging: Wenn es überhaupt ökonomisch und politisch relevante Entwicklungen zu einer "Abkoppelung Europas" gibt - sollte die Friedensbewegung auf sie setzen, sie verstärken? Würde damit nicht der Teufel (Vormacht USA) durch den Beelzebub (Europa der Monopole) ausgetrieben?

In den weiteren Diskussionen und nicht zuletzt in den künftigen politischen Aktivitäten muß versucht werden, die sich scheinbar aufdrängende Alternative zwischen Realpolitik (also Identitätsverlust?) einerseits und "reiner" Radikalität (also Einflußlosigkeit?) andererseits zu überwinden.

Horst-Dieter Zahn

Zur redaktionellen Bearbeitung

Die beiden Ausgangsreferate sind entweder in Zusammenarbeit mit dem Verfasser oder (Massarrat) vom Verfasser selbst überarbeitet worden.

Die Diskussionen im Plenum werden bis auf geringfügige sprachliche Verbesserungen im Wortlaut wiedergegeben. Im ersten Abschnitt - Diskussion über die Beiträge von Schlupp und Massarrat - werden die Beiträge zusammengefaßt und an inhaltlichen Komplexen neu gruppiert; im zweiten Teil, der mit dem Beitrag von Ulrich Albrecht beginnt, wird folgendermaßen verfahren:

Nach den Beiträgen werden Diskussionsbeiträge, Einwände und Fragen aus dem Publikum in kursiver Schrift gekennzeichnet.

Das Glossar am Anhang bezieht sich nur auf in dieser Broschüre verwendete Abkürzungen und "Fachbegriffe". Es ist von Rüdiger Pusch und Alexander Matwejew zusammengestellt.

Frieder Schlupp

KRIEGSGEFAHR UND INNERIMPERIALISTISCHE KONKURRENZ

Von der Welfare- zur Warfare-Politik

Wenn ich es recht sehe, bleibt die aktuelle friedenspolitische Diskussion gerade angesichts der akuten subjektiven Kriegsangst und der objektiven Kriegsgefahr ("1914") derzeit noch mehr denn je in eine Denkschablone zurückgeworfen, die die Frage nach Krieg und Frieden vorrangig auf die militärische Eigendynamik des internationalen Droh- und Abschreckungssystems verkürzt. Der verbreiteten vordergründigen Orientierung an der herrschenden Raketen-Arithmetik wie Rüstungs- und Gleichgewichts-Mechanik entspricht dabei zumeist eine nur noch wenig durchdachte Fixierung auf die scheinbar naturgesetzlich vorgegebene Form und Funktion der 'antagonistischen'System-konkurrenz, die von der Konfrontation der Supermächte beherrscht, in Militärblöcken organisiert und über strategische Doktrine und Rüstungsstrategien aktiviert wird: Letztlich erscheint die durchmilitarisierte "System"-Konfrontation als übergeschichtliche, unaufhebbare Realität, so daß allen friedenspolitischen Konzeptionen und Strategien offenbar bloß noch übrig bleibt, sich damit abzufinden und darauf einzurichten... Drängen dann die einen lediglich noch darauf,durch 'mehr' (Rüstungskontroll-) Verhandlungen und 'weniger' (Auf-)Rüstung, 'mehr' Entspannung und ein 'besseres' Gleichgewicht das Ost-West-Verhältnis zu "stabilisieren" und das Abschreckungssystem zu "rationalisieren" (um damit zugleich auf beiden Seiten Rüstung als Dauereinrichtung zu garantieren), zielen die anderen eher darauf ab, wenigstens bestimmte eingegrenzte Gebiete aus der militarisierten Konfrontation herauszulösen und "dis-engagierte", eventuell "de-nuklearisierte" und "demilitarisierte" Zonen zu schaffen, um dadurch eine gewisse räumliche (und eventuell auch politische) Distanz zur weltweiten "System"-Konkurrenz zu gewinnen.

Beide Varianten gehen letztlich vom ehernen Bestand der Militarisierung der System-Konkurrenz aus. Diese scheint auf ewige Dauer gestellt - bestenfalls zu unterlaufen, aber keinesfalls zu durchbrechen oder zu überwinden.

Ich halte diese Denkmuster für verkürzt und im Hinblick auf die Ausarbeitung und Umsetzung alternativer friedenspolitischer Konzeptionen zudem für gefährlich - tragen sie doch mit dazu bei, die materielle Basis und reale Funktion der Militär- und Rüstungs-, Verteidigungs- und Abschreckungs-, Allianz- und Sicherheitspolitik zu mystifizieren.

Letztlich verkürzen sie die Bedingungen der herrschenden Rüstungslogik und Militärmechanik auf Momente der "antagonistischen" Systemkonkurrenz, die zwischen den Systemen selbst liegen; allzuoft treten die systemimmanenten Faktoren,die im entwickelten Kapitalismus wie im "realen Sozialismus" die Aufrüstung bedingen und die Militarisierung bestimmen, vorschnell in den Hintergrund.

Gerade im aktuellen Zusammenhang der friedenspolitischen Diskussion ist jedoch- nach allen einschlägigen Debatten über den "realen Sozialismus" und das real-sozialistische "Lager" - zuerst einmal zu fragen, was denn

daran real, was sozialistisch ist - und was dann noch den realen Inhalt und die materielle Qualität des System-"Antagonismus" ausmachen könnte.

Militärische Eigendynamik oder Krisenbewältigung?

Gerade gegenwärtig ist zudem mit allem Nachdruck zu fragen, ob es denn noch weiter angehen kann, der Rüstungspolitik und Militärstrategie eine nahezu unvermittelte und absolut abgehobene Eigendynamik zuzuschreiben - wenn es doch darum gehen muß, angesichts des durchgängig Durchmilitarisierten nachgerade aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlicher Beziehungsebenen nach innen und außen eben die politischen, ideologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionen dieser Durchmilitarisierung auszumachen.

Und gerade vor dem Hintergrund der offenkundigen Militarisierung der gesamten Politik gegenüber der Dritten Welt (nicht nur in der Öl- und Rohstoffpolitik) ist doch zu fragen, ob diese Durchmilitarisierung etwa allein als erweiterte Funktion des Ost-West-Konfliktes hinreichend erklärt werden kann.

Ich gehe davon aus, daß gerade in der gegenwärtigen Phase das Auf-, Wett- und "Totrüsten",die sich abzeichnende durchgängige Durchmilitarisierung der Innen- und Außen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nur im Zusammenhang mit den Systemproblemen und -krisen in allen Gesellschaftssystemen und -formationen hinreichend erklärt werden kann:

Militarisierung und Rüstung sind weithin - in West, Ost und Süd - tragende Momente von ökonomischen Restruktierungs- und politischen Reorganisationsstrategien geworden, die zum kurzfristigen "Krisenmanagement" ebenso wie zur mittelfristigen Krisen-"Lösung" beitragen sollen; zumal in den USA kommt ihnen geradezu die Rolle einer Wunder- und Allzweckwaffe zu, mit der sämtliche Probleme im Inneren wie nach außen 'überwunden' werden könnten.

Ich möchte daher zunächst am Beispiel der USA aufzeigen, daß die gegenwärtige gigantische Aufrüstung (für 1981-1986 sind insgesamt 1.500 Milliarden Dollar an Rüstungsausgaben geplant) und militante Militarisierung insbesondere der Außenpolitik in erster Linie eine "systempolitische" Funktion hat, die nicht vorrangig auf das Verhältnis zur Sowjetunion und den Ost-West-Konflikt, sondern auf die Restrukturierung und Reorganisation des US-Kapitalismus zugleich auf die Restrukturierung und Reorganisation des kapitalistischen"Welt"-systems insgesamt ausgerichtet ist.

Im Kern geht es dabei darum, die Systemkrise zu überwinden und das Akkumulations- und Reproduktions-"Modell" des "American way of life" zu retten. Da dieses Ziel nach den offiziellen Bekundungen der herrschenden US-Politik nur über eine Wiederherstellung der superimperialistischen Position der USA in der Weltwirtschaft und Weltpolitik zu erreichen ist ("Empire as a way of life"), steht die Wiedergewinnung der absoluten politisch-ideologischen Vorherrschaft und ökonomisch-technologischen Überlegenheit als anabdingbares Zwischenziel im Vordergrund: Die Politik der Stärke und Überlegenheit, die

USA als absolute "Number One", gilt nicht etwa nur militärisch und im Hinblick auf die Sowjetunion, sondern in erster Linie in Bezug auf die kapitalistischen Konkurrenten.

Zwar wird diese aggressive und militante militaristische Strategie der Stärke ideologisch-propagandistisch mit der sowjetischen "Bedrohung" gekoppelt, indem sämtliche Entwicklungen, die dem US-Superimperialismus nicht genehm sind (von lokalen Streiks über nationale Befreiungsbewegungen bis zum "internationalen Terrorismus" und "antiamerikanischen Pazifismus" ...) auf den "weltrevolutionären Sowjetimperialismus" zurückgeführt werden.

Sowjetische militärische Übermacht?

Doch während einerseits die Sowjetunion (mit einem Bruttosozialprodukt, das mittlerweile von dem Japans übertroffen wird) von den USA aus als militärische Übermacht hingestellt wird, so daß erst eine langjährige US-"Nach"-rüstung das "Gleichgewicht" wiederherstellen könnte, wird sie andererseits in den selben US-Strategien als ein Gesellschaftssystem dargestellt, welches angesichts unüberwindbarer ideologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Systemprobleme einem offenkundigen "Zerfallsprozeß" unterworfen ist. Indem die Sowjetunion - bzw. das realsozialistische "Lager" insgesamt - in einer strukturellen Abhängigkeit nicht nur von kapitalistischen Technologien, sondern auch von Nahrungsmitteln - und bald sogar von Öl- und Rohstoffimporten - gesehen wird, wird damit zugleich gerechnet, durch eine politische Unterbindung bzw. Steuerung des Ost-West-Handels (Technologie, Getreide usf. "als Waffe") ließe sich der unterstellte Zerfallsprozeß in eine "Reform"-tendenz umlenken, an deren Abschluß die Rückkehr zum Kapitalismus stehen könnte; dazu gesellen sich dann noch wahnwitzige Vorstellungen, es ließe sich unter Umständen ein Nuklearkrieg gegen die Sowjetunion "gewinnen", gelänge es nur, durch "chirurgische" Atomschläge die politischen Spitzen und militärischen Führungsstäbe auszuschalten.

Schon aus diesen Vorstellungen sollte deutlich werden, daß bei der neuen US-Globalstrategie das Beziehungsverhältnis zwischen den Systemen keinesfalls im Vordergrund steht. Vielmehr ist die zentrale "systempolitische" Funktion der Aufrüstung und Militarisierung in der Rolle zu sehen, die diesen Zusammenhang mit der "Modernisierung" und Wiederbelebung" der US-Ökonomie, mit der politischen und ökonomischen Reorganisation der Beziehungen zu den kapitalistischen Hauptkonkurrenten und mit der neuen Ausrichtung der US-Politik gegenüber der Dritten Welt zugewiesen wird.

Was die neue US-Wirtschaftspolitik anbetrifft, so darf über den militanten Monetarismus, den Kahlschlag bei den Sozialausgaben und die asoziale Steuerpolitik nicht übersehen werden, daß gerade die gegenwärtige gigantische Aufrüstung (bei einer Steigerungsrate von 30 % für 1981/82) das Fundament der neuen "supply-side-economics" darstellt: Mit der größten Aufrüstung aller Zeiten soll ein ungeheurer Investitions- und Innovations-Stoß ausgelöst werden, um die "Re-Industrialisierung" der US-Ökonomie einzuleiten, die "Modernisierung" zu beschleunigen und technologische Vorsprünge zu schaffen; auf dieser

Basis könnten dann die USA wieder das Gesetz des Handelns auf dem Weltmarkt zurückgewinnen, die Verschiebungen der inner-kapitalistischen ökonomischen Gewichts-, politischen Macht- und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse des letzten Jahrzehnts rückgängig machen.

Von daher gesehen ist die neue Ausrichtung der US-Globalstrategie durch die Reagan-Administration mehr als eine bloße taktische Änderung oder eine Aktivierung alter politisch-ideologischer Momente, wie sie schon immer in der amerikanischen Politik gegenwärtig waren. Eher handelt es sich um einen tiefgreifenden Machtblock-Wechsel, der den sich schon lange abzeichnenden Zerfall des alten Klassen- und Funktionbündnisses des new deal (oder was davon noch übrig geblieben war) endgültig politisch besiegelt: Neben der Verschiebung der regionalen sozio-ökonomischen und politischen Basis (von der Ostküste und dem Mittleren Westen zumWesten, Süden und dem 'sun belt') spiegelt dieser Machtblock-Wechsel auch eine Verschiebung der industriellen Basis - weg von den eher 'alten' und traditionellen Industrie-Branchen und hin zu den "neuen" und "modernen" Zweigen, wobei neben dem militärisch-industriellen Komplex im engeren Sinne vor allem die Luft- und Raumfahrt und die Elektronik (Bauelemente, Telekommunikation usw.) treten, deren 'zivile' Technologie und Produkte kaum mehr von den militärischen zu trennen sind.

Die spezifische militärische und militarisierte Form der amerikanischen ökonomischen Wiederbelebungs- und Modernisierungspolitik spiegelt diese Veränderungen der Machtblock-Basis somit ebenso wider wie die sie begleitende Cowboy-Ideologie; die Aufrüstungs- und Militärpolitik stellt den Kern der amerikanischen Variante der industrie- und technologiepolitischen "Anpassung" an veränderte Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt dar.

Diese Variante hat zudem - zumal im Hinblick auf die kapitalistischen Hauptkonkurrenten in Japan und Westeuropa - den Vorteil, daß damit der amerikanische Druck in Richtung auf eine entsprechende "Nach"-rüstung und "Lastenteilung" an Gewicht gewinnt - und dort zugleich finanzielle und technologische Kapazitäten auf einem Gebiet bindet, wo der amerikanische technologische Vorsprung noch am weitesten ausgebildet ist.

Zudem erleichtert es diese Aufrüstungs- und Spannungspolitik den USA, die politische Kontrolle der außenwirtschaftlichen Optionen der Hauptkonkurrenten zu verschärfen. Deren Versuche, im Rahmen eines erweiterten Rahmens des Ost-West-Handels und der Ost-West-Zusammenarbeit eine langfristige Absicherung von Exportinteressen anzuzielen und auf der Importseite weitreichende Möglichkeiten der Versorgung mit Energie und Rohstoffen wahrzunehmen, sind über die Militär- und Allianzpolitik unter Vorzeichen der Aufrüstung und Spannung leichter durchzusetzen als unter solchen der Abrüstung und Entspannung; vor dem Hintergrund der sich in Zukunft noch weiter verschärfenden Konkurrenz um Zugang zu Energieträgern und Rohstoffen wird dieser Aspekt noch mehr an Bedeutung gewinnen.

Am deutlichsten freilich scheint die Militarisierung der neuen US-Globalstrategie in der US-Politik gegenüber der Dritten Welt durch. Ist schon in Bezug auf die kapitalistischen Metropolen abzusehen,

daß von seiten der USA die vordem noch debattierten Vorstellungen von der "trilateralen" Arbeits- und Lastenteilung wie der "kollektiven" metropolitan-kapitalistischen "Führung" zugunsten unilateraler und unipolarer US-Strategien der Vorherrschaft und Überlegenheit abgelöst werden sollten, so bricht diese Entwicklung noch sehr viel schärfer in der "Süd"-politik durch. Dem diplomatischen Ritual des "Nord-Süd-Dialogs", den Verhandlungen im Rahmen der UN um eine "Neue" Weltwirtschaftsordnung wird noch weniger Bedeutung als zuvor beigemessen; statt dessen wird die gesamte Dritte Welt unter generellen Interventionsvorbehalt gestellt. Konzentriert sich die amerikanische Politik noch mehr als bisher auf die direkte Kontrolle und umfassende Abstützung von autoritären Regimen in "Schlüssel"-ländern der Dritten Welt, um sie noch enger und direkter in den Kernbereich der kapitalistischen Arbeitsteilung abhängig einzubinden, so werden die übrigen Ländergruppen der Dritten Welt zunehmend politisch ausgegrenzt; in der Konsequenz wird offenbar durchaus radikal-liberal davon ausgegangen, die Masse der unterentwickelten Länder außerhalb des Kreises der Schlüssel- und Schwellenländer könnte letztlich nur sich selbst gefährlich werden und sollte daher auch sich selbst überlassen bleiben (und gegebenenfalls verhungern)... Die unverhüllte Militarisierung der amerikanischen Politik gegenüber den Ölländern im allgemeinen, und dem "Golf" im besonderen ist somit nicht lediglich als Ersatzlösung etwa für eine Überwindung der Energieprobleme und des inner- und zwischengesellschaftlichen Energiekonfliktes insgesamt zu betrachten.

In der letzten Instanz muß diese direkte Militarisierung der Öl- und Energiepolitik als ein Element einer umfassenden Militarisierungstendenz in der amerikanischen Ost-, "Süd"- und Westpolitik gesehen werden, die zudem alle Ebenen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durchzieht; zusammen mit der politisch-ideologischen und ökonomisch-technologischen Aufrüstung macht diese militante Militarisierung, die offenkundige Bereitschaft zur Intervention und zum Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln auch und gerade in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Entwicklungsperiode den Kern der spezifischen "systempolitischen" Strategie des neuen US-Machtblocks aus, mit der die akute Krise gemanagt und mittelfristig überwunden werden soll.

Offensichtlich fällt es dieser amerikanischen Politik leichter, die ganze Welt unter einen Interventionsvorbehalt zu stellen und sie einer Militarisierung und Kriegsgefahr auszusetzen als den "American way of life" von innen heraus zu reformieren; der Abbau des "Welfare"-Kapitalismus geht in den USA zugleich mit dem Auf- und Ausbau des "Warfare"-(Kriegs) Kapitalismus Hand in Hand.

Export und Aufrüstung in der BRD

Bezieht man nun die Entwicklung in der Bundesrepublik in die Analyse ein, so ist zunächst hervorzuheben, daß gerade die Bundesregierung sich gegenüber der US-Administration rühmt, in den 70er Jahren ihre Rüstungsausgaben im Jahresdurchschnitt um real 3% gesteigert zu haben. Nur scheinbar paradox ging also die als Friedenspolitik konzipierte neue Ostpolitik und Entspannungspolitik in der Bundesrepublik mit einer durchaus stetigen Aufrüstung einher; die Bundesrepublik ist dadurch

mittlerweile zur bei weitem stärksten konventionellen Militärmacht der europäischen NATO geworden. Hat die westdeutsche Rüstungsproduktion nach verfügbaren Untersuchungen auch noch nicht den Umfang etwa der britischen oder französischen erreicht, so übertrifft sie diese doch bei den Wachstumsraten des Inlandsumsatzes wie des Rüstungsexportes; derzeit ist abzusehen, daß in überschaubaren Zeiträumen eine einschneidende politische Weichenstellung bevorsteht.

Schon werden Rüstungsexporte großen Stils - nicht nur nach Saudi-Arabien - unter Verweis auf das Leistungsbilanzdefizit und die schrumpfenden Überschüsse in der Handelsbilanz als nahezu einziges und letztes Mittel dargestellt, um auch für die Zukunft den Export von "zivilen" Großanlagen - und überhaupt ausländische Großaufträge zu sichern, von denen die "Stabilität" des Export-Modell-Deutschland abhängt; darüber hinaus wird die Rüstungsproduktion sogar oft als "bestes" Mittel der Beschäftigungspolitik und Regionalpolitik, der sektoralen Strukturpolitik wie der Technologie- und Innivationspolitik hingestellt.

Solche Entwicklungen und Tendenzen zeigen an, daß keine Rede davon sein kann, die stetige Aufrüstung und der erhebliche Ausbau der westdeutschen Rüstungswirtschaft könne allein auf NATO-Verpflichtungen und amerikanischen Druck zurückzuführen sein.

Immer klarer zeichnet sich ein durchaus eigenständiges Interesse und eine durchaus autonome Bereitschaft ab, auch rüstungsökonomisch und militärpolitisch eine Rolle "zu spielen", die der Position als ökonomische "Großmacht" und westeuropäischen politischen Vormacht entspricht und zur Absicherung der Außenhandels- und Versorgungsinteressen auf dem Weltmarkt genutzt werden soll.

Stehen dem Einsatz der Bundeswehr im Ausland oder der formellen Ausweitung des NATO-Gebietes auch (noch?) grundgesetzliche Regelungen im Wege, so ist inzwischen jedoch das "sicherheits"-politische Interessengebiet zunehmend auf die ganze Welt ausgedehnt worden; die immer wiederkehrenden Forderungen nach einer militärischen "Präsenz" der Bundesrepublik im Rahmen etwa einer multilateralen westlichen Streitmacht am Golf fügen sich darin nahtlos ein.

Geht man den offiziellen oder offiziösen Argumenten nach, die die Notwendigkeit einer künftig noch verstärkten Aufrüstung, eines weiteren Ausbaus der Rüstungsproduktion und der Waffenexporte wie schließlich einer westdeutschen Teilnahme an multilateralen 'westlichen' Streitmächten in außereuropäischen Zonen von sicherheitspolitischem Interesse begründen sollen, stößt man sogleich (läßt man die üblichen Hinweise auf sowjetische Bedrohungen und das militärische Gleichgewicht einmal beiseite) auf einen zunächst durchaus makaber erscheinenden Argumentationsstrang. Demnach soll allein eine auch im NATO-Verbund überdurchschnittliche westdeutsche Aufrüstung und die Bereitschaft, überdurchschnittlich zur militärischen "Lastenteilung" beizutragen, die Gewähr bieten, wenigstens ein Minimum an politischem Einfluß auf die US-Politik und -Strategie zu gewinnen bzw. zu erhalten, um überhaupt eigene Interessen wahren zu können - oder auch "das Schlimmste" zu verhüten.

Folgt man dieser"Logik", so muß man die Funktion des westdeutschen

militärischen Beitrages zur NATO offenbar vor allem in dem Bemühen sehen, dadurch die USA von Aktionen abzuhalten, die den eigenen Interessen schaden könnten. In der Konsequenz ist dann aber auch der Schluß kaum von der Hand zu weisen, die politische "Erfindung" der eurostrategischen "Lücke" durch den Bundeskanzler im Jahre 1977 sei vor allem auch erfolgt, um einen gewissen Einfluß auf die strategischen Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion anzumelden und eine mögliche amerikanische "Abkoppelung" von der europäischen "Sicherheit" zu erschweren. (Daß die "eurostrategische" Debatte und die NATO-"Nach" -rüstung de facto die "Europäisierung" der Abschreckung - und die damit die strategische Abkoppelung der USA - erst ermöglichte, wäre dann nichts weiter als ein Treppenwitz der Zeitgeschichte.)

Deutsch-amerikanisches Sonderbündnis?

Im Ergebnis zeichnet sich in der Politik der SPD/FDP-Regierung ein Kurs ab, in dem die NATO eher noch mehr als bisher zu einem deutsch-amerikanischen "Sonderbündnis" werden müßte. Dieses "Sonderbündnis" wird dabei freilich zugleich immer widersprüchlicher, gibt es doch einen Rahmen ab, in dem die wachsende Konkurrenz dieser beiden vorherrschenden Ökonomien auch in gewissermaßen verkehrten, rüstungs- und militärpolitischen Formen der "Kooperation" ausgetragen wird. Gerade eine enge "Zusammenarbeit" und "Arbeitsteilung" in einer Strategie der Aufrüstung und Militarisierung wäre durchaus mit zunehmenden politischen Gegensätzen und Konflikten vereinbar; für die Regierungspolitik würde auch eine künftige Überrüstung das Mittel (und den Preis) darstellen, um gerade bei wachsenden politischen Interessengegensätzen und ökonomischer Konkurrenz mit den USA die eigenen Interessen nicht im offenen Konflikt, sondern in der Form von "Einflußnahme" auf der Basis rüstungs- und militärpolitischen "Wohlverhaltens" durchsetzen zu können.

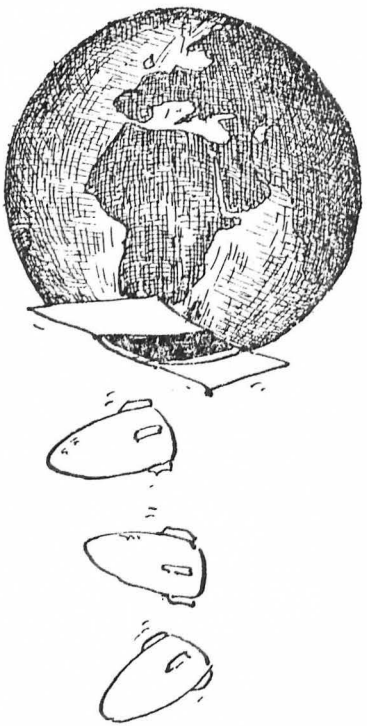
Dabei fällt immer mehr ins Gewicht, daß die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Interessen in dem Maße noch zunehmen, in dem die strukturelle Weltmarkt- und Exportfixierung des Modell Deutschland immer weitere Regionen und immer umfassendere Politikbereiche immer direkter in die unmittelbare Akkumulation und Expansion einbezieht, die Sicherung des Status-quo also eine immer weitergehende Ausdehnung der "sicherheitspolitischen" Interessen und Belange einschließt.

Auch diese Politik nimmt somit in der Konsequenz eher das Risiko wachsender Aufrüstung und Militarisierung, zunehmender Rüstungsproduktion und internationaler Spannung in Kauf, um dadurch (eventuell) eine außenpolitische Flankierung des Export-Modell Deutschland zu erreichen, als auch nur das "Risiko" einer "friedlicheren" Restrukturierung und einer "zivileren" Reorganisation als Alternative politisch in die Diskussion zu bringen, geschweige denn in politische Praxis umzusetzen.

Das erklärt, warum in weiten Teilen der SPD, vor allem aber in der SPD/FDP-Regierung schon eine "Dänemarkisierung" oder "Niederlandisierung" in Bezug auf den NATO-"Nach"-rüstungs- und "Stationierungsbeschluß, aber auch im Hinblick auf andere Gebiete der NATO-Politik und -Strategie so gefürchtet wird. Nicht nur, daß die Widerstände in diesen Ländern

die Widersprüchlichkeit des deutsch-amerikanischen "Sonderbeschlusses" ins Licht rücken; entsprechende Widerstände in der Bundesrepublik durch die Friedensbewegung hätten international ein ganz anderes Gewicht.

Dabei kann man wohl kaum die Auswirkungen unterstützen, die eine starke westdeutsche Friedensbewegung auf die innenpolitischen und innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den europäischen Nachbarländern (in West und Ost) haben könnte: Wird mit dem Widerstand gegen die permanente Aufrüstung und wachsende Militarisierung doch zugleich auch zentral jene Politik getroffen, die militärischen Einfluß, militärisches Potential und militärische Präsenz als notwendige Ergänzung zu der ökonomischen Position und politischen "Groß"-Machtrolle des Modell Deutschland betrachtet. Solch eine Politik hat noch von jeher dazu beigetragen, in den europäischen Nachbarländern konservative Machtblöcke zu stärken; eine politische Friedensbewegung, die das "Risiko" des Friedens dem der Kriegsvorbereitung, der Kriegsdrohung und der Interventionspolitik vorzieht, könnte auch diesen Zusammenhang durchbrechen helfen.



Mohssen Massarrat

INSTABILITÄT DER WELTLAGE UND KRIEGSGEFAHR

1. Das historische Milieu des gegenwärtigen Rüstungswettlaufs

Der "Nachrüstungsbeschluß" der NATO vom 12. Dezember 1979 hat zweifellos die Einführung einer neuen Phase im Prozeß der militärischen Aufrüstung signalisiert und die Gefahr eines atomaren Krieges nachhaltig erhöht. Es stellt sich die Frage, worin die neue Qualität und die Gefährlichkeit der geplanten Stationierung von 572 neuen Mittelstrecken-Raketen (108 Pershing II-Raketen und 464 Marschlugkörper) in Westeuropa besteht. Denn atomare Mittelstrecken-Raketen sind sowohl in Westeuropa (Pershing I) wie aber auch in der Sowjet-Union (SS 4, SS 5) seit längerem stationiert. Hinzu kommen jene auf den U-Booten. Diese Waffen würden hinsichtlich ihres Zerstörungspotentials und ihrer Reichweite nach Ansicht der Experten genügen, die Sowjet-Union westlich des Ural, die übrigen Staaten Osteuropas und Westeuropa vollkommen zu zerstören. Auch der Versuch der NATO und insbesondere der USA, einen atomaren Vorsprung gegenüber der Sowjet-Union zu erzielen, stellt nichts neues dar. Es ist inzwischen ein empirisch belegter Tatbestand, daß die USA bei der Entwicklung und Einführung von verschiedenen Atomwaffen gegenüber der Sowjet-Union stets einen atomaren Vorsprung von einigen Jahren bis zur Herstellung des atomaren Gleichgewichts durch die Sowjet-Union haben halten können, um dieses dann erneut zu durchbrechen, wie dies Dieter S. Lutz glaubwürdig nachgewiesen hat. 1) In der politischen Begründung der geplanten militärpolitischen Strategien ist ebenfalls keine neue Qualität zu erkennen. Für sie muß dieselbe Logik der Abschreckung herhalten, mit der der militärische Vorsprung und die Aufrüstung seit eh und je begründet wurde.

Neu ist an der gegenwärtig begonnenen Aufrüstungsphase ohne Zweifel, daß die Stationierung der Pershing II-Raketen und der Marschflugkörper in Westeuropa zum erstenmal in der Geschichte einen begrenzten Atomkrieg, nämlich auf europäischem Boden, ermöglicht, bei dem alle europäischen Staaten vernichtet werden, während die USA weitgehend ungeschoren davonkommen könnten. Es wäre allerdings verkürzt, die Bedeutung der neuen Aufrüstungsphase auf diesen Aspekt zu reduzieren. Von derselben oder gar größerer Bedeutung scheint mir das historische Milieu dieser neuen Etappe des Rüstungswettlaufs zu sein, das dem Rüstungswettlauf gänzlich neue und besorgniserregende Qualität verleiht. Die früheren militärischen Phasen des Rüstungswettlaufs nach dem zweiten Weltkrieg waren eingebettet in relativ stabile internationale Beziehungen. Die aktuellen Krisen, wie die Korea-Krise, die Kuba-Krise und der Vietnam-Krieg waren im Grunde genommen regionale Krisen ohne grundlegende Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen im allgemeinen und auf die Ost-West-Beziehungen im besonderen. Auch die Beziehungen innerhalb der Blöcke zeichneten sich - mit einigen insgesamt nicht entscheidenden Ausnahmen - durch eine beachtliche Stabilität aus. Die auf kolonialen und neokolonialen Beziehungen gegründete Aneignung der Reichtümer der Länder der "Dritten Welt" beschleunigte den nach dem zweiten Weltkrieg begonnenen Wiederaufbau und die Wachstumsentwicklung in den kapitali-

stischen Staaten.

Vor dem Hintergrund einer über Jahre oder Jahrzehnte anhaltenden Wohlfahrts- und Wachstumsökonomie der Permanenz von Schaffung und Befriedigung neuer Konsumbedürfnisse und relativer Stabilität der internationalen Beziehungen brauchte sich niemand um die Rüstungsausgaben und militärische Strategien ernsthaft zu kümmern. Die von Militärspezialisten und Rüstungslobbies formulierte "Abschreckungs-" und "Gleichgewichtsstrategie" wurde allgemein selbst von Politikern wie Erhard Eppler akzeptiert, das sich anhäufende atomare Vernichtungspotential entweder nicht zur Kenntnis genommen oder gar einfach verdrängt.

Doch hat sich dieses mehr oder weniger in der Welt vorherrschende Milieu seit Beginn der siebziger Jahre grundlegend gewandelt. In allen entwickelten kapitalistischen Ländern ist die relative Stabilität tiefgreifenden ökologischen, ökonomischen und sozialen Krisen gewichen. An die Stelle einer rosigen Zukunft von unbeschränkten Möglichkeiten ist die Weltuntergangsstimmung getreten. So sind es durchaus nicht wenige Menschen, die einen Weltkrieg wegen der angeblichen "Knappheit" der Rohstoffe für unumgänglich halten. Über diese allgemeinen Krisen hinaus sind auch innerhalb und zwischen den Machtblöcken bedeutende Bewegungen und Kräfteverschiebungen in Gang gekommen. Vor allem das erfolgreiche Streben vieler Länder der "Dritten Welt" nach nationaler Souveränität und nach Überwindung von kolonialen und neokolonialen Beziehungen haben einen Prozeß der Neuordnung der Weltwirtschaft in Gang gesetzt.

Zutreffend beschreiben vier außenpolitische Forschungsinstitute der westlichen Staaten in einer sehr aufschlußreichen Studie 2) die neue Qualität der Spannungen in der Welt, die auch nicht vor der "transatlantischen Allianz" halt machen. Die derzeitige transatlantische Krise kann, konstatieren die Verfasser der Studie" nicht einfach als eine weitere Krise in einer Reihe kurzlebiger Episoden betrachtet werden. Sie reicht sehr viel weiter: Erstens betreffen die derzeitigen Differenzen zwischen Europäern und Amerikanern alle Europäer, vor allem die Deutschen, und nicht nur die Franzosen, wie es in den sechziger Jahren der Fall war. Zweitens beziehen sich die Meinungsverschiedenheiten nicht etwa auf isolierte Probleme, sondern auf ein ganzes Problemspektrum, das von der Verteidigung über die Wirtschaft bis zu Grundfragen der Außenpolitik reicht. Drittens ist die gegenwärtige Krise im Hinblick auf das Ausmaß öffentlicher Meinungsverschiedenheiten neuartig, die die genannten Problemkreise begleiten."

Die eigentliche Gefahr und das eigentliche Ausmaß der Bedrohung der neuen Aufrüstungsphase besteht gerade darin, daß sie in diese äußerst instabil gewordene Weltlage hineinfällt. In diesem historischen Milieu und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß zur Lösung von anhaltenden Krisen in der Welt traditionelle Politik immer stärker und offensichtlicher an ihre Schranken stößt, gewinnen militärische Alternativen zum erstenmal nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an realer Bedeutung. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung dürfte auch m.E. einerseits die reale Basis und die neue Qualität der Bedrohung eines Krieges und andererseits jene Angst und Besorgnis von immer breiteren Bevölkerungsschichten gesehen werden, die quasi intuitiv, teilweise mit Resignation

und teilweise (zum Glück) mit Widerstand auf diese Bedrohung reagieren. Im folgenden werde ich mich auf den Versuch beschränken, die Bestandteile der Instabilität der Weltlage thesenhaft zu analysieren, um dann auf dieser Grundlage die Gefahren und Konsequenzen von neuen militärstrategischen Überlegungen ("Nachrüstungsbeschluß" und "mobile militärische Eingreiftruppe" der USA) zu deuten. Mir ist klar, daß es sich bei diesen Thesen nicht um eine vollständige Erfassung aller wichtigen Aspekte handelt. Eine Reihe von anderen bedeutenden Faktoren, wie z.B. die innenpolitischen Besonderheiten der kapitalistischen Staaten, insbesondere der USA, historische Erfahrungen und Bewußtseinsformen verschiedener Nationen, die Psychostruktur der Menschen usw. müßten selbstverständlich in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden.

2. Instabilität als Folge der Veränderungen und Verschiebungen der der internationalen Kräfteverhältnisse

2.1. Instabilität innerhalb des Blocks der sozialistischen Staaten

Die Beurteilung jener durch die polnische Arbeiterbewegung eingeleiteten Entwicklung innerhalb des sozialistischen Lagers bedarf einer genaueren Analyse. Hier kommt es vor allem darauf an, auf das Faktum der eingetretenen Instabilität innerhalb des Lagers hinzuweisen, dem hinsichtlich der Beurteilung der Weltlage große Bedeutung zukommt. Im folgenden werden zur Illustration auf einige vielleicht wichtige Elemente der Instabilität hingewiesen.

Die ökonomische Entwicklung in einigen wichtigen Ländern des sozialistischen Blocks ist vor allem in den letzten Jahren weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Im Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten haben die sozialistischen Staaten einerseits sich wie jene Staaten für großtechnologische Zukunftsprojekte (wie AKW, nuklearenergetische Riesenkombinate mit dem gesamten Brennstoffkreislauf, Veredelungsanlagen etc.) entschieden und so auch alle damit verbundenen ökonomischen, ökologischen und politischen Risiken in Kauf genommen, ohne andererseits in der Lage zu sein, die steigenden Konsumbedürfnisse der Bevölkerung annähernd im selben Maße wie in den kapitalistischen Staaten zu befriedigen. Die Sowjet-Union leidet nach wie vor unter einer akuten Agrarkrise. Der neu begonnene Rüstungswettlauf und die damit zusammenhängende Erhöhung des finanziellen Aufwandes dürfte den Widerspruch zwischen den ökonomischen Möglichkeiten der steigenden Konsumbedürfnisse noch weiter zuspitzen. In diesem Widerspruch dürfte auch jene heranreifende sozialpolitische Sprengkraft angelegt sein, für den die Veränderung des politischen Lebens in Polen nur einen Vorgeschmack liefert. Daß die Entwicklung in Polen droht, die Führungsrolle der Sowjet-Union im sozialistischen Lager in Frage zu stellen, braucht hier nicht besonders betont zu werden. Die Versuchung der Sowjet-Union ist sehr groß, auf diese durch die polnische Entwicklung hervorgerufenen Instabilität des gesamten politischen Systems militärisch (z.B. durch Intervention) zu reagieren.

2.2. Innerimperialistische Kräfteverschiebungen

Seit den fünfziger Jahren entwickelte sich der Kapitalismus der EG-Staaten und vor allem Japans insgesamt und eindeutig ungleich

schneller als der US-Kapitalismus. Die ungleiche Entwicklung drückt sich darin aus, daß die EG-Staaten und Japan in diesem Zeitraum a) eine höhere durchschnittliche Produktivität als die USA erreichten und den US-Produktivitätsvorsprung merklich verringerten und b) folglich ihren Anteil an der Industrieproduktion, am Waren- und Kapitalexport innerhalb der kapitalistischen Welt zu Lasten der USA ausbauten. Diese ökonomische Kräfteverschiebung innerhalb und zwischen den Hauptzentren der Kapitalakkumulation zog die Notwendigkeit der Neuverteilung der Handelsmärkte und der Rohstoffquellen außerhalb dieser Zentren nach sich: Der Streit Bundesrepublik - USA um das AKW-Geschäft mit Brasilien ist der Ausdruck eines unmißverständlichen Drängens des deutschen Kapitals, das Monopol der USA an Spitzentechnologien wie die AKW ernsthaft in Frage zu stellen und in die ökonomische Einflußsphäre der USA einzudringen. Mit dem massiven Ausbau der eigenen AKW-Industrie seit Beginn der siebziger Jahre stoßen die EG-Staaten und Japan auf eine Branche vor, die bis dahin innerhalb der westlichen Staaten dem US-Monopol (Westinghouse und General Elektric) vorbehalten war. Auch die nicht zuletzt zwischen den kapitalistischen Staaten geführten Auseinandersetzungen um die "friedliche Nutzung" der Weltmeere auf der Seerechtskonferenz ist ein weiteres Beispiel des innerimperialistischen Kampfes um die äußeren Einflußsphären. Die neuentdeckten und wahrscheinlich bald mit Profit und Extraprofit gewinnbaren Rohstoffreichtümer der Weltmeere sind für die imperialistischen Staaten verlockend genug, um die noch eigentumslosen, "freien " Weltmeere zu erobern und zu ihrem nationalen Eigentum zu erklären. Diese hier beschriebenen innerimperialistischen Kräfteverschiebungen finden ihre Interpretation als "historische und strukturelle Entwicklung" auch in der bereits erwähnten Studie der Forschungsinstitute. Darin heißt es: "Am deutlichsten traten die Veränderungen des Machtgleichgewichts zwischen Europa und Amerika auf wirtschaftlichem Gebiet zutage. Hier wurde die amerikanische Überlegenheit während der Zeit unmittelbar nach dem Krieg von einer Situation abgelöst, in der sich die Europäische Gemeinschaft als Ganzes ebenso reich wie die Vereinigten Staaten und auf dem Weltmarkt oftmals als wettbewerbsfähiger erwies. Eine Folge dieser Veränderung war, daß die Möglichkeiten der Vereinigten Staaten, die europäische Politik in Übereinstimmung mit ihren eigenen Interessen zu beeinflußen,erheblich zurückgingen. Umgekehrt zeigten die Europäer größere Bereitschaft und Fähigkeit, ihre Interessen gegenüber denen der Vereinigten Staaten zur Geltung zu bringen, wo immer sie auseinanderliefen. Beispiele sind der deutsch-amerikanische Streit über die "Lokomotiv-Theorie" und die europäisch-amerikanische Kontroverse über Kernenergie und Nichtweiterverbreitung. Auf währungspolitischem Gebiet zielte die Schaffung des Europäischen Währungssystems in hohem Maße auf die Sicherung Europas vor den Konsequenzen eines Verfalls des auf den Dollar gegründeten internationalen Währungssystems."

Diese in ihrem Wesen also auch von der offiziellen Politik-Forschung als Verschiebung der ökonomischen Kräfteverhältnisse innerhalb der westlichen Staaten zugunsten Westeuropas interpretierte Entwicklung hat zweifellos auch Konsequenzen für die politische und militärische Kräfteverschiebung. Die westeuropäischen Staaten, allen voran Frankreich und die Bundesrepublik, sind eifrig bemüht, einen eigenen und von den USA unabhängigen politischen und militärischen Handlungsspielraum zu ergattern. Dazu noch einmal die zitierte Studie:
"Parallel zum Anwachsen der wirtschaftlichen Stärke der europäischen Staaten versuchten die Europäer, ihrer eigenen Stimme in Weltange-

legenheiten Gehör zu verschaffen, freilich oft in einer Weise, die - wie im Falle der Venedig-Initiative bezüglich des Nahen Ostens - zur amerikanischen Politik in Konflikt geriet. Zugleich richteten die Europäer immer größere Aufmerksamkeit auf ihre Gemeinschaftsinteressen (Erweiterung der EG, Kooperation mit afrikanischen und arabischen Staaten) und erwiesen sich zunehmend eurozentriert (bei der Entwicklung besserer politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu ihren östlichen Nachbarn)."

Chicago Sun Times

„Sie fühlen sich uns also doch noch verpflichtet"

Frankreich, das dafür einige Erfahrungen vorweisen kann, hat diese Entwicklung nach außen und gegenüber den USA bisher am offensivsten vertreten. So hat Giscard d'Estaing bei seinem Besuch Anfang Juli 1980 in der Bundesrepublik gerade den Anspruch Westeuropas auf Neuverteilung der Einflußsphären eindeutig hervorgehoben. "Wir müssen jetzt die Phase des gemeinsamen Handelns angehen, um Europa seinen Einfluß in der Welt wieder zu verschaffen" (hört, hört!) und "wir müssen unsere Kräfte vereinen, um Europa vor dem ihm drohenden Schattendasein zu bewahren" und so auch natürlich (was denn sonst) "dem Frieden und dem Kräftegleichgewicht in der Welt zu dienen".

An der Politik der Stärkung Westeuropas im Sinne Giscard d'Estaings dürfte auch Mitterand festhalten, der nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische und militärische Selbstständigkeit Westeuropas gegenüber den USA wahrscheinlich sogar noch stärker als Giscard betonen wird. Anders als in Frankreich können Repräsentanten des deutschen Kapitals zwar ihre gegen die USA gerichteten Interessen angesichts der besonderen Abhängigkeit der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten (z.B. in der Berlin-Frage) nicht direkt und offen artikulieren, in Wirklichkeit lassen aber auch sie nichts unversucht, Deutschland und "Europa seinen Einfluß in der Welt wieder zu verschaffen". Von noch größerer Bedeutung als das AKW-Geschäft mit Brasilien ist für den deutschen Vorstoß in die ökonomischen und politischen Einflußsphären der USA m.E. das geplante Waffengeschäft der Bundesrepublik mit Saudi-Arabien. Unabhängig davon, ob dieses Waffengeschäft tatsächlich realisiert wird oder aber am innenpolitischen Widerstand in der Bundesrepublik scheitert, lassen die dabei offen formulierten strategischen Überlegungen keinen Zweifel daran, daß es dabei um mehr geht als um ein bloßes Waffengeschäft, um wesentlich mehr. Aufschlußreich über die Interna der maßgeblichen außenpolitischen Diskussionen innerhalb der SPD sind in diesem Zusammenhang die Gedanken des wissenschaftlichen Referenten der SPD-Bundestagsfraktion, Guntram von Schenk, die er in einem Aufsatz entwickelte. 3) Darin teilt er die innenpolitischen Bedenken des Waffengeschäfts mit Saudi-Arabien und beschreibt auch dessen Probleme, begründet aber zugleich die Notwendigkeit dieses Geschäfts mit außenpolitischen Gesichtspunkten: "Die Einbeziehung dieser Gesichtspunkte ist umso notwendiger, als die Bundesrepublik - ob sie das will oder nicht - zusehends in die Rolle einer Mittelmacht hineingedrängt wird und entsprechende weltpolitische Verantwortung übernehmen muß .... Mit dem saudischen Rüstungsgeschäft würde die Bundesrepublik den engen geographischen Rahmen Europas verlassen und aus eigener Verantwortung in einer der umstrittensten und instabilsten Regionen der Welt Machtpolitik betreiben. Ein solcher Schritt will überlegt sein." Redlich bemüht, eine mögliche Parallele der Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Saudi-Arabien mit jener des Verhältnisses zwischen den USA und dem Iran abzustreiten, konstatiert von Schenk (nur nebenbei - versteht sich) kühn und zutreffend den Machtverfall der USA in der "Dritten Welt": Der Niedergang der USA nach dem Vietnamkrieg hat auch das Schahregime trotz massiver Aufrüstung des Iran in Mitleidenschaft gezogen. Der Untergang des Schah ist noch heute mit dem totalen Desaster der Machtstellung der USA im Mittleren Osten gleichbedeutend." Nicht nur von Schenk (sprich maßgebliche Kreise der SPD), sondern auch die Staaten der Golfregion - will er wissen - stellen den Machtverfall der USA fest. "Allgemein ist der Eindruck in der Golfregion der, daß

die USA auf dem absteigenden Ast sind, ein Eindruck, der durch den Mißerfolg der Geiselbefreiung noch unterstrichen wurde. Man (?M.M.) fragte sich, ob es sich dabei um eine vorübergehende Erscheinung handelt oder ob hier der langsame, aber unaufhaltsame Verfall einer Imperialmacht sichtbar wird." Nachdem eine derart große Übereinstimmung mit den Staaten der Golfregion über "das totale Desaster der Machtstellung" und den "Abstieg der USA im Mittleren Osten" besteht, warum nicht diesem Problem gleich abhelfen und die - ausgerechnet durch die bundesrepublikanische Politik entdeckte - imperiale Machtlücke gleich schließen, womöglich auf "gleichberechtigter Basis". Die Staaten der Golfregion bringen ihre Öl-und Petro-Dollars - beides braucht die BRD dringend - die Bundesrepublik bringt Waffen, know how und Technologie nicht nur für die Staaten der Golfregion, sondern auch, um die entstandene Lücke durch die US-Abstinenz in anderen Ländern der "Dritten Welt zu füllen: "Saudi-Arabien und die Bundesrepublik", meint von Schenk, "könnten die tragenden Eckpfeiler dieser Politik werden, die allerdings", und jetzt wird die Katze aus dem Sack gelassen, "eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber Washington voraussetzt."

Der Versuch des wissenschaftlichen Referenten der SPD-Fraktion, Guntram von Schenk, ist allzu durchsichtig, den Anspruch der Bundesrepublik auf einen größeren Einfluß auf die Golfregion zu Lasten ihres auf dem absteigenden Ast befindlichen Konkurrenten USA nicht offensiv und direkt, sondern indirekt und mit dem angeblichen Interesse der Golf-Staaten zu begründen. Besonders deutlich wird dies am Schluß der überaus aufschlußreichen Gedanken des SPD-Politikers: "Im Golf geht das saudische Interesse dahin, beide Supermächte von der Region fernzuhalten. Regional gesehen, sucht Saudi-Arabien in der Bundesrepublik folglich mehr als eine komplentäre Unterstützung zu den USA; in der Region soll die Bundesrepublik die USA ersetzen." Versucht hier von Schenk im ersten Satz den Vorstoß der Bundesrepublik in die Golfregion als einen nicht nur gegen die USA sondern auch gegen die Sowjet-Union (sprich Kommunismus) gerichteten und im nationalen Interesse von Saudi-Arabien stehenden Schritt darzustellen, so muß er im zweiten Satz seine offensichtlich zweckbestimmte Behauptung revidieren und zugeben, daß es eigentlich darum geht, "die USA in der Region zu ersetzen". Tatsächlich ist es auch nicht die Sowjet-Union, sondern die andere Supermacht, die USA, die die Golfregion ökonomisch, politisch und militärisch beherrschen. Wer hat aber wirklich an dem Ersatz der USA durch die Bundesrepublik ein besonderes Interesse? Saudi-Arabien - das wegen seiner tief verwurzelten ökonomischen, politischen und militärischen Verflechtung gar nicht in der Lage ist, sich von den USA vollständig zu lösen - oder die Bundesrepublik, die sich allzu gern als eine dritte, womöglich "alternative" Supermacht in der Region anbieten möchte? Das ist eben die große Frage. Wie dem auch sei, wird die Golfregion in den internationalen Beziehungen eine zunehmend größere Rolle als bisher spielen. Ihr kommt, wie unten zu zeigen sein wird, in der Tat die doppelte Rolle zu: einerseits im Ost-West-Gegensatz und andererseits im Verhältnis der kapitalistischen Staaten (Westeuropa - USA) untereinander.

2.3. Emanzipation der 'Dritten Welt' als weltweite Schranke der Kapitalakkumulation

Die siebziger Jahre waren die Jahre der antikolonialen, sozial- und

nationalrevolutionären Umwälzungen in vielen Ländern der "Dritten Welt". Der Sieg des vietnamesischen Volkes über die USA, die antikolonialen Revolutionen in Mosambik und Angola, die sozialrevolutionäre Umwälzung in Äthiopien, der militärisch-politische Sieg der antikolonialen Befreiungsbewegung ZANU in Zimbabwe und die Revolutionen im Iran und Nicaragua reihen sich in die Kette einer historisch bedeutenden Entwicklung, die zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Welt entscheidend beigetragen hat.

Welchen Entwicklungsweg diese Staaten der "Dritten Welt" auch immer einschlagen werden, unabhängig davon wie man dazu steht, ihr Bestreben nach nationaler Souveränität ist unverkennbar. Dieses Bestreben kommt vor allem im Falle der rohstoffreichen Staaten der "Dritten Welt" einer ernsthaften Bedrohung der Interessen der imperialistischen Staaten gleich. Wenn auch das Beispiel der OPEC und die ökonomische Macht der Öl-Grundeigentümerstaaten nicht in derselben Form auf alle rohstoffreichen Staaten der "Dritten Welt" übertragen werden kann, steht doch fest, daß die Zeiten des rigorosen Raubbaus der besonders ergiebigen Natur-Ressourcen der "Dritten Welt" ein für allemal vorbei ist. Es sei denn, die imperialistischen Staaten reagieren auf diese Veränderung mit Krieg und Intervention.

Tatsächlich formulieren die Verfasser der außenpolitischen Forschungsinstitute genau in diesem Sinn in jener bereits zitierten Studie "Leitlinien für den Westen", in der den sozialrevolutionären Umwälzungen in der "Dritten Welt" als "Unsicherheitsfaktor" der höchste Rang beigemessen wird: "Der Westen sieht sich", schreiben sie, "einer zunehmend labilen und unbeständigen Dritten Welt gegenüber, von der er hinsichtlich seines wirtschaftlichen Überlebens immer stärker abhängt. Das gilt ganz besonders für die Golf-Region, die rund 15 Prozent des US-amerikanischen, 60 Prozent des europäischen (und über 70 Prozent des japanischen) Erdölverbrauchs deckt. In der Tat hat die neue Bedeutung der Dritten Welt für die Sicherheit des Westens einen Punkt erreicht, wo eine massive und anhaltende Unterbrechung der Öllieferungen eine Weltwirtschaftskrise weit größeren Ausmaßes als die "große Krise" der dreißiger Jahre auslösen würde. Vor diesem Hintergrund kann die westliche Sicherheit nicht länger mit Ereignissen und Bedrohungen in der NATO-Region allein in Zusammenhang gesehen werden. Ebenso wenig ist es möglich, die europäische Sicherheit von Krisen zu trennen, die in anderen für den Westen lebenswichtigen Regionen aufbrechen."

Die NATO und die europäische Sicherheit wird im Klartext der Studie also nicht nur durch den Kommunismus "bedroht", sondern auch durch soziale bzw. nationale Revolutionen in den "für den Westen lebenswichtigen Regionen". Eine Strategie zur Eindämmung gerade dieser neuen "Bedrohung" zu entwickeln und politisch zu begründen, scheint die Hauptfunktion der Studie von den vier Forschungsinstituten der westlichen Staaten zu sein, eine Strategie, die allerdings in ihrer Konsequenz nicht nur gegen die "Dritte Welt" zielt, sondern - wie unter 3.2 zu zeigen sein wird - auch gegen Westeuropa.

2.4. 'Dritte Welt' als Klammer internationaler Gegensätze

Die Zuspitzung des Ost-West-Gegensatzes, die Verschärfung der innerimperialistischen Gegensätze und Stärkung der Position der Länder der "Dritten Welt" stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang zueinander. Der "Dritten Welt" kommt m.E. dabei in einigen Hinsichten eine Schlüsselrolle zu:

Erstens: Ohne Ost-West Gegensatz wären die Voraussetzungen für die Emanzipation der "Dritten Welt" denkbar schlechter. Dies gilt nicht nur für Länder, die in ihrem Kampf gegen die imperialistischen Staaten durch die Sowjet-Union direkt unterstützt wurden, sondern auch für die Länder wie Nicaragua und den Iran. Allein die Tatsache der Existenz der konkurrierenden Supermacht Sowjet-Union schränkt die Möglichkeiten eines direkten militärischen Eingreifens der imperialistischen Staaten in Ländern wie dem Iran erheblich ein. Ist die Sowjet-Union bestrebt, auf alle Emanzipationsbewegungen der "Dritten Welt" Einfluß zu gewinnen - sei dieser Einfluß auch nicht der Verteidigung ökonomischer Interessen, sondern ausschließlich geo-strategischen Erwägungen unterworfen - und ist die Sowjet-Union bereit, politische Veränderungen, wie z.B. im Iran, zu unterstützen, die zwar nicht pro-sowjetisch, aber anti-westlich sind, so sind die Länder der "Dritten Welt" ihrerseits prinzipiell in der Lage, im Spannungsfeld der Machtblöcke, insbesondere aber der beiden Supermächte, einen Spielraum zu gewinnen, und so ihrer nationalen Souveränität Geltung zu verschaffen und die Kräfteverhältnisse zu ungunsten der imperialistischen Staaten zu verändern. Hieraus folgt, daß ein militär-strategischer Vorsprung der NATO (eigentlich der USA) gegen die Sowjet-Union gleichzeitig auch gegen die "Dritte Welt" gerichtet ist.

Zweitens: Auch im Zusammenhang mit der Verschärfung der innerimperialistischen Gegensätze kommt der "Dritten Welt" gegenwärtig über die oben erwähnten Tendenzen der Neuaufteilung der Handelsmärkte und Rohstoffquellen sowie der Aufteilung der Weltmeere hinaus eine Schlüsselrolle zu. Die Macht der Öleigentümerstaaten der OPEC schränkte einerseits den Spielraum aller Zentren der Kapitalakkumulation ein, verschärft aber andererseits auch die innerimperialistischen Gegensätze. Letzteres kommt darin zum Ausdruck, daß die EG-Staaten und Japan nach den drastischen Ölpreiserhöhungen verstärkt dazu übergegangen sind, ihre Abhängigkeit vom OPEC-Öl zu verringern und ihre Selbstständigkeit bei der Energieversorgung durch Sparmaßnahmen, verstärkte Ausbeutung der eigenen Ressourcen (Kohle im Falle der EG-Staaten) und den Ausbau der Atomenergie zu steigern. Ferner sind diese Staaten bestrebt, zur Sicherung ihrer Ölversorgung mit den OPEC-Staaten (durch bilaterale Verträge und durch das Geschäft Rüstung gegen Öl) direkt in Verhandlungen zu treten. So gesehen, droht den USA mit dem politischen Einfluß und der militärischen Präsenz in der Golfregion, insbesondere nach dem Sturz des Schah-Regimes, auch ihr Faustpfand und Druckmittel gegenüber der EG und Japan zu verlieren, das die USA dank ihrer Funktion als "Schutzmacht" auch für die Ölversorgung Westeuropas und Japans zur Einbindung der EG und Japans in ihre Globalstrategie jahrzehntelang erfolgreich einsetzen. Ein Ölkrieg und militärische Intervention in der Golfregion durch die USA würde sich demnach also nicht nur gegen die Golfregion, sondern indirekt auch gegen die EG und Japan richten.

3. Instabilität der Weltlage und Versuch einer Einschätzung der Funktion von aktuellen militärpolitischen Strategien

Die oben skizzierte Veränderung des status quo und die Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der "westlichen Welt", im wesentlichen zu Ungunsten der USA, hat einen Zustand der Instabilität in der Welt geschaffen, der allgemein die Gefahr eines Weltkrieges er-

höht und dazu beiträgt, daß nunmehr militärpolitische Entscheidungen zur Wiederherstellung der absoluten Vorherrschaft erheblich stärker an Bedeutung gewinnen und die Gefahren unkontrollierter Handlungen sehr stark zunehmen. Instabilität innerhalb des sozialistischen Lagers verstärkt diese Tendenz.

Unabhängig von dieser allgemeinen Tendenz werden vor dem Hintergrund der Verschiebung der Kräfteverhältnisse gezielte und wohl überlegte militärstrategische Strategien, vor allem von den NATO-Staaten verfolgt, die zu einem regionalen Krieg oder zu einem Weltkrieg führen könnten. Diese Strategien würden in ihrer faktischen Funktion unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Interessen der NATO-Staaten dienen. Zum einen könnten sie die Funktion haben, die ökonomische und politische Position aller NATO-Staaten gegenüber dem sozialistischen Lager und den Ländern der "Dritten Welt" zu verstärken und zum anderen könnte ihr Zweck darin bestehen, im wesentlichen oder ausschließlich den USA zu helfen, nicht nur ihr verlorenes Terrain in der "Dritten Welt", sondern auch indirekt ihre alte Position gegenüber Westeuropa wiederzugewinnen. Im folgenden sollen die Implikationen der den relativen Weltfrieden bedrohenden neuen militärischen Strategien a) Stationierung von Mittelstrecken-Raketen in Westeuropa und b) Schaffung von mobilen Eingreiftruppen vor dem Hintergrund der oben skizzierten Interessen analysiert werden.

3.1. NATO-Nachrüstungsbeschluß

Nur der Pentagon und die etablierten Parteien in Westeuropa, insbesondere in der Bundesrepublik, behaupten, durch die Stationierung von Pershing II-Raketen und 464 Marschflugkörpern in West- und Zentraleuropa, den "atomaren Vorsprung der Sowjet-Union" in Europa aufheben und das Gleichgewicht wieder herstellen zu wollen. Unabhängige Forschungsinstitute in Europa (SIPRI in Stockholm, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg) und Fachleute (Dieter Lutz, General a.D. Bastian, Mechtersheimer) haben dagegen glaubwürdig nachgewiesen, daß mit der Stationierung dieser Waffen das bestehende atomare Gleichgewicht gerade durchbrochen und ein qualitativer Vorsprung der NATO gegenüber der Sowjet-Union hergestellt wird. Durch die besonders kurze Vorwarnzeit der Pershing II-Raketen und der Marschflugkörper und durch deren außergewöhnliche Treffsicherheit können die gegen die USA gerichteten Interkontinental-Raketen und die unterirdischen Entscheidungszentralen der Sowjet-Union ("chirurgische Operation") binnen kürzester Zeit weitgehend vernichtet werden, während die Sowjet-Union im besten Falle in der Lage sein wird, mit ihren Mittelstrecken-Raketen SS 20 im Gegenzug nur Westeuropa atomar anzugreifen. Auf diesen Umstand ist es auch zurückzuführen, wenn US-Militärstrategen einen "begrenzten Atomkrieg", der auf europäischem Boden geführt werden soll, für "gewinnbar" halten. 4)

Obwohl eine solche Konsequenz von bestimmten Kreisen in den USA - um es sehr wohlwollend zu sagen - nicht ausgeschlossen wird, muß davon ausgegangen werden, daß das Gros der politischen Fraktionen in den USA eine solche Konsequenz bei ihren Überlegungen von vornherein nicht bewußt einkalkuliert. Am allerwenigsten dürfte man einen solchen bewußt geplanten Selbstmord den westeuropäischen Parteien unterstellen. Wenn diese These stimmt, dann fragt es sich, weshalb bedeutende west-

europäische Regierungs- und Oppositionsparteien sich nicht vehement gegen die geplante Stationierung der Mittelstrecken-Raketen wenden, sondern selbst erheblich dazu beitragen, daß dadurch das "atomare Gleichgewicht", sprich der atomare Vorsprung der NATO gegenüber der Sowjet-Union durchgesetzt wird. Folgenden Aspekten sollte m.E. einige Beachtung geschenkt werden:

Atomare Erpressung der Sowjetunion durch die NATO und die Konsequenzen

Kein westeuropäischer Staat und keine ernstzunehmende westeuropäische Partei kann im Ernst wollen, den atomaren Vorsprung gegenüber der Sowjet-Union für einen atomaren Krieg auf europäischem Boden tatsächlich zu riskieren. Viele scheinen sich aber davon einen entscheidenden Verhandlungs- und Machtvorsprung zu versprechen, der die Sowjet-Union zur Durchsetzung allerlei Interessen der kapitalistischen Staaten erpreßbar macht:

a) Politische Veränderungen in einzelnen Staaten des sozialistischen Lagers und der Sowjet-Union selbst. Noch sind die Mittelstreckenraketen in Europa nicht stationiert, noch ist dadurch der atomare Vorsprung nicht erreicht, da versucht die US-Regierung schon die Aufnahme der Verhandlungen über Raketenstationierung in Westeuropa von Zugeständnissen der Sowjet-Union in Polen abhängig zu machen. Verhandlungen seien nur dann möglich, wenn "die sowjetische Militärpräsenz in Polen und an den Grenzen des Landes in etwa auf den Stand vom letzten Sommer, vor Beginn der Polen-Krise, reduziert" würden, sagte der US-Verteidigungsminister Weinberger (FR v. 16.4.1981).

b) Öffnung der Grenzen für den "freien"Verkehr von Waren und Kapital, d.h. also auch die Möglichkeit der massiven Direktinvestitionen und der Expansion des Kapitalismus. "Die sowjetischen Führer müßten wählen zwischen einer friedlichen Änderung ihres kommunistischen Systems in die vom Westen verfolgte Richtung oder in den Krieg ziehen. Es gibt keine andere Alternative." (FR 10.03.1981) Soweit Richard Pipes, hohe außenpolitische Figur der Reagan -Administration. Offizielle Stellen in den USA und in Westeuropa haben zwar diese Auffassung als persönliche Meinung Pipes abgetan, Pipes spricht aber nicht nur US- sondern auch westeuropäischen Kapitalfraktionen aus der Seele. Schließlich ist ja die im Zuge der "Entspannungspolitik" eingeleitete Ausdehnung des Ost-West-Handels mit dieser Politik selbst an Schranken gestoßen,die nunmehr offensichtlich auf andere Weise durchbrochen werden sollen. Angesichts des beachtlichen Reservoirs an disziplinierter Arbeitskraft, des relativ hohen Ausbildungs- und Qualifikationsniveaus der Arbeiter, bieten die Völker Ost-Europas und der Sowjet-Union unvergleichbar größere Möglichkeiten der Kapitalakkumulation und der Kapitalverwertung als alle Länder der "Dritten Welt" zusammen. Wer sollte es auch den rohstoffhungrigen Konzernen Westeuropas, Japans und der USA übelnehmen, daß sie schon lange ihren Stachel auf die ungeheuren Rohstoffreserven in Sibirien und anderen Teilen der Sowjet-Union spitz gemacht haben, die brach liegen und bisher dank der unterentwickelten Technologie und der Unfähigkeit der sowjetischen Manager ungeschoren geblieben sind.

c) Und schließlich die Neutralisierung der Sowjet-Union als direkte und indirekte Schutzmacht der sozial- und nationalrevolutionären Veränderungen in der "Dritten Welt". Gelingt es den Staaten der NATO, gegenüber der Sowjet-Union einen atomaren Vorsprung zu erzielen, dann könnte er auch jederzeit dazu benutzt werden, die Sowjet-Union zu

einer "neutralen" Haltung in "Streitigkeiten" der kapitalistischen Staaten mit den Ländern der "Dritten Welt" zu zwingen. Unter solchen Bedingungen würde z.B. eine Intervention im Iran, ohne jegliche "Einmischung" der Sowjet-Union durchzuführen, in El Salvador noch massiver einzugreifen, Kuba als "Provokation" und Unsicherheitsfaktor" vor der eigenen Haustür in die Knie zu zwingen, wesentlich leichter sein als dies bereits heute der Fall ist. Interventionsvorhaben der US-Regierung und Abenteuer wie die "Geiselbefreiungsaktion" in Tabas, die offensichtlich durch ernsthafte Drohungen der Sowjet-Union abgebrochen werden mußte, könnten dann - mit welchen Konsequenzen auch immer - bis zu Ende durchgeführt werden.

Zwar spricht die historische Erfahrung dafür, daß die NATO-Staaten bisher ihren militärischen und auch den atomaren Vorsprung, den die NATO zeitweise innehatte, zu einer ernsthaften Erpressung der Sowjet-Union bisher nicht eingesetzt haben. Die Zeiten haben sich aber gewandelt und Probleme, vor denen die westlichen Staaten stehen, zwingen diese zu gänzlich neuen Strategien und Handlungen. Eine ernsthafte militärische Erpressung der Sowjet-Union zur "Lösung" von akuten Krisen und zur Verteidigung der "westlichen Interessen" dürfte m.E. nicht mehr ausgeschlossen werden. Bei den oben unter a), b) und c) beschriebenen möglichen Motiven der NATO-Staaten für die Erzielung eines atomaren Vorsprungs gegenüber der Sowjet-Union betrachten die Strategien dieser Staaten die Sowjetunion als bloßes Objekt.
Denn nur unter dieser Bedingung würden die NATO-Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen einen atomaren Vorsprung gegenüber der Sowjet-Union erreichen, ohne einen Atomkrieg auszulösen. Aber gerade in dieser ihrer Fehleinschätzung ist ja die eigentliche Gefahr eines tatsächlichen Atomkrieges begründet, da die KPDSU und andere kommunistische Parteien im sozialistischen Lager, im Gegensatz zu der unterstellten Annahme, sich nicht als Objekt in dem eingeleiteten Rüstungswettlauf begreifen, sondern, ihr eigenes Schicksal antizipierend, vehement versuchen werden, als Subjekte der Geschichte zu handeln und die von den kapitalistischen Hirnen für sie zugedachte Zukunft zu verunmöglichen.

Westeuropa und BRD als dritte atomare Supermacht oder als Geisel der USA

Es ist klar, daß alle großen kapitalistischen Staaten von der oben skizzierten Möglichkeit der Erpressung der Sowjet-Union mehr oder weniger gleich profitieren würden. Bemerkenswert ist allerdings, daß es gerade der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt war, der die Raketen-Lücke in Europa entdeckte, als er im Oktober 1977 in einer Rede im Institut für Strategische Studien (IISS) in London die Überlegenheit der sowjetischen Mittelstreckenwaffen in Europa anprangerte. 5)
Mit diesen ausschließlich gegen Westeuropa gerichteten Waffen sei, folgerte er, der nuklearstrategische Schirm der USA für ihre westeuropäischen Alliierten durchlöchert worden. Deshalb verlangte auch der Kanzler von den USA, durch die Stationierung von qualitativ neuen Mittelstrecken-Raketen in Westeuropa das "eurostrategische Gleichgewicht" herzustellen. Tatsächlich würde es sich um ein "eurostrategisches Gleichgewicht" handeln, wenn Westeuropa sich militärpolitisch von den USA abkoppeln würde. Anders verhält sich die Sache, wenn die Stationierung als integraler Bestandteil der NATO-Strategie und im Rahmen des Bündnisses erfolgte. In diesem Falle

hätte die NATO als Ganzes eindeutig einen atomaren Vorsprung gegenüber der Sowjet-Union, da so die Mittelstrecken-Raketen der ersteren die Interkontinental-Raketen der letzteren in einem Erstschlag vernichten könnten, aber nicht umgekehrt.

Von großer Bedeutung scheint auf jeden Fall die Frage zu sein, was gerade den deutschen Bundeskanzler veranlaßt hat, zur Eröffnung eines neuen und für die Menschheit schicksalhaften Rüstungswettlaufs den Anstoß zu geben. Auf diese Frage wurden bisher kaum - wenn überhaupt mehr oder weniger spekulative - Antworten gegeben. (6) Angesichts der oben skizzierten Kräfteverschiebung innerhalb der NATO-Staaten und angesichts des globalen Vorstoßes der Westeuropäer, insbesondere des deutschen Kapitals, in die ökonomischen und politischen Einflußsphären der USA, kurz angesichts des Strebens Westeuropas nach der Position einer neuen, quasi dritten Supermacht, stellt sich die Frage, ob nicht gerade diese ökonomische und politische Gewichtsverlagerung in den vom deutschen Bundeskanzler geforderten eurostrategischen Atomwaffen ihre militärische Entsprechung finden sollte. Tatsächlich hätte auch Westeuropa mit Hilfe der in den ursprünglichen Vorstellungen von Helmut Schmidt enthaltenen seegestützten Mittelstrecken-Raketen (7) in die Lage versetzt werden können, die durch den Hebel des atomaren Vorsprungs der NATO international erzielten ökonomischen und politischen Vorteile zu Lasten der Sowjet-Union mit den USA zu teilen, ohne daß deshalb West- und Zentraleuropa wegen eines möglichen atomaren Präventivschlages der Sowjet-Union gefährdet wäre. Die Entwicklung hat allerdings einen anderen Gang genommen. Die US-Militär-Strategen erkannten offenbar, daß sich mit der Stationierung der neuen Mittelstrecken-Raketen der USA die Möglichkeit eröffnen würde, erstens, die erste Runde eines atomaren Schlagabtauschs mit der Sowjet-Union vom eigenen Territorium auf Europa zu verlagern und zweitens mit Hilfe der landgestützten Version dieser Waffen die vorwärtsschreitende westeuropäische Supermacht, vor allem aber die Bundesrepublik, in Schranken zu verweisen und bei der Stange zu halten, weil diese dichtbesiedelte Region sich in eine atomare Zielscheibe der Sowjet-Union verwandelt und so auch indirekt zur Geisel der USA wird. So scheinen die ursprünglichen Absichten des Kanzlers sich nunmehr in ihr Gegenteil verkehrt zu haben. Rudolf Augstein verglich die Lage des Bundeskanzlers treffend mit einem "Schachspieler, der plötzlich die Partie seines Gegners übernehmen und weiterspielen muß, weil irgendein Kannitverstan in einer Spielpause das Brett umgestellt hat." (8)

Im NATO-"Nachrüstungsbeschluß" hat sich in der Tat nicht die Vorstellung von Helmut Schmidt von den seegestützten Mittelstrecken-Raketen durchsetzen können, sondern die US-Strategie der landgestützten Mittelstrecken-Raketen. Würden diese Raketen auf westeuropäischem Boden tatsächlich stationiert, so würden die USA in die Lage versetzt, nicht nur die Sowjet-Union, sondern auch Westeuropa, insbesondere aber die Bundesrepublik, zu erpressen. Unter den Bedingungen zunehmender Gegensätze zwischen den USA und Westeuropa wären die USA in der Lage, Westeuropa über die atomare Abhängigkeit zu Zugeständnissen zu zwingen. So würden die USA z.B. die Sowjet-Union mit den Mittelstrecken-Raketen in Westeuropa bedrohen, tatsächlich aber Westeuropa meinen. Ein Atomkrieg, der durch Mittelstrecken-Raketen und von europäischem Boden ausgeht, würde nicht nur Osteuropa und die Sowjet-Union, sondern auch Westeuropa vernichten.

3.2. Intervention in der Golf-Region

Die Vorbereitungen zur Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe für die Golfregion sind in vollem Gange, nicht nur militärtechnisch, sondern auch psychologisch. Die seit der ersten Ölpreiserhöhung 1973/74 benutzten Schlagwörter, wie: die "drohende Strangulierung des Westens durch die OPEC", "die Ölscheichs drehen uns den Öl-Hahn ab" und dergleichen sind massenpsychologisch wirksame Mittel, die die Legitimierung einer Golf-Besetzung begünstigen. Die Okkupation von Afghanistan durch die sowjetischen Truppen sorgt für eine Bestätigung der schon vorher erfolgreich geschürten Ängste der Bevölkerung um den Verlust "unserer Ölquellen".

Die Intervention in der Golfregion hat längst das Stadium der bloßen Überlegungen einiger US-Strategen verlassen. Die vier außenpolitischen Forschungsinstitute des Westens haben in ihrer oben des öfteren zitierten Studie für die NATO ziemlich eindeutige "Leitlinien" formuliert: "Wenn westliche Interessen auf dem Spiel stehen, sollten Europa und die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Notwendigkeit westlicher Interventionsfähigkeit einig sein und Schritte unternehmen, um das dafür erforderliche Instrumentarium zu verbessern." Es tauchen Probleme auf, "wenn Europa und die Vereinigten Staaten zwar gemeinsam vitale Interessen in einem Gebiet teilen, aber sich nicht nur nicht darüber einigen können, wie diese Interessen am besten verteidigt werden sollen, sondern zusätzlich auch nicht darüber, wie die Kosten für ihre Verteidigung aufgeteilt werden sollen. Die wichtigste Region, die solche Probleme aufwirft, ist zur Zeit der Mittlere Osten und der Golf..... Es wäre jedoch völlig irreführend, die Sicherung der Ölversorgung aus dieser Region als eine ausschließlich europäische oder japanische Angelegenheit zu betrachten. Der Verlust dieser Quelle hätte auch für die Vereinigten Staaten fatale Konsequenzen, sowohl im Hinblick auf die amerikanische Wirtschaft wie auf die Tatsache, daß der Schlag, den die gesamte westliche Wirtschaft erleiden würde, die amerikanische Sicherheit im Kern treffen müßte. Es handelt sich nicht nur einfach um "europäisches Öl", das die Vereinigten Staaten im Mittleren Osten verteidigen sollten."

Eine Intervention in der Golfregion würde m.E. im Gegensatz zur Begründung der eben zitierten Studie durchaus nicht den bloßen Zweck verfolgen, die "Ölversorgung des Westens" sicherzustellen, da die Ölversorgung weder jetzt gefährdet ist, noch in Zukunft ernsthaft gefährdet zu werden brauchte. Die OPEC-Staaten können und wollen auch nicht den Öl-Hahn abdrehen, da sie alle von Ölexporten abhängig sind. Eine Unterbrechung des Ölexports würde in einigen OPEC-Staaten unmittelbar und kurzfristig zum Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und zum anderen mittelfristig zu erheblichen Schwierigkeiten, einschließlich des Sturzes von dort herrschenden Regimen, führen. Dagegen können westliche Staaten auf eine (nur theoretisch denkbare) völlige Unterbrechung des Öls erheblich flexibler reagieren als die OPEC-Staaten und als sie bereit sind zuzugeben. Durch Lagerung der Ölvorräte, die bis zu 1 Jahr reichen, wird es im Westen kurzfristig wegen Öl überhaupt nicht zu einer Krise zu kommen brauchen. Auch mittel- und langfristig sind die meisten kapitalistischen Staaten in der Lage, durch Sparmaßnahmen und rationelle Nutzung der Primärenergie, durch stärkere Nutzung von eigenen Energie-Ressourcen ohne größere Krisen über die Runden zu

kommen. Auch für eine Intervention in der Golfregion durch die Sowjet-Union spricht kaum ein risikoloser Grund. Selbst dann könnte die Sowjet-Union das Golf-Öl aus denselben Gründen wie sie bei der angenommenen Unterbrechung der Ölversorgung oben genannt wurden, nicht als wirksames Erpressungsmittel gegen den Westen einsetzen. Im übrigen ist der Sowjet-Union klar, daß ein solcher Schritt vom Westen nicht hingenommen und ein Weltkrieg unvermeidlich heraufbeschworen würde. Die Intervention in der Golfregion würde mit großer Wahrscheinlichkeit auch den Ölpreis und das Energiepreisniveau für die Endverbraucher nicht herabsenken, da der Ölpreis sich in Zukunft stärker als bisher an dem Preis der übrigen fossilen Energieträger orientieren wird und dies unabhängig davon, wer die Verfügungsgewalt über die Ölquellen hat. Es fragt sich deshalb, welche Rationalität sich tatsächlich hinter jener Intervention in der Golfregion verbirgt oder verbergen könnte, über die sich die Strategen den Kopf zerbrechen. Folgende Aspekte dürften m.E. dabei eine wichtige Rolle spielen.

Erstens: Um weitere sozial- bzw. nationalrevolutionäre Veränderungen in der Golfregion, insbesondere in Saudi-Arabien, zu unterbinden. Die ökonomischen, politischen und sozialen Umwälzungen in der Golfregion gehen an Saudi-Arabien nicht vorbei. Tatsächlich scheint auch der Sturz der saudischen Monarchie eine Frage der Zeit zu sein. Seit 1977 haben über 10 Putschversuche in diesem Land stattgefunden. Tausende von Armeeangehörigen sind in Nachbarländer desertiert. Im August 1979 sollen sogar Soldaten der bis dahin als absolut loyal geltenden Nationalgarde an einer Rebellion gegen die Monarchie beteiligt gewesen sein. Die Veränderung des politischen Systems Saudi-Arabiens ist fast eine zwangsläufige Konsequenz der regionalen Entwicklung, da dieses ölreichste OPEC-Land mit der stärksten politischen Bindung zum Westen innerhalb der OPEC als einziges hinsichtlich der Menge und des Preises eine eindeutig Anti-OPEC-Politik betreibt. Muß sich die saudische Monarchie machtpolitisch immer stärker auf den Westen stützen als auf irgendeine bedeutende soziale Klasse im eigenen Land und wird sie notfalls ihre Schutzmacht zu Hilfe rufen, so verfügt der Westen, verfügen die USA, in diesen Überresten des Mittelalters über ihre letzte und bedeutendste OPEC-Bastion, die sie glauben auch mit Waffengewalt "verteidigen" zu müssen. Die militärischen Vorbereitungen einer solchen Strategie in der Gestalt der mobilen Eingreiftruppe der USA (bzw. der NATO) sind offensichtlich in vollem Gange. Auch Kampagnen zur politischen Legitimation eines solchen imperialistischen Zugriffs und zur Schaffung der Identifikation der Menschen mit diesem Schritt hierzulande haben schon längst begonnen. Daß dabei die tatsächlichen Motive solcher gefährlichen und einen Weltkrieg heraufbeschwörenden imperialistischen Eingriffe verschleiert, die Masse der Menschen durch eben diese politischen Kampagnen getäuscht werden, lehrt uns die Geschichte.

War die politische Begründung der US-Aggression in Vietnam "die Verteidigung der Freiheit des Westens", so muß für eine mögliche Intervention in der Golfregion "die Sicherheit der Ölversorgung" herhalten. Als Bedrohung der "Ölversorgung" sieht die Studie der Forschungsinstitute u.a. auch die "Revolution der inneren Unruhen. Es gibt mindestens ein halbes Dutzend Staaten in dieser Region, deren Regime in der Perspektive der kommenden zehn Jahre als äußerst labil angesehen werden müssen. Jeder Aufruhr in einem dieser Staaten kann zu Unterbrechungen von Öllieferungen führen."

Die Unsinnigkeit der Behauptung von der "Unterbrechung der Öllieferungen" hat gerade die iranische Revolution bewiesen. Selbst der Sturz eines vom Volk so verhaßten und mit der USA verbündeten Regimes wie das des Schah hat keine nennenswerte Störung der Ölversorgung hervorgerufen. Was dort passiert ist, war etwas anderes: Eine nochmalige Erhöhung des Ölpreises mit der Folge einer neuen Umverteilung der Öleinnahmen zu ungunsten der kapitalistischen Staaten. Ein Sturz des Regimes in Saudi-Arabien würde die begonnene Umverteilung der Öleinnahmen noch einmal kräftig vorantreiben.
Genau dies (und nicht die Unterbrechung der Öllieferungen) soll aber durch eine Intervention verhindert werden.

Zweitens: Um, wenn möglich, das Rad der Geschichte ganz zurückzudrehen und die vor der ersten Ölpreiserhöhung 1973/74 bestehenden kolonialistischen Verteilungsverhältnisse der Öl-Einnahmen wiederherzustellen.

Und drittens: Könnte mit der Intervention in der Golfregion das Ziel verfolgt werden, die jahrzehntelange bestehende energiepolitische Abhängigkeit Westeuropas und Japans von den USA wiederherzustellen. Diese Abhängigkeit bestand einerseits direkt durch die massive militärische Präsenz der USA in den Golf- Staaten, vor allem im Iran, und andererseits durch die US-Ölkonzerne, die Westeuropa und Japan mit Öl versorgten. Diese Abhängigkeit könnte am besten dadurch wiederhergestellt werden, daß die Intervention in der Golfregion unter der Kontrolle der US-Armee durchgeführt würde. Vor diesem Hintergrund dürfte die großzügige Bereitschaft der USA, diese "Dreckarbeit" ganz allein auf ihre Kappe nehmen zu wollen, allzu verständlich sein. Die USA verkaufen in der Öffentlichkeit diese ihre "Bereitschaft" obendrein noch als Opfer, das sie für alle NATO-Staaten bringen und dementsprechend von den übrigen NATO-Staaten erwarten, andere Aufgaben innerhalb der NATO zu übernehmen und auch die Kosten dafür zu tragen. Vom Standpunkt nationaler Interessen zeugt es von einer erstaunlichen Naivität von vor allem konservativen Repräsentanten westeuropäischer Kapitalfraktionen, wenn sie sich in dieser Hinsicht auf die US-Interessen eingeschworen haben.

So empfehlen auch die vier westeuropäischen und amerikanischen Forschungsinstitute in ihrer Studie die Erfüllung der oben skizzierten, eindeutig den US-Interessen dienenden und westeuropäischen Interessen teilweise widersprechenden Strategie durch alle NATO-Staaten: "Aus diesen Gründen dürfte es das beste sein, eine arbeitsteilige Politik einzuschlagen, mit der die Hauptlast für die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe auf die Vereinigten Staaten fällt, während die Europäer einen gewissen Beitrag an personellem und materiellem Einsatz leisten, wo dies angemessen ist (wie im Fall Frankreichs und Großbritanniens),und/oder Unterstützung für die amerikanische schnelle Eingreiftruppe bereitstellen, sich um Verstärkung bestehender westlicher Stützpunkte in der Region bemühen und durch Beibehaltung ihrer eigenen Verteidigungsausgaben in Europa die Möglichkeit schaffen, daß amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt werden."
Nach dem Willen der vier Forschungsinstitute soll die "europäische Präsenz in dieser Region" allerdings nur"politische und symbolische" Bedeutung haben.
In derselben Richtung der US-Strategie der Golfregion könnte auch der massive Widerstand der USA gegen die Lieferung von Erdgas aus der

Sowjet-Union für die Bundesrepublik interpretiert werden. Die USA scheinen weniger die Abhängigkeit der Bundesrepublik von der Sowjet-Union zu fürchten als vielmehr die noch stärkere energiepolitische Unabhängigkeit der Bundesrepublik von den USA. Andererseits zeigt sich in dem Willen der deutschen Bundesregierung, an dem Erdgasgeschäft mit der Sowjet-Union festzuhalten, auch das Streben des bundesrepublikanischen Kapitals, den eingeschlagenen energiepolitischen Kurs der Unabhängigkeit von den USA nicht aufzugeben. Hinsichtlich der Golfregion fällt den klügeren und längerfristig denkenden Repräsentanten des europäischen Kapitals allerdings auch nichts Besseres ein, als durch massive Rüstungsgeschäfte mit den Golfstaaten, so zwischen Frankreich, Irak und Libyen, zwischen Großbritanien und den Scheichtümern und zwischen der Bundesrepublik und Saudi-Arabien, ihre nationalen Interessen auf amerikanische Weise wahrzunehmen und das trotz aller damit verbundenen Konsequenzen.

4. Schlußbemerkungen und Konsequenzen für die neue Friedensbewegung

Wie anfangs bemerkt, sollten und konnten auch nicht alle Aspekte der Instabilität der Weltlage berücksichtigt werden. Auch die hier behandelten Fragen, die ich für sehr wichtig halte, bedürfen ausführlicherer und genauerer Analyse. Unabhängig davon, daß Beobachtungen der weltökonomischen und politischen Zusammenhänge und Veränderungen für die Theorie und Praxis der sozialistischen Politik angesichts der Dynamik der vielfältigen Triebkräfte eine ständige Aufgabe ist, gewinnt die Analyse der Instabilität in unserer Gegenwart eine besondere Bedeutung. Die bedrohlich steigende Kriegsgefahr kann und muß mit dem massiven Widerstand breiter Bevölkerungsschichten verhindert werden. Der "Nachrüstungsbeschluß" der NATO ist in eine neue amerikanische Globalstrategie eingebettet, die das Ziel verfolgt, das verlorene ökonomische und politische Terrain gegenüber Westeuropa und der "Dritten Welt" militärisch bzw. militärstrategisch wiederzugewinnen. Deshalb dürfen auch Strategien der Kriegsverhinderung und Friedenskonzeptionen innerhalb der Friedensbewegung wie die "atomwaffenfreie Zone in Europa", "soziale und zivile Verteidigung" etc. nicht losgelöst von der US-Globalstrategie und auch nicht losgelöst von den Triebkräften der Instabilität der Weltlage, des Rüstungswettlaufs und der spezifisch regionalen und nationalen Interessen diskutiert werden. Standpunkte, die aus egoistischen Erwägungen nur einen Teil der US-Strategie in Frage stellen, schwächen die antimilitaristische Bewegung als Ganzes und müssen deshalb zurückgewiesen werden.

Die Frage sei hier erlaubt, ob jene in der Friedensbewegung überhaupt einen Platz haben, die - wie Rudolf Augstein - zwar aus guten Gründen gegen die "Nachrüstung auf deutschem Boden" zu Felde ziehen, im gleichen Atemzug aber für einen militärischen Feldzug in der Ferne plädieren. Nachdem Augstein in einem Spiegel-Beitrag die "Nachrüstung" für überflüssig und die vorhandenen Waffen für ausreichend hält, sagt er, was noch fehlt und was gebraucht wird: "Gebraucht wird ... eine Eingreifreserve der Vereinigten Staaten, wo es nicht genügt, vierzig Prozent mehr Material einzulassen, wenn nur fünf Prozent Manpower rekrutiert werden können. Ebenso wird gebraucht eine Solidarität der Europäer mit den Amerikanern in Fragen lebenswichtiger Bedeutung, die das gesamte Bündnis betreffen." (9) Mag sein, daß für Augstein und andere

der Frieden teilbar ist. Für die neue Friedensbewegung und für alle Menschen, die prinzipiell gegen den Krieg sind, ist der Frieden aber unteilbar. Deshalb wird diese Bewegung nicht nur gegen Nachrüsten, Vorrüsten, Todrüsten und gegen den Rüstungswettlauf in Europa sein, sondern sie wird und muß auch gegen die Aufrüstung Saudi-Arabiens, gegen die Aufstellung einer "mobilen Eingreiftruppe" und erst recht gegen imperialistische Zugriffe in der Golfregion und anderen Regionen und Ländern der Welt energisch ihre Stimme erheben. Unsere prinzipielle Ablehnung der Aufrüstung und der militärischen Intervention anderswo, die ebenso gut eine militärische Intervention der Sowjet-Union einschließt, hat insofern auch einen realen Hintergrund für Europa und die Bundesrepublik, als jedwede militärische Auseinandersetzung, bei der die Supermächte beteiligt sind, angesichts der Instabilität der Weltlage in einen atomaren Weltkrieg einmünden kann. So gesehen, sind solche Positionen wie die von Augstein nicht nur schizophren und egoistisch, sondern auch kurzsichtig. Aus demselben Grund darf sich die neue Friedensbewegung auch auf Scheinalternativen wie die "seegestützte Stationierung von Mittelstrecken-Raketen" nicht einlassen. Der Umstand, daß durch einen solchen durchaus auf der Linie der westeuropäischen Kapitalfraktionen, auch des Bundeskanzlers, liegenden "Kompromiß" die Raketen vom Land auf See verlagert würden, mag diesen "Kompromiß" für einige akzeptabel werden lassen. In Wirklichkeit könnte aber diese Version einer "Nachrüstung" eher dazu dienen, die Friedensbewegung zu schwächen oder gar zu spalten. Deshalb müssen wir innerhalb und außerhalb der Friedensbewegung klar machen, daß die seegestützte Version der "Nachrüstung" keine Lösung, sondern bloße Verlagerung des Problems von West- und Zentraleuropa auf Nordeuropa ist, da dafür die nordeuropäischen Gewässer in Frage kommen. Ferner müssen wir klar machen, daß dadurch die Gefahr eines Atomkrieges in Europa um keinen Deut verringert wird, da auch mit den seegestützten Pershing II und Marschflugkörpern genau so das atomare Gleichgewicht zwischen Ost und West zugunsten der NATO durchbrochen wird wie im Falle einer landgestützten Stationierung dieser Waffen.

Die Liste der notwendigen politischen Konsequenzen für die Friedensbewegung ist angesichts der widersprüchlichen und vielfältigen Zusammenhänge der Triebkräfte und Ursachen der Kriegsgefahr sicherlich länger, als daß sie alle hier erörtert werden könnten. Die hier angeschnittenen Aspekte mögen dazu dienen, bei der Entfaltung einer grundlegend neuen und gegen die in Ost und West herrschende Rüstungs- und Machtlogik gerichteten Friedensstrategie einige Anregungen zu geben. (10)

Literaturnachweis

1) Dieter, S. Lutz, Kommt der dritte Weltkrieg 1983? Eine Studie des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, erschienen in Frankfurter Rundschau vom 28.11.1978

2) Der gemeinsame Bericht von vier außenpolitischen Forschungsinstituten

des Westens über die Einschätzung der Weltlage und Leitlinien für den Westen mit dem Titel: Die Sicherheit des Westens. Neue Dimensionen und Aufgaben. Herausgegeben vom Council on Foreign Relations (New York), Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Bonn), Institut Francais des Relations Internationales (Paris), Royal Institute of International Affairs (London), abgedruckt in Frankfurter Rundschau vom 14.04.1981

3) Guntram von Schenck, Die außenpolitischen Implikationen des Rüstungsgeschäfts mit Saudi-Arabien, in Frankfurter Rundschau vom 06.04.1981

4) Colin S. Gray und Keith Payme, Victory is possible, in Foreign Policy Nr. 39 (1980); deutsche Übersetzung dieses Aufsatzes siehe Blätter für deutsche und Internationale Politik, Heft 12/1980, S. 1502 ff

5) Näheres hierzu Anton Andreas Guha, Der Tod in der Grauzone, Frankfurt/M. 1980, S. 13 f

6) Vgl. ebenda, S. 15 ff

7) "Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüste Lybiens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete; sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles, was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht. Auch aus diesem Grunde kämen nur seegestützte Polaris-Raketen in Betracht," so Helmut Schmidt in seinem 1961 und 1968 veröffentlichten Buch "Verteidigung oder Vergeltung". Siehe auch den Titel-Bericht des Spiegel Nr. 22/1981

8) Rudolf Augstein, Spiegel Nr. 22/1981

9) Ebenda

10) Die hier vorgenommene Analyse des Verfassers stützt sich auf folgende Beiträge desselben:
-Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft, Frankfurt/New York 1980
-Kampf um die Aufteilung der Weltmeere. "Knappheit" der Naturressourcen, Technologie-Entwicklung und Kriegsgefahr, in: Friedensanalysen 11
-Ölkrieg und Atomenergie, in: links, März 1980
-Innerimperialistische Gegensätze und Kriegsgefahr, in: Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern, Hamburg 1980

DISKUSSION

Zweifellos stellt in waffentechnologischer Hinsicht die Entwicklung von Pershing II, Cruise Missiles und der Neutronenbombe eine neue Qualität in der Aufrüstung dar. Und zweifellos basiert auf diesen Waffensystemen die Vorstellung über die Möglichkeit eines begrenzten nuklearen Krieges. Ob jedoch tatsächlich eine solche Möglichkeit gegeben ist und welche politischen Handlungen eine solche Möglichkeit eröffnet sind strittig. Zwei Fragestellungen, auf die sich die Diskussion bezog: (1) Ist ein begrenzter nuklearer Krieg möglich oder zieht ein begrenzter nuklearer Waffeneinsatz immer einen unbegrenzten Nuklearkrieg nach sich? (2) Kann die USA die Sowjetunion politisch und ökonomisch aufgrund des Potentials ihrer neuen Waffensysteme erpressen? Hierzu folgende Auszüge aus der Diskussion:

- Ist es wirklich so, daß ein Land, das in Besitz von Nuklearwaffen ist, ein anderes, das nicht über solche Waffen verfügt, erpressen kann, also politische, ökonomische und/oder teritoriale Forderungen gegen den Willen dieses Landes durchsetzen kann? Historisch gibt es doch kein Beispiel für eine solche Erpressung: während der Zeit, als die USA das Atomwaffenmonopol hatten nicht und während des Vietnamkrieges nicht. Gerade im Vietnam-Krieg schien der Einsatz von Nuklearwaffen seitens der USA für deren Zielsetzungen ungeeignet. Der Knüppel (= Nuklearwaffen) ist einfach zu dick, um bestimmte Ziele zu erreichen.....

- Diese Beispiele widerlegen nicht generell, daß Erpressbarkeit mit Nuklearwaffen überhaupt nicht möglich ist. In dem Moment, wo neue Dimensionen an Instabilität, an Veränderungen in der Weltlage, neue Dimensionen in der ökonomischen Entwicklung innerhalb der imperialistischen Zentren der Kapitalakkumulation auftreten, ist es nicht möglich, Erpressbarkeit generell auszuschließen. Zum Beispiel kann eine solche Erpressung für den Nahen Osten akut werden, wenn der Zugang zu den Ölquellen für die kapitalistischen Industrieländer weiter eingeschränkt wird bzw. eine Preisentwicklung für das Rohöl eintritt, die nicht mehr von diesen Ländern akzeptiert wird. Die neue Qualität der US-Waffen Pershing II und Cruise Missiles und die mit diesen Waffen verbundene Militärstrategie kann von den USA genutzt werden, die Sowjetunion politisch und ökonomisch zu erpressen; ich kann mir auch vorstellen, daß westeuropäische Politiker verbunden mit der neuen Qualität der nuklearen Waffen Überlegungen einer möglichen Erpressbarkeit der Sowjetunion anstellen. Erpressung muß zumindest als ein Moment der Politik mit von uns in die Betrachtung einbezogen werden; ob Erpressung tatsächlich stattfinden wird, ist damit noch gar nicht gesagt. Wir befinden uns erstmal auf der Ebene die Motive der Nachrüstung zu analysieren und nicht auf der Ebene, ob eine Erpressung tatsächlich realisierbar ist.....

- Gerade weil wir uns auf der Ebene, die Motive für die Kriegsbereitschaft zu analysieren, befinden, reichen diese ökonomischen Erklä-

rungsfaktoren nicht aus: auf einer nur ökonomischen Ebene kommt man dem, was Kriegsbereitschaft usw. ist überhaupt nicht näher; das ist kein ökonomisches Problem, sondern ein gesellschaftliches und als solches kann man es m.E. nicht bloß auf der Ebene ökonomischer Kategorien diskutieren....

- Die These, daß die USA die Sowjetunion mit ihren in Westeuropa stationierten Waffen erpressen kann, ist m.E. nicht aufrechtzuerhalten. Was wäre die Gegenmaßnahme der Sowjetunion auf eine solche Erpressung? Offensichtlich würde die Sowjetunion mit einem nuklearen Angriff auf die USA drohen. Die Sowjetunion hat immer gesagt, es gibt keinen beschränkten Krieg, wenn es einen Krieg in Europa gibt dann gibt es auch einen Weltkrieg. Das ist die sowjetische Militärtheorie seit Anfang an und daran wird sich nichts ändern. Was sich durch die Nachrüstung ändert gegenüber der bisherigen Situation ist in der Tat die Zunahme von Spekulationen seitens der USA, man könne (in Europa) einen begrenzten Nuklearkrieg führen. Das ist politisch gefährlich aber militärisch m.E. nicht. - Mit der Erpressungstheorie läßt sich die offizielle deutsche Position nicht erklären? Warum ist die Regierung für die Nachrüstung? M.E. aufgrund einer Spekulation des Ablaufs eines dritten Weltkrieges: Ihre Befürchtung ist, daß sich die USA heraushalten könnten, dementsprechend versucht sie die USA an Westeuropa anzukoppeln, indem sie Bestrebungen, das militärische Engagement der USA in Westeuropa zu verstärken, unterstützen. Seitens der USA und seitens Westeuropas bestehen gegensätzliche Spekulationen über die Krisensituation in Form eines dritten Weltkrieges.....

- Die Argumentation, daß die USA die Sowjetunion nicht erpressen kann, weil die Sowjetunion immer ihre Atomwaffen mit ins Spiel bringt, wird ja gerade durch die Nachrüstung entkräftet. Durch den Einsatz der neuen US-Mittelstreckenwaffen in Europa wird die sowjetische Fähigkeit zum nuklearen Gegenschlag aufgehoben....

- Pershing II und Cruise Missiles sind in der Lage, die sowjetischen strategischen Interkontinentalraketen auszuschalten, bevor diese überhaupt gestartet werden können. Durch den Einsatz dieser neuen US-Waffensysteme wird ein sowjetischer nuklearer Gegenschlag unmöglich. Der Drohung der Sowjetunion, bei einem begrenzten nuklearen Waffeneinsatz des Westens in Europa mit einem umfassenden nuklearen Gegenschlag zu antworten, wird damit die Grundlage entzogen. Die Sowjetunion wird bei einem Einsatz dieser neuen US-Waffensysteme nicht mehr in der Lage sein, einen nuklearen Gegenschlag zu führen; demzufolge kann die Sowjetunion auch nicht mehr mit einem solchen Gegenschlag drohen. Ein begrenzter nuklearer Waffeneinsatz des Westens in Europa wird also nicht durch eine Drohung der Sowjetunion, mit einem globalen nuklearen Gegenschlag zu antworten, verhindert werden können.....

- Es ist zwar richtig, daß die neuen US-Waffen technisch dazu in der Lage sind (durch die Zielgenauigkeit und Änderung der Zielplanung) sowjetische Interkontinentalraketen auszuschalten. Aber mit den Mittelstreckenwaffen, die in Westeuropa stationiert werden sollen, ist nur der westliche Teil der Sowjetunion angreifbar.....

- Es wird auf beiden Seiten gepokert mit der Gefahr, daß die andere Seite die Erstschlagskapazität erreicht, also die Fähigkeit, die Gegenseite mit dem ersten Schlag zu vernichten, daß diese nicht mehr mit einem Gegenschlag antworten kann. Die Realisierung des Nachrüstungsbeschlusses wird die USA in die Lage versetzen, die sowjetischen Interkontinentalraketen innerhalb von 6 Minuten von Westeuropa aus zu zerstören. Die Sowjetunion wird bei einem solchen Erstschlag im wesentlichen ihre Zweitschlagskapazität verlieren...

- Gegenwärtig verfügt keine der beiden Seiten über eine Erstschlagskapazität. Es gibt bisher noch kein Mittel, U-Boote auszuschalten und in jedem Fall bleiben bei einem Angriff - auch bei einem Überraschungsangriff - der einen oder anderen Seite voraussichtlich auch noch in den nächsten zehn Jahren die Fähigkeiten, von U-Booten ganz beträchtliche Zerstörungen anzurichten. Im Falle der Nachrüstung wird sich die Fähigkeit des Westens vergrößern, einen Großteil der sowjetischen Raketen auszuschalten. Aber es wird keine totale Entwaffnung der Gegenseite - also kein totales Ergebnis - geben. Insofern ist der Vollzug des Nachrüstungsbeschlusses schon eine Verschlechterung der Situation der Sowjetunion. Daß aber eine solche Situation vom Westen umgesetzt werden kann in eine politische Erpressung erscheint mir nicht mehr zu sein als eine Spekulation. Beide Seiten dramatisieren die Gefahr von Waffenprogrammen der Gegenseite. Wenn allerdings in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten es für eine Seite möglich wird, Atom-U-Boote zu entdecken und zu vernichten, dann wäre dies in der Tat eine ganz erhebliche Verschiebung der militärstrategischen Verhältnisse.....

Diskutiert wurde die Frage, ob und inwieweit die OPEC-Länder abhängig sind von den Öl-Abnehmerländern und umgekehrt, inwieweit die OPEC-Länder aufgrund ihres Rohstoffreichtums politischen und ökonomischen Einfluß ausüben können.

- Die OPEC-Länder sind nicht in der Lage auf den Export von Öl zu verzichten, sie sind abhängig vom Ölexport und dessen Einnahmen. Ein Ölexport-Boykott der OPEC-Länder würde für etliche Herrschaftssysteme dieser Länder der sichere Niedergang bedeuten. Die Öleinnahmen werden von diesen Herrschaftssystemen benötigt, um ihre sozialökonomische Basis abzusichern. Von daher kommen die Regierungen dieser Länder selbst nicht auf die Idee, ernsthaft einen Ölexport-Boykott - der zudem von allen durchgeführt und durchgehalten werden müßte - zu erwägen. Die Erdölversorgung der Industrieländer durch die OPEC ist damit aufgrund der Interessenslage der OPEC-Staaten nicht durch diese bedroht. Eine Besetzung dieser Region zur Sicherstellung der Erdölversorgung erscheint damit als überflüssig. Auch eine Einflußnahme der Sowjetunion auf die OPEC-Länder und deren Erdölpolitik wird nicht einen Zusammenbruch der Ökonomie der kapitalistischen Länder zur Folge haben. Aufgrund der Rohstoff- und Energiereserven dieser Länder - vor allem die der USA und Kanada - kann die Sowjetunion qua Einfluß auf die OPEC und deren Öl die kapitalistischen Länder nicht mit einem Lieferstop erpressen. Vor allen Dingen sehe ich nicht, wie die

Sowjetunion so einen immensen Einfluß gewinnen kann; die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Intervention der Sowjetunion in dieser Region ist fast null, die mit einer solchen Intervention verbundenen Risiken sind enorm.....

- Welche Begründung liegt der These zugrunde,daß der Öl-Preis sich in der Zukunft an den Preisen anderer Energieträger orientiert?

  Die Phase, wo die Ölpreissetzung innerhalb kolonialer und imperialistischer Verhältnisse (zwischen den Industrieländern und den Rohstoffländern) erfolgte, ist vorbei.
  Die Bildung der OPEC und deren Politik führte zum Verlust der ökonomischen Übermacht der Abnehmerländer. Es bildet sich heute für das Öl ein auf Konkurrenz orientierter Preis auf dem Weltmarkt. Natürlich wirken aber immer noch die Industrieländer auf diesen Preisbildungsprozeß ein.

  Das OPEC-Öl konkurriert mit anderen Energieträgern. Der Preis, der mit dem OPEC-Öl zu erzielen ist, wird damit bestimmt von den Preisen der Konkurrenzprodukte. Der Preis eines Gutes wird immer mitbestimmt durch die Preise der Substitutionsgüter. Die Produktionskosten des OPEC-Öls liegen weit unter denjenigen alternativer Energieträger, dementsprechend liegt bei Konkurrenzpreisen der Gewinn des OPEC-Öls über dem Gewinn der anderen Energieträger. Den OPEC-Ländern gelingt es derzeit jedoch noch nicht diesen Gewinn voll selbst zu realisieren; ein Teil davon wird durch die Industrieländer abgeschöpft, insbesondere durch die Erhebung staatlicher Steuern....

Die Möglichkeit der Besetzung von den Ölfeldern des Nahen Ostens wurde von einigen westlichen Politikern - auch von den westdeutschen - angedeutet. Muß tatsächlich mit einer solchen Besetzung gerechnet werden? Einige Beiträge zu dieser Frage:

- Man darf m.E. eine Besetzung von Ländern des Nahen Ostens sich nicht als spektakuläre militärische Aktion vorstellen. Mit Besetzung ist ja nicht eine reale Besetzung gemeint. Was damit gemeint ist, ist eine Intervention in Bürgerkriege und Versuche, schwankende Regime zu stabilisieren und militärischen Beistand zu leisten. Von daher ist auch der Begriff "Besetzung" irreführend. Genau genommen geht es um die Stärkung von konservativen und reaktionären Regimen im Nahen Osten und zwar politisch und militärisch. Deshalb erscheint es mir richtiger, von militärischen Interventionen zu sprechen.....

- Ich glaube nicht, daß man das so scharf trennen kann. Wesentlicher Aspekt dieser Unterstützungen der dortigen reaktionären und konservativen Regime und die Herstellung der Interventionsfähigkeit ist doch die Aufrechterhaltung des Einflusses auf die Öl-Preisgestaltung. So wirkt z.B. Saudi-Arabien dämpfend auf die Preissetzung für das Öl innerhalb der OPEC. Die Stützungsmaßnahmen und die Interventionsfähigkeit ist damit auch ein Moment der Preispolitik..

- Die Besetzung der Ölfelder wird m.E. erst dann akut, wenn es in den OPEC-Ländern zu sozialen und politischen Veränderungen kommt...

- Die Gewinner einer Besetzung der Ölfelder wären nicht nur die multinationalen Ölkonzerne, sondern auch die politische Macht, die dort das Sagen hat, also die USA. Die USA kann natürlich stattdessen auch eine Politik machen wie in den letzten Jahren: massiv OPEC-Öl zu importieren und eine Preisbindung für das eigene Öl mit dem Ziel eines niedrigen Energiepreisniveaus einzuführen, um einen wesentlichen Wertbestandteil selbst abschöpfen zu können und diesen in die Kapitalakkumulation der USA einfließen zu lassen.....

- Eine reale Besetzung der Ölregion steht m.E. nicht unmittelbar bevor. Der tatsächlichen Okkupation dieser Region werden sicher Interventionsversuche vorausgehen. Aber ausschließen läßt sich eine solche Besetzung nicht. Es gibt ja eine Reihe von Plänen,- ob die nun ernst gemeint sind oder nicht - die eine Besetzung des Iran und Saudi-Arabiens vorsehen. Der Versuch der Geiselbefreiung im Iran war ja keine punktuelle Aktion; es gab ja Überlegungen, nicht nur die Geiseln zu befreien sondern auch den Iran zu besetzen.....

Was wären die Folgen des Einsatzes von Militär seitens der USA in strategisch wichtigen Regionen? Und lassen sich durch den Einsatz von Militär überhaupt die Probleme der kapitalistischen Länder lösen?

- Es wurde argumentiert, daß das Ziel des Einsatzes von Militär nicht so sehr darin liegt, Gebiete zu besetzen, sondern die Märkte offen zu halten, also in der Stabilisierung kapitalistischer Systeme und in der militärischen Sicherung der Transportwege. Nun ist die Frage zu stellen, ob die Europäer und insbesondere die BRD dazu in der Lage sind, die Transportwege zu sichern und die Märkte offen zu halten? Sofern die Frage zu verneinen ist, muß von einer spezifischen militärischen Abhängigkeit von den USA im Weltmaßstab ausgegangen werden.

- Sicher besteht eine solche Abhängigkeit, wenn die Transportwege und die Versorgung von Rohstoffen militärisch gesichert wird. Aber bislang konnten die Märkte auch ohne eine solche Militarisierung aufrechterhalten werden; große Einbrüche in das bisherige weltwirtschaftliche Modell sehe ich nicht. Ferner werden wohl die Verbindungs- und Versorgungslinien militärisch am wenigsten zu sichern sein. Selbst wenn noch so viel Militär auf den verschiedenen Stützpunkten stationiert ist, werden die USA nicht alle Meerengen und Versorgungswege militärisch sichern können. Von daher erscheint mir die Militarisierung eher auf der ideologischen und symbolischen Ebene zu liegen. Natürlich hat die Militarisierung materielle Grundlagen, nur die Militarisierung stellt keine erfolgreiche Lösungsstrategie der materiellen Probleme dar. Ich gehe davon aus, daß sich die Politik der Reagan-Administration als Flop erweisen

wird. Und ich gehe davon aus, daß die westeuropäischen Länder eher Vorteile in einer kooperativen Politik auf dem Weltmarkt haben werden als in einer Politik der Konfrontation....

Wenn die Politik der Reagan-Administration darauf abzielt, wieder "number one" in der Welt zu werden, dann wird diese Politik in einen Gegensatz zu westeuropäischen Interessen geraten. Auszüge aus der Diskussion zu der Frage, inwieweit die von den USA eingeleitete Militarisierung der Politik schon einen Interessengegensatz innerhalb des kapitalistischen Systems zum Ausgangspunkt hat.

- Die Militarisierung der Politik und der von den USA auf die Verbündeten ausgehende Druck zur Aufrüstung und Übernahme von Militärlasten ist ein Versuch, das westliche System unter der Führung der USA wieder zu vereinheitlichen. Zweifel an dem Erfolg dieser Politik ist jedoch angebracht.Mir fehlt schlichtweg der Glaube - vielleicht ist es auch nur eine Hoffnung, - daß dieses politische Projekt funktionieren kann. Auf der Ebene der Währungskurse gibt es ja beträchtliche Schwankungen, und diese nicht unbedingt zugunsten des Dollars. Auch bei den neuen Technologien ist die USA nicht unbedingt führend. Die Verstärkung der Militarisierung der Politik ist sicher auch eine Reaktion auf ein solches objektives Absinken.....

- Die Militarisierung der Politik hat primär ökonomische Ursachen und verfolgt auch primär ökonomische Ziele. Es geht dabei um eine Nachfrageverlagerung nach Produkten der US-amerikanischen Rüstungsindustrie, die im Gegensatz zu den anderen US-Industriezweigen auf dem Weltmarkt eine dominierende Position einnimmt. Die US-Forderung nach Ausdehnung der Militärhaushalte ist implizit eine Forderung, US-amerikanische Militärprodukte zu kaufen. Nicht umsonst beklagt das westdeutsche Kapital, daß das Rüstungsgeschäft zwischen den USA und der BRD eine Einbahnstraße ist. Über die Festigung des technologisch am fortgeschrittensten Industriesektors soll die gesamte US-Ökonomie gestärkt werden. Zum einen wird ein Nachfrageschub nach zivilen Gütern erwartet und zum anderen erhofft man sich Technologietransfers zwischen dem militärischen und zivilen Industriesektor. Die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung auf dem militärischen Sektor sind in der Regel multifunktional verwertbar.....

Ulrich Albrecht

HERAUS AUS DEM SYSTEM DER MACHTBLÖCKE: NEUTRALISMUS

Eine Vorbemerkung: Das, was ich vortrage, ist nicht etwa an meinem Schreibtisch entstanden, sondern ist eine Art kollektives geistiges Produkt einer Gruppe, die vom Komitee für Grundrechte und Demokratie zusammengerufen wurde. Wir haben uns mit der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik auseinandergesetzt und auf diese Kritik und auch auf eine Analyse der Bedrohung hin Alternativvorschläge gemacht. Denn jede Militärpolitik, die irgendeiner vorschlägt, muß doch wohl notwendig ausgehen von den Gefährdungen, denen die Bundesrepublik möglicherweise unterliegt.

Ich setze an mit einer ersten Alternative von insgesamt vier Optionen. Das heißt, wenn ich hier den Neutralismus vertrete, will ich Euch nicht ein neues Evangelium verkünden und Ihr sollt nicht alle Neutralisten werden. Vielmehr geht es bei meinem Konzept wesentlich um Prozeßziele, um Ziele in einem politischen Diskussionsprozeß, die über sich hinaus weisen hin zu substantieller Abrüstung. Anders gesagt, es geht darum, eine Diskussion "loszutreten" in der Bundesrepublik, die hoffentlich eine steigende politische Relevanz hat.

Eine zweite Vorbemerkung: Warum melden wir uns heute, warum haben wir uns nicht bei früheren Nachrüstungen gemeldet? Es hat ja permanent Nachrüstungen gegeben; und warum warten wir nicht die siebte oder zehnte Nachrüstung ab, ehe wir hier etwas vortragen?

Da ist die Überzeugung, die wir offenbar mit vielen anderen teilen, daß wir uns in einer Krisensituation befinden. Auf den Punkt gebracht - es handelt sich um eine Krise der Abschreckungspolitik, der wechselseitigen Abschreckung erstens durch die Entwicklung hin zum Erstschlagvermögen, zweitens durch die Ausweitung der Kernwaffen, die Konspiration. Zugespitzt auf die Bundesrepublik - und das sagt heute selbst der Verteidigungsminister - die Abschreckungspolitik droht das, was sie an sich ja vorgibt zu verteidigen, zu zerstören. Wenn ein Krieg ausgebrochen ist, dann ist aufgrund dieser sogenannten begrenzten Kriegsführungsoption die Bundesrepublik nicht zu verteidigen... Ein norwegischer Kollege hat die Unverträglichkeit der Bundesrepublik für Kernwaffenkriegsführung auf die schöne Formel gebracht: Die Gegend hier ist so dicht besiedelt, daß die Städte nur wenige Kilotonnen voneinander entfernt liegen. Der Leiter des Center for Defense Information, das hinter dieser Sternenkarte mit den Atomwaffenlagerstätten steht, hat gesagt: Die USA haben den Ersten Weltkrieg in Europa geführt, die USA haben den Zweiten Weltkrieg in Europa geführt und ihr Dummerchen seid dabei, uns zu gestatten, auch den Dritten Weltkrieg in Europa zu führen.

Das war nun die Ausgangslage. Wir meinen, es bricht ein Interessen-

gegensatz auf, nämlich in der Frage, wo denn dieser Krieg stattfinden soll. Ein Interessengegensatz, daß er nicht in der Bundesrepublik, nicht in Europa sein soll, wenn überhaupt. Für den Neutralismusvorschlag als eine der möglichen Antworten ist zunächst ein Ansatzpunkt, daß eine repräsentative Allensbach-Umfrage im vorigen Herbst ergeben hat, daß 43 % der Bundesbürger, also eine überraschend hohe Zahl, dafür optieren, sich aus dem Wettrüsten der Supermächte herauszuhalten. Interessant war, wenn man diese 43 % "Neutralisten" nach ihrer Parteipräferenz anspricht, daß die Mehrzahl SPD-Anhänger waren. Aber wie könnte das jetzt konkret aussehen? In unseren Diskussionen hat sich herausgestellt, daß eine Unterscheidung sinnvoll ist. Zunächst könnten einfach, ohne daß gesellschaftlich, rüstungspolitisch, rüstungsindustriell irgendetwas verändert wird, die Militärblöcke etwas auseinanderrücken. Das war bisher in der Geschichte immer Folge von Entspannungsvorgängen, zuletzt am Sinai die Truppenentflechtungen. Man zog sich eben von der Kampflinie etwas zurück. Wenn man die taktischen Kernwaffen auf beiden Seiten etwas zurückzieht - das wäre Disengagement - ist das noch kein Neutralismus. Neutralität, also völkerrechtlich programmiert á la Schweiz oder vielleicht auch á la Schweden - soweit wollten wir nicht gehen: wir betonen eine Richtung, einen "ismus".

Ein Neutralismus wäre aber doch wahrscheinlich die politische Folge, wenn die Bundesrepublik sich an der Kernwaffenplanung der NATO nicht mehr beteiligen würde. Damit ist ja auch nur zunächst ein Außenverhalten angegeben. Die Bundesrepublik oder andere Nachbarstaaten scheiden aus dem Kernwaffenwettrüsten aus. Es gibt ein volles Spektrum, wie ein neutraler Staat sich verteidigen kann, von der Waffenlosigkeit bis zur Kernwaffe. Wie wir uns das vorstellen, das sagen die anderen Konzepte. Aber die uns im wesentlichen interessierende Frage ist, ob man eine Entscheidung in der Bundesrepublik trifft, wie sie die NATO-Staaten (sozialdemokratisch regiert) Dänemark und Norwegen 1958 getroffen haben. Der Vorschlag zur Dynamisierung der innenpolitischen Debatte wäre: In Friedenszeiten keine Kernwaffen auf solch einem Territorium wie dem der Bundesrebublik.

Ich fasse jetzt kurz zusammen, was für den Realismus eines solchen Vorschlages spricht und komme dann zuletzt auf die Einwände.

Deutlich ist bei dem, was ich bisher gesagt habe: Es ist kein sehr theoretisch fundiertes abgeleitetes Prinzip, sondern es ist ein scharf auf einen innenpolitischen Prozeß in der Bundesrepublik gezieltes Konzept, was dann eventuell auch in der Frage der Bündnispartner vielleicht überraschende Antworten ergibt. Was spricht für das Konzept? Ich würde sagen, zuerst die Steigerung der Sicherheit vor einem Kernwaffenkrieg. Denn auf jede Kernwaffe von diesen 5000, die wir angeblich hier in der Bundesrepublik haben, zielt ja wohl eine sowjetische. Aber mit diesem Argument werden wir kaum weiterkommen. Der zweite Grund, der für ein solches Konzept spricht, ist: Es gibt in Europa keine Kriegsursache, die einen Kernwaffenkrieg lohnen würde, außer den Kernwaffen vielleicht selber. Der dritte Punkt bezieht sich auf die möglichen Bündnispartner. Die klassische Neutralismus-Debatte in den 50er Jahren in der Phase der Aufrüstung und der Einführung von taktischen Kernwaffen zeigte auch im bürgerlichen Lager Fürsprecher des Neutralismus. Alle Bundestagsparteien, die wir heute im Bundestag

haben, haben damals Leute, die neutralistisch diskutierten, schlicht aus den Parteien oder aus den Abgeordnetensitzen herausgedrängt. Es gibt also "neutralistische Opfer" bei allen drei bürgerlichen Parteien. Es gibt auch, und das ist ein weiteres Pro für diesen Vorschlag, eine Reihe historischer Vorschläge, darunter am bekanntesten der Rapatzki-Plan. Nicht nur Gromyko oder Rapatzki und der englische Premier Eden und sein Oppositionsgegner Gaitskell hatten entsprechende Pläne formuliert, es hat nicht nur George Kennan mal über eine kernwaffenfreie Bundesrepublik philosophiert, sondern auch Eisenhower und Dulles hatten kurzfristig mit dieser Idee gespielt. Ich glaube, es ist ein Pro für solch eine Idee, wenn man historisch zurückgreifen kann. Der fünfte und letzte Grund zielt auf die mögliche politische Antwort aus dem Osten. Etwas provokant ausgedrückt: Für die Sowjetunion ist eine atomfreie Zone offenbar weniger provokatorisch als der Ruf nach freien Gewerkschaften. Hier scheint mir ein Interessenausgleich möglich.

Aber was sind die Einwände? Erster Einwand: Mit solch einem Konzept eines politischen Neutralismus, der ja doch wesentlich einzelstaatlich gedacht ist - neutralistisch ist die Bundesrepublik, meinetwegen sind es auch andere Staaten - wird wieder die Perspektive belebt, Rüstungs- und Militärpolitik national zu machen, was im deutschen Fall besonders wenig erwünscht ist. Es ist weniger eine allgemeine Nachholfrömmigkeit, sondern unsere Partner um uns herum in der NATO fühlen sich sicherer, wenn sie über die NATO-Politik die Hand am deutschen Hals haben. Eine neutralistische Bundesrepublik ist eine Größe, die erst einmal mehr Freiheitsgrade hat und gefährlicher werden kann.

Zweitens wäre wahrscheinlich, wenn die Bundesrepublik sich nicht durch Rüstungsökonomie belastet oder sogar mit anderen eine neutralistische Zone bildet, daß ein schwergewichtiger Kern in Europa entsteht, der die ökonomische Dominanz der Bundesrepublik noch direkter in politische Dominanz umsetzt, zumindestens in dieser Gruppe neutralistischer Staaten Es könnte ein konventionell gerüstetes Kerneuropa geben, was zumindest von der Sowjetunion, aber auch kleineren westeuropäischen Staaten als erhöhte Gefahr betrachtet würde.

Drittens das Argument nuklearer Erpressbarkeit. Die Sowjetunion könnte Kernwaffen politisch verwenden, indem sie bestimmte von ihr gewünschte politische Entwicklungen diesem Lande vorzuschreiben versucht. Der nächste Einwand steigert das ganze und spricht von der Finnlandisierung. Ich nehme an, das von Richard Löwenthal erfundene Konzept ist jedem irgendwie geläufig, daß man sozusagen in der Außenpolitik und auch in der Gesellschaftspolitik fortwährend auf die Sowjetunion schielt und angeblich freiwillig abhängige Akte begeht.

Die Kritik des Arguments von der atomaren Erpressung ist klar. Meine Einwände gegen die Finnlandisierungsauffassung wären, daß erstens ein Gebiet wie die Bundesrepublik nicht verglichen werden kann mit Finnland, das auch einmal zum russischen Reich gehörte. Ich glaube, hier gibt es doch Gewichtsunterschiede. Aber man kann durchaus den Kritikern einräumen, daß zu einem gewissen Teil solche Gefahren bestehen. Ich würde bloß betonen: Wir stehen offenbar vor einer Risikowahl. Wir können wählen, weiter tapfer mitzurüsten und dann

eines Tages die Folgen zu tragen oder wir können das in meiner Sicht geringer werdende Risiko wählen, das mit Stichworten wie Erpressbarkeit, Finnlandisierung usw. angesprochen ist.

Fragen an Ulrich Albrecht

Warum soll ein konventionell gerüstetes Westeuropa für die anderen Staaten ein erhöhtes Risiko sein?

Zum einen ist ja die Bundesrepublik heute schon die stärkste westeuropäische Macht. Wir stellen ungefähr die Hälfte all dessen, was direkt der NATO zur Verfügung steht in Europa. Zum anderen sind auch konventionelle Waffen heute zum Teil so fortentwickelt und gefährlich, etwa diese Flächenwaffen, daß man damit Zerstörungen anrichten kann, die in Richtung Kernwaffeneinsatz gehen. Das heißt, wir haben auch, wenn das Erpressungsargument überhaupt gilt, von der Bundesrepublik her sehr starke Einflüsse auf diese kleineren Staaten, die mit neutralistisch "fahren" wollen, weil die ja für ihren Neutralitätsschutz wahrscheinlich sich eher an der Bundesrepublik als an den alten Kernwaffenmächten orientieren würden. Es könnten daraus Hegemonialbeziehungen entstehen.

Warum ist dieses Neutralisierungskonzept überhaupt noch einzelstaatlich denkbar, warum wird es nicht gedacht als ein europäisches Einheitskonzept?

Die Labour-Party hat ja auf ihrem letzten Parteitag von links diesen Vorschlag übernommen. Slogan: eine kernwaffenfreie Zone von Portugal bis Polen. Und sie wurde gefragt: Warum sagt Ihr von Portugal bis Polen, die interessante Frage ist ja, warum nicht ein bißchen weiter östlich? Da gab es zum einen linguistische Bedenken, kernwaffenfreies Europa bis zum Ural, das hat ungute Assoziationen. Manche behaupten auch, es sei der Stabreim, Portugal bis Polen. Aber gemeint ist das politische Kerneuropa, zu dem die Sowjetunion auf bestimmte Weise nicht gehört. Ich muß auch sagen, diesen ursprünglich auf den Aufruf der Russell-Stiftung zurückgehenden Vorschlag finde ich überlegen. Auch deshalb, weil er den ersten Einwand aufnimmt, daß die Deutschen keine nationale Militärpolitik machen sollten, schon um dem seelischen Komfort ihrer Nachbarn etwas entgegenzukommen. Bloß, um das Ganze in Bewegung zu kriegen - und es ist sehr viel schwieriger, eine allgemeine Abstimmung der westeuropäischen Regierungen zu bekommen - hätte die Bundespolitik bestimmte Schrittmacher- und Signalfunktionen. Wenn die Bundesrepublik erklärt, sie versucht so etwas mal, dann hat das anderes Gewicht, als wenn die Holländer so etwas machen. Sagen wir mal, wir machen das, was ich vorhin erwähnt habe. Einseitig sagt die Bundesrepublik: Wir wollen keine Kernwaffen, die könnt Ihr ja, wenn ihr wollt in Belgien und Holland aufeinandertürmen, dann sind sie immer noch rasch in die Bundesrepublik zu bringen. Das ist politisch kein stabiler Zustand. Das ist ein kurzfristiger Zwischenzustand, der militärisch wahrscheinlich gar nicht soviel ändert, aber politisch dann doch weitgehende Schritte erfordert.

Wie habt Ihr Euch das vorgestellt, daß die Streitkräfte der Amerikaner entfernt werden?

Wenn man sagt kernwaffenfrei, muß man das schon aufrichtig meinen und

nicht etwa die Lagerstätten für die Kernwaffen, die elektronischen Führungsmittel für die Kernwaffen hier liegenlassen, so daß nur im Zweifelsfall ein paar LKW's mit Kernsprengköpfen etwas weiter nach Westen fahren müssen. Das schließt auch die amerikanischen Bedienungsmannschaften mit ein. Und ich würde hier historisch mich anschließen auch an Kennan. Er hat die ganze Frage Neutralisierung Deutschlands und Neutralismus und Kernwaffenfreiheit auch verbunden mit der Frage, wie lange die Besatzungstruppen bei uns bleiben sollen. Er formuliert sehr klar: Wenn es in der BRD Kernwaffen gibt, dann ist es für die Sowjetunion unabdingbar, ihre Truppen in Ostdeutschland zu halten, so daß umgekehrt mit diesem Konzept die Auffassung verbunden ist, daß auswärtige Truppen nicht in diesem Lande stehen, egal welcher Art.

Schließt Neutralität Militarismus aus?

Ich sehe nicht, wieso Neutralität an sich überhaupt zu einer Friedenskonzeption beitragen kann, weil Neutralität ja durchaus auch bedeuten kann, daß dieser sich von beiden Blöcken neu emanzipierende dritte Block ein genauso hochgerüstetes Gebilde wird wie die zwei anderen Blöcke auch. Man könnte so sogar zu einer Vervielfältigung von Kriegsgefahr kommen unter den politischen Bedingungen, die derzeitig herrschen. Es wäre doch dann klar, daß all die Diskussionen wieder aufkommen würden, die man über die europäische Verteidigungsgemeinschaft schon Mitte der 50er Jahre gehabt hat. Nichts spricht dafür, daß nur das militärische Auseinanderrutschen automatisch auch zu einem Verzicht beispielsweise auf eine europäische atomare Bewaffnung führt.

Es ist völlig richtig: Neutralismus, besonders bei den Staaten, die ihn versuchen, z.B. in der Schweiz, läuft häufig parallel mit einem erheblichen Militarismus. Höher militarisierte Gemeinwesen als die Schweiz, wo jeder normale Wehrmann seine Flinte hat und Kriegsdienstverweigerung sozusagen Staatsgefährdung ist, gibt es kaum. Jetzt würde aber ein kernwaffenfreies neutralisiertes Gebiet nun doch über erhebliche Mittel der Kriegsführung nicht verfügen. Nur darin sehe ich einen gewissen Vorteil, obwohl man natürlich auch die Auffassung vertreten kann, daß heute die konventionellen Waffen so fürchterlich sind, daß der Fortschritt so entscheidend nicht ist. Deswegen würde ich gern betonen, daß der Neutralismus als Außenverhalten ein Zwischenziel ist und daß er jetzt verbunden werden muß mit einer Aussage im Innern dieses neutralisierten Gebietes. Also, wie wollen sich die Leute verteidigen, à la Schweiz, immer die Finger am Abzug, oder wie sonst? Aber darum geht es ja im nächsten Beitrag zum Defensivkonzept. Ich finde, das ist ein ernst zu nehmendes Gegenargument, daß die historisch vorfindbaren Fälle von neutralistisch sich verstehenden Staaten im Durchschnitt eher militarisiert sind in der Bevölkerung.

USA: Die Hand an unsrer Gurgel

Meine Frage geht dahin, wie wohl die USA reagiert, ob sie bereit wäre, ihre Streitkräfte zurückzuziehen?

Wir haben das diskutiert und es stellte sich rasch heraus, der Hauptgegner des Neutralismusvorschlages sind die USA. Dies nicht nur aus militärischen Gesichtspunkten, sondern hier geht eine an sich militärpolitische Entscheidung sehr rasch in das allgemeine Rivalitätsver-

hältnis über. Denn wenn es stimmt, daß man sich im bürgerlichen Lager für so etwas interessiert, dann doch wohl weil das Neutralismuskonzept etwa die außenwirtschaftlichen Interessen und die militärpolitischen Interessen der BRD viel mehr in Konkurrenz bringt. D.H. es würde den USA auch wirtschaftlich wahrscheinlich ein sehr viel beweglicherer Rivale dadurch entstehen. Umgekehrt ginge den USA die Kontrollmöglichkeit verlustig, die sie einfach dadurch haben, daß sie unsere Nuklearverteidigung übernommen haben. Ich habe das Bild: Sie haben die Hand an unserer Gurgel. Das ist ein amerikanisches Sicherheitsbedürfnis, das machen die nicht aus Frivolität, daß sie solch eine Politik treiben. Das zweite Argument ist von ein paar besonders Pfiffigen aufgenommen worden in der Weise, daß es ja noch immer hoch oben den Nuklearschirm der Amerikaner gäbe. Wenn wir die Kernwaffen aus der BRD rausschmeißen, gibt es ja immer noch die, die auf den U-Booten schwimmen, die der NATO unterstellt sind, es gibt immer noch das strategische Bomberkommando in England, was im Zweifelsfalle, wenn die Russen kämen, entsprechend abladen würde. Die Entnuklearisierung europäischen Bodens ist erkennbar offenbar auch nur ein erster Schritt. Man müßte jetzt fragen, wie weit reicht Europa, auf dem Wasser. Um glaubwürdig gegenüber der Sowjetunion zu sein, müßte der Striptease auch diese Waffen umfassen. Eine andere politische Folge wäre - die USA würden doch wie ein Tiger kämpfen, um irgendwo den Fuß auf europäischen Boden zu behalten - daß beispielsweise England sich dazu bereit erklärt, der sozusagen einbetonierte und waffenstarrende Stützpunkt der USA zu werden.

Noch eine Bemerkung dazu, welche Sanktionen die Amerikaner hätten, um gegen solch eine Entwicklung anzustinken. Ich glaube, die tatsächlichen Sanktionen sind nicht sehr eindrucksvoll. Manche behaupten, die Amerikaner würden Hochzinspolitik treiben, alles Kapital aus Europa abziehen und nachher sei bei uns die Kasse leer. Also eine Art verschärfter Wirtschaftskrieg. Denkbar ist das und im Moment gibt es einige Leute, die behaupten, es gäbe schon so eine Art Wirtschaftskrieg und daß die Hochzinspolitik der Amerikaner antieuropäische Politik sei. Das Ganze könne man ja durch mehrfaches Umdrehen der Schrauben festtreiben. Aber außer dem, was üblicherweise politischer Druck genannt wird, hätten die Amerikaner wenig in der Hand. Ich nehme an, es gäbe bei einem neutralistischen Europa verschärfte imperialistische Rivalitäten auf dem Weltmarkt. Die Weltmarktbedeutung eines solchen Europa wäre sicher größer und es wären dann ganz andere politische Durchsetzungsmittel nötig. Es müßte wahrscheinlich auch eine Export-Import-Bank gründen und dergleichen, was die Amerikaner an wirtschaftlichen Penetrationsinstrumenten haben. Aber das sind ja dann Fragen, die sich lösen lassen.

Andreas Buro
DEFENSIVE VERTEIDIGUNG

Die Defensivkonzeption ist ja schon einmal in einem ersten Ansatz in den Thesen in der Mitte des vorigen Jahres in der "links" publiziert worden, (s. Anhang - Literatur zur Friedenspolitik) so daß ich davon ausgehen kann, daß die zum Teil doch bekannt und gegenwärtig

ist. Ich mache es mir daher leicht und will daher nur die wichtigsten Gesichtspunkte in Erinnerung rufen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist: Wenn etwas an der gegenwärtigen Situation geändert werden soll, dann ist es notwendig, tatsächlich große Schritte zu unternehmen. Nicht etwa nur "vertrauensbildende Maßnahmen",die relativ bescheidene und belanglose Projekte umfassen. Es ist notwendig,entscheidende Schritte zu machen, aber gleichzeitig - das ist der zweite Gesichtspunkt - anzuknüpfen an das bestehende und massenhaft in der Gesellschaft bestehende Bewußtsein. Was nicht heißt, sich dem herrschenden Bewußtsein dann unterzuordnen. Die Defensivkonzeption geht insofern auch über das Neutralismuskonzept hinaus, als sie davon ausgeht, grundsätzlich auf Abschreckung auch durch andere Mächte zu verzichten. Etwas was ja in dem Neutralismus- bzw. Disengagementkonzept nicht ganz klar ist, was man natürlich de facto auch nicht immer sicher ausschalten kann, Es kann ja niemand die USA daran hindern, einfach, wenn sie es für richtig hält, hier einen Krieg zu führen, auch wenn die Beteiligten sagen, wir haben damit nichts zu tun. Der grundsätzliche Verzicht auf den Abschreckungsschirm, der grundsätzliche Verzicht auf Waffensysteme, die in irgendeiner Weise als bedrohend für potentielle Gegner verstanden werden können - damit also soll versucht werden, das Problem in den Griff zu bekommen. Wenn hier in Europa ein Krieg entsteht, wahrscheinlich dann aufgrund von Bedrohungsempfindungen, -wahrnehmungen, möglicherweise der UDSSR, die dann denkt, daß es für sie notwendig sei, in einem ersten vorbeugenden Schlag die westeuropäische Nuklearbasis auszuschalten, um dann hier eine zweiseitige Situation gegenüber den USA herzustellen. Darum muß grundsätzlich auf militärische Systeme verzichtet werden, die eine solche Bedrohung bei dem anderen erzeugen. Dies schließt nicht nur den Verzicht auf nukleare Waffen ein, sondern auch eine Überprüfung anderer Waffensysteme, die für grenzüberschreitende militärische Aktionen geeignet sind, d.h. man muß auch Panzerwaffensysteme einschließen und vergleichbare Waffensysteme wie etwa im Bereich der Luftwaffe, die ja sehr wohl, wie wir wissen, für aggressive Aktionen, die dann als Verteidigung deklariert werden, geeignet sind. Man müßte also dieses Rüstungssystem entsprechend umstellen auf Waffensysteme, die nur verteidigen können und im eigenen Bereich einsetzbar sind. Der dritte große Schritt soll dadurch erreicht werden, daß regional begrenzt eine wichtige Militärmacht wie die BRD aus dem Wettrüsten aussteigt. Dieser Schritt muß sein, weil sich bisher gezeigt hat, daß alle multilateralen Verhandlungen, die bisher über Abrüstungsschritte, über Rüstungskontrollprobleme, geführt wurden, praktisch am Wechselspiel der einzelnen Mächte scheiterten, die sich gegenseitig den schwarzen Peter zuschoben, um im gegenseitigen Einvernehmen keine wirklich beachtlichen Abrüstungs- oder Rüstungskontrollschritte in Gang setzen zu müssen. Deshalb ist das unilaterale Vorgehen ein ganz entscheidender Schritt. Das heißt allerdings nicht, daß nicht andere Mächte nach Ost und West aufgefordert werden können und aufgefordert werden sollen, sich einer solchen Politik einer Defensivkonzeption anzuschließen. Wenn dies geschehen würde, hätten wir sehr schnell so etwas wie eine Zone des Disengagement in Bezug auf Wettrüsten. Finnland, Schweden, möglicherweise Dänemark hätten sicher Interesse, sich solch einer Bewegung anzuschließen, auch die Schweiz und Jugoslawien. Dann wäre durch Europa schon etwas wie eine Zone verdünnter Rüstung und nicht mehr agressiver Potentiale geschaffen.

Das Anknüpfen an bestehendes Bewußtsein bedeutet in diesem Konzept,

daß nicht, wie es die Forderung nach vollständiger Abrüstung etwa zum Inhalt hätte, ganz auf militärische Verteidigung verzichtet wird, sondern daß militärische Möglichkeiten im Rahmen solch einer Defensivkonzeption vorgesehen werden. In einem solchen Modell würde Militär nach wie vor eine wichtige Rolle spielen, um Sicherheit, wie sie hier weitgehend ja doch als militärische Sicherheit verstanden wird, zu gewährleisten. Das sind also die beiden wesentlichen Momente dieses Konzeptes. Es versteht sich als der Versuch, das Primat des militärischen Denkens zu beseitigen und politisches Denken - also Gesamteinschätzung der Situation, Gesamtbemühen auf allen Ebenen um Konfliktursachenverminderung - in den Vordergrund zu schieben. Deshalb muß zu einem solchen Konzept zusätzlich gedacht werden, daß es sich in jeder Hinsicht bemüht, an einer Beseitigung von Konfliktursachen zu arbeiten. Die Wegnahme von Bedrohung hatte ich schon genannt. Darüber hinaus geht es darum, daß Rüstungsökonomie und Rüstungsforschung sich nicht verselbständigen können, also der Teil, der im Rahmen der Defensivkonzeption benötigt wird. Sie müssen unter einer öffentlichen Kontrolle stehen, d.h. nicht einer Kontrolle durch repräsentative Vertreter, die in Geheimgremien darüber beraten, was denn nun angemessen sei oder nicht. Soweit es irgend durchsetzbar ist, geht es um öffentliche Kontrolle und darum, daß von der Bevölkerung und in offener Diskussion bestimmt wird, was denn in diesem und jenem Bereich der Rüstungsproduktion überhaupt geschieht. Rüstungsökonomie muß aus dem Bereich der Kapitalverwertung mit ihren expansiven Zwängen herausgenommen werden und möglichst verbunden werden mit alternativen Produktionsvorhaben, so daß auch nicht das Arbeitsplatzargument in ständige Verknüpfung mit der Rüstungsökonomie gebracht werden kann.

Ein weiteres Mittel zur Verringerung von Konfliktursachen bestünde darin, daß eine Friedensbewegung, die versucht, ein solches Modell durchzusetzen, sich nicht auf die militärische Seite allein beschränkt, sondern auch weitergehende Fragen stellt: Wo ergeben sich aus unserer ökonomischen Situation ... Konflikte? Was sind die Folgen des hohen Anteils der Exportorientierung und des außerordentlich starken Bedarfs von Rohstoffimporten? Solche Probleme, die gleichzeitig eine Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft zum Inhalt haben, müssen mit thematisiert werden. Die Konflikte auf dem Weltmarkt führen heute zu der Forderung, wir müßten nicht mehr unsere Nation alleine verteidigen, sondern unsere nationalen Interessen in der ganzen Welt verteidigen. Solche Konfliktursachen müssen minimiert werden: in diesem Zusammenhang sind sicher auch regionale Kooperationskonzepte zu sehen. Ich will das nur kurz andeuten, um zu sagen, daß das Defensivkonzept nicht ein rein militärisches Konzept ist. Die gesamtpolitische Einschätzung müßte dabei im Vordergrund stehen. Die Frage die sich noch stellt, ist, inwieweit solch eine Umstellung im Rahmen der NATO etwa tolerabel ist. Ich nehme an, sehr viel weniger als etwa nur eine Neutralisierung oder nur ein Disengagement. Auf der anderen Seite ist es nicht undenkbar, daß die NATO, die ja viele Wandlungen in ihrer Militärkonzeption, in ihrer politischen Konzeption durchgemacht hat, auch in dieser Richtung zu verändern wäre. Argumente, die gegen dieses Konzept vorgebracht worden sind, sind einmal die, die auch gegen ein Neutralismuskonzept vorgebracht werden. Es gibt aber ein zusätzliches Argument, daß nämlich die konventionellen Defensivstreitkräfte dazu führen könnten, daß einer Militarisierung der Gesellschaft in stärkerem Maße Vorschub geleistet würde. Militarisierung deshalb, weil möglicherweise

nun solche konventionellen Verteidigungsanstrengungen doch ein erhebliches Potential an Menschen einbeziehen müßten. Keiner kann abschätzen, wie groß, ob es größer sein muß als die gegenwärtige Bundeswehr. Es gibt jedenfalls Befürchtungen, daß möglicherweise doch diese defensive Verteidigung in einen Großteil von Bevölkerung und Gesellschaft hineinwirken könnte und von daher so etwas wie eine Militarisierung der Gesellschaft stattfinden würde. Das Gegenargument dazu: Sicher ist es richtig, daß eine Friedensbewegung, die auf ein solches Konzept als Übergangslösung zur Abrüstung und zu friedlichen Konfliktlösungsverfahren zielt, sich mit diesem Militärproblem in ganz anderer Weise befassen müßte als heute etwa Kriegsdienstverweigerer, die sagen, wir haben damit gar nicht zu tun, wir wollen nur die Waffen generell abschaffen. Daraus ergibt sich sicher ein ernsthaftes Problem. Auf der anderen Seite: Selbst bei einer gewaltfreien Verteidigung würde dieses Problem auftreten, denn auch hier müßte man sich mit der Sicherheitsfrage identifizieren. Von daher könnte also auch etwas wie eine gewaltfreie Militarisierung der Gesellschaft einsetzen. Ich glaube, das war ein zentrales Argument, das vorgebracht worden ist und welches sicher bis heute nicht als geklärt gelten kann, nicht zuletzt deshalb, weil natürlich von uns nicht genau gesagt werden kann, wie jetzt auch militärtechnisch eine solche Verteidigungsstreitmacht mit nicht grenzüberschreitenden Waffen aussehen würde. Wir sind nicht die Militärexperten, die so etwas als Taktik, Militär- und Rüstungsstrategie umsetzen könnten.

Fragen an Andreas Buro

Welche Waffen sollen denn in Deinem Konzept zulässig sein? Sind das etwa sämtliche Waffen, die jetzt die Polizei hat oder geht das schon mehr um den Bundesgrenzschutz?

Es ist nicht so, daß wir da gar keine Vorstellungen hätten und daß es darüber gar keine Diskussion gäbe. Ich kann das nur nicht etwa quantitativ und qualitativ in jeder Weise umsetzen. Sicherlich ist es so, daß die neue Militärwaffenentwicklung die Möglichkeiten der Panzerabwehr ganz unerhört gesteigert hat. Beispielsweise ferngelenkte Raketensysteme mit relativ kurzer Reichweite, die zudem noch ziemlich billig herzustellen sind: Es gibt Militärs, die sagen, daß die Panzerwaffe damit zum Teil einfach Schrottwert erreicht hat. Das wäre also ein Bestandteil von Defensivsystem. Ähnliches kann man heute sagen für einen Teil der Luftabwehr, gegenüber Flugzeugen: dort haben sich die Verteidigungsmöglichkeiten im Vergleich zu früher in hohem Maße geändert. Das bedeutet durchaus, daß ein solches Defensivsystem nicht der Heimbürger mit dem Gewehr im Schrank oder dem Gummiknüppel ist, sondern daß es schon auf einer militärisch-technologischen Ebene sich bewegt, die ein beachtliches Niveau hat. Ein weiterer Aspekt ist, daß, soweit ich es beurteilen kann, der ganze Bereich der Flotte für so eine Defensivkonzeption, vielleicht mit der Ausnahme von Küstenschutzbooten, nicht mehr benötigt würde. Wahrscheinlich würden auch weitgehend die eigenen Flugzeugsysteme nicht mehr benötigt.

Wenn man bei den derzeitigen Waffen davon ausgeht, daß ein Krieg in Europa, egal wie der nun genau anfängt, zur Zerstörung führt, dann ist es für mich schwer vorstellbar, wie auch bei den Defensivwaffen so eine Eskalation vermieden werden kann.

Unsere gegenwärtige Militärstrategie geht davon aus, daß taktisch nukleare Waffen in großem Maße eingesetzt werden, zum Teil mit sehr geringer Reichweite. Diese Waffen würden im eigenen Gebiet oder in der DDR detonieren. Daraus ergäbe sich eine Eskalation an Nuklearwaffeneinsatz, die zur vollständigen Zerstörung führt. Ich habe gesagt, daß in diesem Defensivkonzept ein konstituierendes Moment ist, daß Nuklearwaffen, auch taktische Nuklearwaffen, in keiner Weise eingesetzt werden. Darüber hinaus dürfte diese Verteidigungsorganisation nicht als eine ausschließliche Frontorganisation betrieben werden. Vielmehr - wie es früher auch der Fall war in der alten Bundeswehrkonzeption - wäre eine Raumverteidigung zu betreiben. Dadurch entsteht nicht an einer Stelle eine völlige Zerstörung der Landschaft. Sicher müßten die militärischen Einheiten aufgelöst werden in relativ kleine selbständig handelnde Gruppierungen, die auch selbst wiederum kein lohnendes Ziel für etwa Nuklearangriffe der anderen Seite bieten. D.h. man müßte davon ausgehen, daß die Eskalation zu einem nuklear geführten Krieg nicht eintreten wird.

Politisierung des Sicherheitsbedürfnisses?

Mit diesem Konzept wird doch die Vorstellung gestärkt, wir haben hier ein Territorium und unsere Nation muß verteidigt werden. Ich finde eher, daß man ein bißchen davon abkommen müßte.

Man kann nicht davon ausgehen und ich glaube, auch nicht glaubhaft machen, daß vollständige einseitige Abrüstung die Gefahren und die Bedrohung wegfallen läßt. Darum habe ich zu Anfang gesagt, dies ist nicht allein ein militärisches, sondern in erster Linie ein politisches Konzept. Es soll Bedingungen schaffen, unter denen erstens die größere Gefahr des Wettrüstens ausgeschaltet werden kann und ein Anreiz geschaffen werden kann, sie auszuschalten. Zweitens soll ein Anreiz geschaffen werden, in dem politische Bedingungen der Kooperation vorangetrieben werden können und nicht zerstört werden durch das gegenwärtige Wettrüsten und System der gegenseitigen Bedrohung. Daß da ein Restrisiko ist, das nicht ausgeschaltet werden kann, darin muß ich dir zustimmen.

Ich möchte die Frage noch einmal neu aufwerfen. Es war eben auch danach gefragt, ob es gelingen kann, die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung aufzugreifen und sie dann zu politisieren. Diese Frage ist ja nun nicht beantwortet mit dem Hinweis auf die geringeren Chancen eines totalen Abrüstungskonzeptes und darauf, daß dies noch viel weniger mehrheitsfähig sei. Also: Wie werden diese Sicherheitsbedürfnisse politisiert?

Die Politisierungskomponente liegt natürlich einmal in hohem Maße darin, in einer Kampagne so etwas durchzusetzen, denn die Voraussetzung ist ja, wenn es überhaupt durchsetzbar sein soll, daß ein Großteil der Bevölkerung sich damit identifiziert und bereit ist, sich die Bedingungen von Wettrüsten klarzumachen, sich damit zu befassen. Daß ein Großteil bereit ist, die Konfliktursachen, die dazu führen, daß Kriege ausbrechen, zu erkennen; und zwar nicht nur im Bereich der militärischen Logik, sondern im Bereich der ökonomischen Verhältnisse, der Konflikt- oder Kooperationsformen der Gesellschaften untereinander. Das scheint mir ein erhebliches Moment der Politisierung zu sein.

Wenn ich das sowjetische Interesse an einer Absicherung der europäischen Flanke richtig verstehe, bin ich ziemlich sicher, daß es gelingen kann, entsprechende Antworten aus dem Ostblock auf eine solche Initiative zu bekommen, die dann das Moment auch der militärischen Sicherheit in hohem Maße verstärken würde. Das heißt, man läßt sich auf einen politischen Prozeß ein, in dem das Militärische eine wesentliche Komponente ist. Damit knüpft man an bisherige Sicherheitsvorstellungen an, die bei uns in der Gesellschaft nun einmal weitgehend militärisch geprägt sind.

Friedenspolitik, die nicht auf's Ganze zielt?

Mir ist nicht ganz klar, ob die Neutralitätsforderung und die Konzeption der Defensivverteidigung Kampfbegriffe sind, die wir in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Militärkonzeption einbringen, um Bewußtseinsprozesse in Gang zu setzen. Oder seid Ihr tatsächlich davon überzeugt, daß es möglich ist, ohne die Weltwirtschaft insgesamt, ohne die herrschende ökonomische Logik infragezustellen .... solche Konzeptionen real durchzusetzen? Solche Konzeptionen sind doch eingebettet in die Logik der Kapitalverwertung, in die Logik der Herrschaft, der Abschreckung, des Gleichgewichts usw. Wie soll es möglich sein, die gesamte Logik der Ökonomie und des Bewußtseins nicht grundsätzlich anzutasten, aber diese Logik im Bereich der Rüstung anzutasten?

Wenn wir uns fragen, wie kann eine solche Bewegung inganggesetzt werden, welche Orientierungsmöglichkeiten kann sie bekommen und welche Chancen können ihr dabei gegeben werden, dann übersteigen wir den Innenbereich der Linken. Dann müßten wir davon ausgehen, daß es sich hier um Ansätze, Kampfansätze handelt, um die Auseinandersetzungen geführt werden, die aber gleichzeitig hineinreichen in bestehendes Bewußtsein und diejenigen, die das als Problem erkennen, dazu bringen, in soziale Lernprozesse einzutreten. Insofern kannst Du nicht sagen, die herrschende Logik der kapitalistischen Ökonomie würde nicht angetastet. Das weiß man ja nicht. Wenn man in diesem Kampfprozeß den Konfliktursachen nachgeht und dabei mit Sicherheit auf die von dir genannten Probleme stößt, dann wird die Beseitigung dieser Probleme, die Umstellung von solchen Ökonomien, zu einem realen Bedürfnis einer solchen politischen Bewegung. Du mußt das als einen strategischen Ansatz begreifen, durch den eine Bewegung ingangkommt und durch den soziale Lernprozesse mit möglichst breiter Basis inganggesetzt werden, nicht aber als ein logisches Konzept, in dem man sagen muß, die Ökonomie muß völlig geändert werden, die Weltökonomie, die Abschreckungslogik muß völlig geändert werden. Natürlich, ich stimme dir völlig zu, es wird nicht anders sein, aber das kann ja doch nur das Produkt einer solchen Auseinandersetzung sein. Wir müssen heute an das anknüpfen, was die Leute heute massenhaft empfinden, nämlich daß auf einmal diese Bedrohungslogik, die der Kapitallogik angemessen ist, daß die mit ihnen nichts mehr zu tun hat, daß die selbst als eine reale Bedrohung empfunden wird.

Wenn ich Dich jetzt richtig interpretiere, heißt das doch, daß beide Konzeptionen sowohl Neutralität als auch diese Defensive, Kampfbegriffe sind und nicht von Euch als realisierbar gesehen werden. Wenn ich sie als Kampfbegriffe nehme, dann kann es mir natürlich nicht im Ernst einfallen, den Vorschlag zu machen, den Rüstungsbereich aus der Logik der Kapitalverwertung herauszunehmen. So etwas kann man nur

vorschlagen, wenn man in der Tat davon ausgeht, diese Konzepte seien trotz kapitalistischer Verwertung realisierbar. Deshalb bestehe ich darauf, zu klären, ob diese Konzeptionen Kampfbegriffe sind, um Bewußtseinsprozesse zu initiieren oder aber Konzepte, die als Politik durchgesetzt werden sollen.

Dem kann ich jetzt nicht so zustimmen, denn es gibt natürlich Bereiche in unserer Gesellschaft, die lange der direkten Verwertungslogik entzogen sind. Das wäre auch hier denkbar. Von daher sehe ich die Defensivkonzeption durchaus als realisierbar an. Ich meine, wenn eine solche Bewegung überhaupt eine so gravierende Umstellung durchsetzen kann, dann wird die möglicherweise auch in der Lage sein, sie weiter zu kontrollieren und nicht alles einem staatlichen Gremium zu überlassen, das dann nicht öffentlich arbeitet. Das müßte ja doch Bestandteil einer solchen auf Demokratisierung zielenden Beteiligung an solchen Problemen sein.

Noch einmal: die Sicherheitsbedürfnisse

..... *so ist dieses Konzept ja, wie Du selber sagst, im Gegensatz zu Konzepten totaler oder einseitiger Abrüstung als reines Defensivkonzept vornehmlich deshalb entwickelt worden, um einem militärischen Sicherheitsbedürfnis zu genügen. Ein militärisches Sicherheitsbedürfnis begründet sich doch darauf, selbst wenn es völlig defensiv ist, daß da angeblich ein böser Feind ist, der angreifen könnte. Stellen wir uns das mal plastisch vor, wenn wir rein defensiv bleiben, was macht der böse Feind dann? Der ballert immer dagegen, bis die Munition ausgeht? Wie soll denn das gehen? Ich glaube, das ist nicht die Logik des militärischen Sicherheitsbedürfnisses. Diese Logik besteht vielmehr darin, daß die Kriegsgefahr beseitigt werden muß. Also muß der Feind daran gehindert werden, muß praktisch der Feind demobilisiert werden. Das geht, selbst wenn er angreift, dann offensichtlich nur mit Offensivwaffen.....*

Darf ich ein Argument dagegen einführen. Unser Ausgangspunkt ist nicht der aggressive Feind, sondern unser Ausgangspunkt ist die Abschreckungslogik, der wir von beiden Seiten aus unterworfen sind, aus der wir uns herausbewegen müssen und die nicht ohne Risiken militärischer Intervention gedacht werden kann. Also wir würden uns wirklich einen Bärendienst erweisen, wenn wir aufbauen würden auf der Vorstellung, daß es um eine agressive Fortsetzung des Antikommunismus geht, jetzt nur mit einem anderen Militärkonzept.

Das traditionelle Feindbild ist in der Diskussion bisher bestehen geblieben. In diesem Zusammenhang steht auch mein Eindruck: Defensive Verteidigung heißt für mich nichts anderes als Zustimmung dazu, daß die Bundesrepublik nach innen ein Igel wird. Also sich hermetisch abschirmt. Diese Defensivkonzeption hat nicht nur technisch unrealistische Züge, sie ist auch traditionalistisch, weil sie das alte Feindbild hat, (die Kriegsgefahr kommt vom Osten) und drittens würde sie einer Militarisierung nach innen, also einer Disziplinierung dienen.

Ich würde Dir völlig zustimmen, wenn ein solches Konzept von oben verordnet würde und von oben in dem Sinne wie Du Dir es vorstellst, durch-

gesetzt würde. Wir haben einen ganz anderen Ausgangspunkt. Wir haben einen Ausgangspunkt, wo eine sich ausweitende und um Abbau von Rüstung kämpfende Bewegung innerhalb der Bevölkerung eine Alternative zu dem bestehenden System anvisiert und dabei Strategien des Übergangs von der jetzigen Situation zu einer anderen verfolgt. Mit einer sehr deutlichen Zielrichtung - vielleicht habe ich das nicht deutlich genug gesagt - nämlich dazu beizutragen, über regionale Ansätze von Abrüstung, über Entspannung, dazu zu kommen, Feindbilder abzubauen, Konfliktursachen zu beseitigen und politische Zustände herzustellen, die Rüstung überflüssig machen. Von daher ist die Blickrichtung auf dieses Problem der Verteidigung eine ganz andere, als wenn das von oben her verordnet würde. Sonst könnte es in der Tat - da stimme ich Dir völlig zu - eine Situation geben, in der dann der totale Sicherheitsstaat nun wieder mal tätig werden müßte, wobei die Knarre im Schrank wohl dann militärtechnisch ein etwas antiquiertes Bild ist.

Egbert Jahn
SOZIALE VERTEIDIGUNG

Es wird so getan, als ob es sich bei diesen verschiedenen Optionen um Konzeptionen handelt, die parallel zueinander stehen. Dieser Eindruck ist falsch. Es gibt doch ganz verschiedene Ebenen der Auseinandersetzung. Es geht einmal um die Frage, wenn verteidigt wird, wie verteidigt wird. Zweitens geht es um die Frage, wie kann man Abrüstungspolitik durchsetzen und drittens um die Ebene der internationalen Beziehungen. Zwischen diesen drei Ebenen sind durchaus Verknüpfungen möglich. Zum Beispiel, Neutralismus ist kein Gegenkonzept zur Defensivkonzeption oder auch kein Gegensatz zu ziviler Verteidigung. Es gibt auch im Rahmen der Diskussion über gewaltfreie Verteidigung eine ganze Reihe Leute, die neutralistische Vorstellungen haben. Das ist eine ganz andere Ebene. Und das andere gilt auch für Abrüstung. Abrüstung ignoriert einfach die Notwendigkeit von Verteidigung, auch die logische Notwendigkeit wird ignoriert bei dem Konzept der graduellen Abrüstung. Was passiert denn, wenn im Zuge der graduellen Abrüstung zwischendurch eine Kriegsgefahr entsteht oder ein Krieg beginnt? Dann müssen auch die graduellen Abrüster sich irgendwie verhalten. Entweder passiv durch Sich-abschlachten-Lassen oder aktiv, daß die irgendwo mitverteidigen, auf der einen oder anderen oder auf einer dritten Seite.

Wir haben in den letzten zwei Jahren es selbst gefühlt und die Bevölkerung hat es gefühlt. Es ist wieder ein Krieg denkbar geworden, möglich geworden. In dieser Situation wird sowohl diskutiert über friedenspolitische, abrüstungspolitische Optionen als auch über Verteidigung. Zum erstenmal beginnt die Linke überhaupt darüber zu diskutieren: Wie verteidigen wir die BRD? Vor fünf Jahren wäre jeder, der gesagt hätte, wir wollen die BRD verteidigen, aus der Linken ausgeschlossen worden. Wie kommt es, daß wir heute über die Verteidigung der BRD diskutieren als Linke?

Ja, stimmt es denn, daß wir hier über die Verteidigung der Bundesrepublik reden?

Entschuldige, den ganzen Abend ist über die Verteidigung der BRD geredet worden. Meines Erachtens kommt die Diskussion dadurch zustande, daß sich der Eindruck durchsetzt, daß die Kriegsgefahr größer ist als die Wahrscheinlichkeit der Weltrevolution. Diese Situation hat die Sozialistische Internationale schon mal 1914 und 1939 gehabt und sie wird es vielleicht vor der Vollendung der Weltrevolution noch mal geben - das ist meine Einschätzung. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß sich Sozialisten irgendwo zur realen Kriegsgefahr und zur realen Verteidigungsnotwendigkeit verhalten.

Und jetzt zu der Frage: Sollte die BRD in einen Krieg verwickelt werden, sei es durch eigene aktive Beteiligung, sei es passiv, müssen sich die Sozialisten auch verteidigen, verhalten? Entweder verteidigen sie, wie manche Trotzkisten offen sagen (Im Falle eines Krieges werden wir die Sowjetunion gegen die BRD verteidigen) oder - das ist m.E. Sinn der Afghanistan-Diskussion - manche sagen, jawohl im Falle einer Intervention der Sowjetunion in Westeuropa ist es unsere Aufgabe diese Sozialrevolution zu verteidigen. In dieser Diskussion über Afghanistan spiegelt sich die Einschätzung der militärischen Frage hier in der BRD. Wir sollten an die Positionen anknüpfen, die es bisher gab.

Die eine sagte, im Falle eines eindeutigen Angriffes auf's Vaterland müssen die Sozialisten sich verteidigen, egal wo der Angriff herkommt. Diese Position geht davon aus, daß unterscheidbar ist, wer Angreifer ist und wer Verteidiger ist. Dabei ist unterschieden zwischen Angreifer und Verteidiger nach dem Gesichtspunkt, wer den militärischen Angriff gestartet hat. Das ist die Position, die die Mehrheit der Sozialisten 1914 vertreten hat, wobei damals schon dasselbe passiert ist wie 1939, nämlich daß die deutschen Sozialisten glaubten, Deutschland sei angegriffen worden. Die zweite Position ist, daß man sagt, wir verteidigen kein kapitalistisches Land, sondern wir verteidigen sozialistische Länder, d.H. also die Position der Komintern. Im Falle eines Krieges zwischen der Sowjetunion und kapitalistischen Staaten ist es die Aufgabe der Sozialisten, die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu verteidigen. Wie gesagt, diese Position wird heute noch in Teilen der Linken vertreten. Die dritte Vorstellung ist, daß man den dritten Weltkrieg umwandelt in einen Bürgerkrieg, das wären die jugoslawische und Leninsche Positionen von 1916/17 auch heute. Vorstellungen, im dritten Weltkrieg könnte man einen Bürgerkrieg führen auf dem Wege der allgemeinen Volksbewaffnung, also den Weltkrieg in die Weltrevolution überleiten.

Meines Erachtens sind all diese traditionalistischen Positionen nicht mehr vertretbar. Und auch die vorherrschende Auffassung der Sozialisten, daß Abrüstung Volksentwaffnung und darum falsch sei, sind aus historischen Gründen und vor allem aus waffentechnologischen Gründen nicht vertretbar. M.E. ist die alte sozialistische Konzeption von der Volksbewaffnung gebunden an die Periode einer relativ primitiven Waffentechnologie. Nämlich an die Infanterie und eine Zeit, in der es noch keine Autos und keine Flugzeuge gab; selbst das Fahrrad war noch nicht voll ent-

wickelt für den militärischen Einsatz. Und deswegen ist die Konzeption der Volksbewaffnung in der Oktoberrevolution und in dem Krieg gegen die Interventionsstreitmächte fallengelassen worden zugunsten des stehenden Heeres. Eine der ersten Leistungen der Sowjetmacht war die Volksentwaffnung. Der Versuch, die Volksbewaffnung zu modernisieren, indem man jedem eine Panzerabwehrwaffe in die Hand drückt oder jedem eine Flugzeugabwehrkanone in die Hand drückt, ist absurd. Absurd geworden ist das Konzept der Volksbewaffnung auch insofern als es beansprucht, daß durch das bewaffnete Volk verhindert wird, daß die bewaffnete Macht gegen das Volk eingesetzt wird. Das ist nicht mehr realisierbar.

Was ergibt sich daraus? Ein Teil der Linken und ein Teil der Friedensbewegung konzentriert sich nun allein auf Abrüstungskonzepte, entweder auf militärische Abrüstungskonzepte (also Reduzierung von Waffen) oder auf psychologische Abrüstungskonzepte, (indem gesagt wird, wenn man das Feindbild abschaffe, dann gebe es keinen Krieg). Wenn in der Bundesrepublik niemand mehr die Sowjetunion für gefährlich halten würde - wäre dann die Kriegsgefahr weg? Meines Erachtens ist diese Position auch nicht sinnvoll und realistisch.

Es kann Krieg geben und dann müssen wir uns verteidigen, verhalten.

Und ich meine, es gibt Situationen, in denen man sich auch verteidigen müßte. Vorhin wurde gesagt, wenn man überhaupt Militärmacht hat, dann muß man ein Feindbild haben. Das ist nicht richtig: Es gibt Staaten, die haben ein indifferentes Feindbild. Neutrale Staaten haben ein indifferentes Feindbild. Sicherlich kann man sagen, daß Schweden und die Schweiz politisch davon ausgehen, daß die Aggression gegen sie vom Warschauer Pakt kommt und nicht von der NATO und sie haben ihre entsprechenden Planungen darauf gerichtet. Aber in Teilen der Dritten Welt ist die Verteidigung nicht auf einen bestimmten Gegner orientiert und es ist nicht notwendig, ein konkretes Feindbild mit der Vorstellung von einem aggressiven Gegner zu haben. Insofern ist Verteidigungspolitik also nicht gebunden an die Aufrechterhaltung eines bestimmten Feindbildes. In diesem Punkt würde ich Andreas unterstützen, ein Defensivkonzept könne durchaus verbunden sein mit einer Abrüstung des antikommunistischen Feindbildes.

Jetzt der nächste Schritt. Es gibt Situationen, wo man auch gezwungen ist, einen kapitalistischen Staat zu verteidigen. Z.B. die berühmte Situation der Pazifisten in Großbritanien im Jahre 1935/37. Die waren massiv für Abrüstung eingetreten, sie haben auch eine gewisse politische Macht gehabt, Abrüstung durchzusetzen, aber 1937 kam eben der große Bruch in der Labour-Party, wo die pazifistische Tendenz unterlegen ist, weil nämlich eingeschätzt worden ist, die konkrete Situation läuft auf einen Krieg hinaus, eine Aggression des Deutschen Reiches. Von daher die Umkehr in der Labour-Party von dem pazifistischen Kurs auf einen massiven Aufrüstungskurs, der natürlich von den Konservativen besser als von der Labour-Party organisiert worden ist. Wenn wir davon ausgehen, daß der militärische Widerstand gegen das Deutsche Reich berechtigt und richtig war, dann müssen wir auch sagen, die Pazifisten haben 1937 die Lage falsch eingeschätzt. Und wenn das richtig ist, wenn es Situationen historisch gegeben hat, in denen militärische Verteidigung von kapitalistischen Staaten berechtigt ist - denkbar ist auch, daß man berechtigterweise die BRD verteidigt gegen einen

faschistischen Nachbarn dann kann man diese Frage nicht knüpfen an die unmittelbare Vorkriegssituation, denn man kann nicht kurz vor oder nach einer faschistischen Machtübernahme beginnen zu rüsten, sondern die Rüstung muß länger vorbereitet sein. Die britische Rüstung war ja auch ein bißchen länger vorbereitet. Die Frage ist dann für uns, ist es denkbar, daß wir uns gegen einen kommunistischen Staat verteidigen müssen, einen von Kommunisten regierten Staat. Ich meine "ja", es ist denkbar. Es wurde vorhin die Frage gestellt, wie reagiert die Sowjetunion auf eine Neutralitätspolitik in der BRD. Da gibt es keine leichte Antwort, weil im Fall, in der BRD setzt sich ein extrem friedensorientiertes, extrem abrüstungsorientiertes Defensivkonzept durch - wie verhält sich die Sowjetunion? Meine Einschätzung ist, daß das Verhältnis zur BRD oder zu Westeuropa in erster Linie abhängig sein wird vom Verhältnis zur USA. Das wird das Verhalten bestimmen. Solange die Sowjetunion fürchten muß, daß die Neutralitätspolitik gefährdet ist, wird sie alles vermeiden, um irgendwie zu intervenieren in der BRD. Denn sie muß riskieren, daß die USA , obwohl die BRD neutral geworden ist - nehmen wir mal die Hypothese an, es sei alles ohne Putsch durchgegangen und ohne Intervention seitens der USA - militärisch in Westeuropa interveniert. Das Verhalten der Sowjetunion zu einer neutralen BRD wird immer Ausdruck des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses sein. Von daher, meine ich, ist die Neutralitätspolitik unter dem Gesichtspunkt der Friedenerhaltung ziemlich irrelevant, weil neutral kann man immer nur zwischen zwei Mächten sein. China kann nicht neutral sein, Frankreich ist nicht halbneutral seit 1963. Neutralität selbst ist noch keine friedenserhaltende Politik. Neutralität jetzt in Polen zu fordern, würde heißen, den Krieg zu betreiben. Wenn die polnische Gewerkschaft heute Neutralität fordern würde, wäre das Kriegsgrund. Neutralität muß man innerhalb eines internationalen Kräfteverhältnisses sehen.

Aber nun zur Alternative. Es gibt heute eine Ausweglosigkeit von militärischer Verteidigungsfähigkeit. Die heutige Situation ist qualitativ anders als 1939. Bei einem künftigen Krieg geht es nicht darum, daß "nur" 10 % der Bevölkerung liquidiert werden, sondern zumindest in Mitteleuropa wären es wahrscheinlich 100 % der Bevölkerung. Daraus ergibt sich für mich ein qualitativer Unterschied zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem möglichen dritten europäischen Krieg, der wohl kaum anders denn als Weltkrieg vorstellbar. Daraus folgt, daß man Konsequenzen ziehen und die sogenannte utopistische Variante verfolgen muß, die Strategie der zivilen, der gewaltfreien, nicht-militärischen Verteidigung. Das Defensivkonzept auf nicht-nuklearer Basis bedeutet, daß man gegen einen Angreifer, der auch gezielt nukleare Waffen einsetzt, lediglich einen Protestkrieg führt. Dänemark hat sich einen Tag lang im Zweiten Weltkrieg verteidigt, Norwegen 22 Tage, Polen hat sich 36 Tage lang verteidigt; die BRD wird sich, wenn sie nuklear abgerüstet ist und die USA in den Krieg nicht eingreifen, gegen einen nuklear bewaffneten Angreifer vielleicht 24 Stunden verteidigen. Heute könnte sich Dänemark 2 Stunden lang militärisch verteidigen. Das sind reale militärische Situationen: Defensivkrieg bedeutet, einen Protestkrieg zu führen. Ein paar Stunden oder Tage lang Widerstand leisten und dann kommt die Kapitulation. Was ist dann die Konsequenz, wenn militärische Verteidigung entweder zur Kapitulation oder zur totalen Vernichtung führt in Mitteleuropa? Ich sehe nur die Chance der zivilen Verteidigung als Alternative.

Zivile Verteidigung, gewaltfreie Verteidigung - was ist das? Es ist eine Verteidigung, die sicherlich auf eine jahrelange Auseinandersetzung hinausläuft. Es ist nicht möglich, ein Land an den Grenzen nicht-militärisch zu verteidigen. Der zivilen Verteidigung geht also faktisch die Okkupation voraus. Zivile Verteidigungspolitik muß theoretisch alle Möglichkeiten einer Okkupation in Rechnung stellen. Die erste und wichtigste Okkupation, die die Friedensbewegung und die Sozialisten als Teil der Friedensbewegung in Betracht ziehen müssen, ist die Okkupation durch die eigene Militärmacht, durch einen Putsch der Bundeswehr in einer Krisensituation. Das heißt, der Hauptgegner, gegen den zivile Verteidigung gerichtet sein muß, ist die Kriegspolitik in der BRD selbst und die Bundeswehr als eine putschende Armee. Diese Gefahr ist heute nicht gegeben. Es gibt Kräfte innerhalb der Bundeswehr, die Sympathien für Putschpolitik, also etwa für die Spanier, etwa für die Chilenen, geäußert haben, diese Kräfte sind aber nach meiner Einschätzung in der Minderheit.

Das Zweite ist zivile Verteidigung gegen eine Nato-Intervention im Falle einer konsequenten Friedenspolitik. Das Dritte ist durchaus auch der Fall einer Okkupation durch die Sowjettruppen. Ich rechne nicht mit einer direkten Aggressionspolitik von seiten der Sowjetunion, sondern ich rechne mit der Möglichkeit, daß die Sowjetunion die Chance sieht, einen Minderheitsputsch zu verknüpfen mit einer risikolosen Intervention nach dem Modell Afghanistan. Eine winzige Minderheit reicht aus, um eine provisorische sozialistische BRD zu proklamieren und diese provisorische Regierung, entweder durch DDR-Kader gebildet oder durch Einheimische der BRD holt die Sowjetarmee zu Hilfe und die sagt, die legitime Regierung der BRD hat uns zuhilfegerufen. Das ist die einzig denkbare Situation. Sie ist genauso unwahrscheinlich wie ein Putsch der Bundeswehr, aber man kann sie nicht generell ausschließen. Hier würde ich genau wie Andreas Buro sagen: Wenn man in der BRD Politik machen muß und das müssen wir, dann muß man eingehen auf den Bewußtseinsstand der Bevölkerung. Und dieser Bewußtseinsstand ist, daß die Sowjetunion aggressive Politik macht. Wir müssen zumindest eine Antwort darauf geben. Wir müssen sagen, wir könnten uns irren, unsere Einschätzung, daß die Sowjetunion nicht expansiv ist, könnte falsch sein. Ich persönlich würde diese Einschätzung ohnehin nicht vollständig teilen, in bestimmten Situationen ist die Sowjetunion durchaus expansiv.

In diesem Fall müßten wir auch die kapitalistische BRD gegen die realsozialistische Sowjetunion verteidigen. Und zwar deswegen, weil dieses Regime, das die Sowjetunion hier einführen würde, nicht von der Bevölkerungsmehrheit unterstützt wird. Afghanistan ist für uns Bundesrepublikaner zentral. Wir haben in Afghanistan eine Regierung mit einem sozialrevolutionären Programm, was wir in vielen Punkten wahrscheinlich unterstützen werden, wenn wir uns detailliert damit beschäftigen, wir haben auf der anderen Seite eine Widerstandsbewegung, die objektiv konterrevolutionäre soziale Inhalte vertritt. Die Frage ist, wie verhalten wir uns, was ist für uns wichtiger, der Volkswille oder der sogenannte objektiv historische Prozeß? Meiner Ansicht nach muß in solchen Konfliktsituationen eindeutig die Entscheidung fallen für den Volkswillen, auch wenn der konkret konterrevolutionär in seinen sozialen Inhalten ist. Im Falle eines sowjetischen Angriffs auf die BRD, in der die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung ist,

daß die BRD nicht sowjetische soziale Verhältnisse übernehmen sollte, sollte man die BRD gegen die Sowjetunion verteidigen. Das wäre meines Erachtens nach die ganz klare politische Aussage, daß wir den Mehrheitswillen akzeptieren und die BRD verteidigen für den unwahrscheinlichen Fall, daß die Sowjetunion im Bündnis mit der DDR und anderen Kräften hier versucht, einen sozialrevolutionären Putsch durchzusetzen.

Die vierte Möglichkeit ist durchaus, daß ziviler Widerstand sich auseinandersetzen muß mit militärischen Aktionen von Staaten der Dritten Welt. Das ist solange nicht wahrscheinlich, solange wir die augenblicklichen militärischen Kräfteverhältnisse haben.

Wann kann nun diese soziale Verteidigung einsetzen? Kritiker sagen immer, Voraussetzung sei die Verwirklichung der gewaltfreien Gesellschaft, totale Abrüstung. Das ist meines Erachtens unrealistisch. Zivile Verteidigung, gewaltfreie Verteidigung kann unmittelbar einsetzen in dem Augenblick, wo die Okkupation stattfindet und die militärischen Kräfte kapituliert haben. Wir haben in den letzten Jahren sehr viele Beispiele gehabt, wo die Bevölkerung zivilen Widerstand geleistet hat in Gesellschaften, die häufig kapitalistisch oder vorkapitalistisch sind und in denen nicht einmal primitivste demokratische Vorstellungen herrschen. Auch in Afghanistan wird heute zum Teil ziviler Widerstand geleistet. Im Iran wurde nicht-militärischer ziviler Widerstand gegen das iranische Militär geleistet. Es gab 70.000 Tote im Iran im Unterschied zu zwischen fünf und zehn Millionen Toten in Vietnam. Das sind für mich qualitative Unterschiede der Kampfform. Ziviler Widerstand kann sehr situationsbezogen, sehr plötzlich notwendig werden ohne große Vorbereitung; die Armee kapituliert oder sie bricht nach wenigen Tagen militärischen Widerstands zusammen. Der zivile Widerstand in Dänemark, Norwegen usw. hat angefangen, nachdem der militärische Widerstand zusammengebrochen war. In der Tschechoslowakai 1968 hat man keine Sekunde daran gedacht, militärischen Widerstand zu leisten. In Polen wird die Situation vielleicht anders sein, ich bin mir da noch nicht sicher. Es hängt sehr viel davon ab, wie das polnische Militär sich verhält. Aber wenn das polnische Militär gewissermaßen loyal sein sollte zu den Sowjettruppen oder nicht-militärischen Widerstand leistet, dann wird es in Polen meines Erachtens notwendigerweise zu zivilen Widerstandsaktionen kommen. Die Arbeiter werden die Fabriken besetzen, sie werden völlig neue Formen des zivilen Widerstands entwickeln. Ich habe auch noch nie von jemandem gehört, daß die polnischen Arbeiter jetzt heimlich anfangen, Gewehre und Molotowcocktails zu sammeln. Sie sehen genau, daß das absoluter Unsinn ist. Ich kann mich irren, vielleicht findet militärischer Widerstand statt wie 1956 in Ungarn, wo es 40.000 Tote gab. Vielleicht gibt es im Falle einer Intervention der Sowjetunion auch einige 10.000 Tote. Aber der militärische Effekt ist voraussehbar. Nach wenigen Tagen wird Polen von den Truppen des Warschauer Pakts besetzt sein und dann beginnt die neue Situation: entweder totale Kapitulation oder ziviler Widerstand.

Also sollte man davon abgehen, daß ziviler Widerstand geknüpft ist an die Verwirklichung von irgendwelchen demokratischen, sozialistischen, gewaltfreien Zuständen. Ziviler Widerstand wird realhistorisch heute schon geleistet in Gesellschaften unterschiedlichster Couleur und unterschiedlichster politischer, bildungsmäßiger, sozialer Voraus-

setzungen. Ziviler Widerstand ist also auch nicht an die Abrüstung gebunden. Die Abrüstungsforderung ist Programm, ist Forderung, aber es ist unwahrscheinlich, daß Abrüstung realisiert wird, wirklich historisch durchgesetzt, bevor ziviler Widerstand notwendig wird.

Diskussion mit Egbert Jahn

Kannst Du Guerillakrieg und zivile Verteidigung in ihrer Gemeinsamkeit und ihrer Differenz erläutern?

Gemeinsam heben sie die historische Auflösung von Schlachtfronten an Grenzen oder die Auflösung der Front. Im zivilen Kampf wird gewissermaßen die Moral der Okkupation lokal zersplittert, zerstört, zermürbt. Das ist auch die Funktion des Guerillakampfes. Die Zermürbung der Moral der Herrschenden, der Okupationsarmee, was in Vietnam sehr extensiv gelungen ist bis hin zum psychischen Zusammenbruch von 15 % der amerikanischen Armee.

Was ist denn speziell die Abgrenzung?

Die einen kämpfen mit Waffen, die anderen ohne.

Und im Iran, der Kampf ging ja mit Waffen?

Nein, die wichtigsten Kämpfe fanden ohne Waffen statt - es waren die Massendemonstrationen von Millionen, die nicht bewaffnet waren. Die politische Effektivität bestand in den Millionen-Demonstrationen. Was aber ein Spezifikum vom Iran ist: Diese gewaltlose Bewegung hat immer mit Bürgerkrieg gedroht, d.h. die Kapitulation des iranischen Militärs war die Angst vor einem Bürgerkrieg. Insofern ist die iranische Revolution ein Beispiel zwar für einen nicht-militärischen Kampf, aber bestimmt nicht für einen deklarierten gewaltfreien Kampf.

Es ist wichtig zu sehen, daß es in der heutigen Periode schon real Massenkämpfe gibt, in denen die Massen selbst gar nicht auf die Idee kommen, daß es ein Eskalation von Demonstration gibt. Die Auffassung der alten Sozialisten war: Massenstreik ist Massenunsinn. Trotzki hat noch gesagt, Massenstreik hatte überhaupt nur einen Sinn als Vorstadium zum bewaffneten Aufstand. Wenn im Iran angefangen worden wäre, nach dem MIR-Konzept in Chile die Massen zu bewaffnen, dann wäre ein lang andauernder Bürgerkrieg entstanden, es hätte nie in dieser Kürze die Machtübernahme durch die Revolutionäre stattfinden können, weil in dem Augenblick, wo die Revolutionäre anfangen zu schießen, die Legitimation für die Herrschenden zu schießen viel größer wird, die Legitimation vor sich selbst und vor der Bevölkerung. Ähnlich die Vorgänge in Portugal 1974. Sicherlich hat die Kapitulation der Anhänger des alten Systems im Militär etwas zu tun mit ihrer Angst, daß die revolutionären Kräfte im Militär bereit sind, einen Bürgerkrieg zu führen. Das ist ein wichtiger psychologischer Mechanismus gewesen. Ich würde sogar soweit gehen, daß im indischen Befreiungskampf unter Führung von Gandhi die Okkupation, also die Herrschenden, wußten, daß Gandhi selbst nicht mit dem Gedanken an Bürgerkrieg spielt. Aber warum hat die Befreiung funktioniert? Weil die englischen Kolonialbehörden wußten, in dem Moment wo die Gandhi erschießen - und da hatten Sie ja prinzipiell auch keine Skrupel - findet ein

fürchterliches Massaker statt. Es ist eine Illusion anzunehmen, daß die Inder besonders gewaltfrei seien. Anschließend, nachdem Gandhi tot war, haben sich die moslemischen und die hinduistischen Inder gegenseitig massakriert. Es gab einen Bürgerkrieg mit 25 Millionen Toten. Gandhi hatte Erfolg, weil irgendwo auch im Hintergrund die Angst vor dem Bürgerkrieg stand.

Bis 1974 galt immer die These der Linken,Faschismus könne man nur durch Gewalt schlagen, weil der Faschismus nur eine Sprache verstehe, die der Gewalt. Was geschehen ist in Portugal, in Spanien und Griechenland, ist die Ablösung vom faschistischen System ohne militärische Gewalt, ohne bewaffneten Aufstand. Und deswegen meine ich, ist die Propagierung von gewaltfreiem Widerstand keine Frage von utopistischen Zuständen im 22. Jahrhundert, sondern es handelt sich um einen historischen Prozeß, in dem wir mittendrin stecken. Da läuft nur nicht alles so schön ab, wie das manche Religiöse, Gewaltfreie gedacht haben, sondern da hängt ungeheuer viel an Aggressivität, Spannung und sowas in diesem historischen Prozeß drin. Aber es gibt immer mehr Situationen, wo entweder die Aufständischen oder die Verteidiger von vornherein einsehen: Der Griff zur Waffe ist absolut albern. In der Tschechoslowakei war es schlicht albern, militärischen Widerstand zu leisten. Mit dem Ausbau der Staatsmacht und mit der Entwicklung nicht nur der Nuklearwaffen - die Nuklearwaffen sind ja die höchste Eskalationsspitze - sondern schon der Polizeiwaffen wird immer weniger gespielt mit dem Gedanken an bewaffneten Widerstand vom Volk. Das Volk hat nur eine Kraft seinen Willen durchzusetzen,durch Massenaktionen und Massendemonstrationen.

Dan Diner
FÜR EINEN ALTERNATIVEN REGIONALEN AUSTAUSCH

Wir würden hier nicht diskutieren,wenn nicht diese Zuspitzung der Kriegsgefahr sich hergestellt hätte, die uns und nicht nur uns aus Furcht Alternativen suchen läßt. In diesem ganz konkreten Kontext steht auch mein Vorschlag. Er richtet sich implizite gegen abstrakte Vorstellungen. Abstrakte Vorstellungen darüber, was grundsätzlich gut oder was grundsätzlich schlecht ist in der Frage von Krieg und Frieden; auch, was grundsätzlich gut oder schlecht ist in der Anwendung oder Nicht-Anwendung von Gewalt. Wenn ich dann am Schluß über konkrete alternative Strategien etwas sagen werde, dann bedeutet das nicht, daß es jetzt darum geht, daß wir in fünf Jahren unser Bewußtsein und unsere Identität ändern und jetzt die Bundesrepublik territorial verteidigen, sondern daß wir Argumentationsmuster entwickeln, sie in die Öffentlichkeit tragen und damit überhaupt einen Prozeß antreiben, der heute nicht besteht und der über das hinausgeht und unbedingt darüber hinaus wird gehen müssen, was diese konkrete militärische alternative Strategie beinhaltet.

Mein Vorschlag einer alternativen Konzeption regionalen ökonomischen Austausches basiert auf der augenblicklichen Krisensituation. Er ist kein genuin sozialistischer Vorschlag, sondern er bezeichnet eine Möglichkeit, aus der gegenwärtigen Krise, die sich jetzt von einer

ökonomischen auch zu einer militärischen verdichtet, herauszukommen. Herauszukommen als Sozialisten, als Linke, als Bewohner der Bundesrepublik, als Europäer. Es gibt eine Möglichkeit des europäischen Ausklinkens. Nicht das Europa eines Giscard und nicht das Europa eines Schmidt, sondern ein Europa, das sich auf Grund der augenblicklichen Krise aus dieser Bipolarität herausentwickeln könnte, braucht dafür eine alternative regionale ökonomische Konzeption. Ausgangspunkt muß daher die Energiekrise sein, die ja konkret dieses enorme Außenhandelsdefizit beschert hat, und die letzthin dazu geführt hat, daß in der Bundesrepublik heute darüber gesprochen wird, inwieweit die Bundesrepublik selbst zum Rüstungsexporteur wird. Inwieweit dadurch dieses Außenhandelsbilanzdefizit ausgeglichen werden könnte. So könnte eine Möglichkeit vertan werden auch Technologien zu produzieren, die in einem Austauschverhältnis mit den Ländern angebracht wären, die heute vor allem Exporteure von Rohstoffen, von Energie sind. Es ginge vor allem um Energieexporteure die geographisch an Europa angrenzen, also in Nordafrika und dem Vorderen Orient, und die von sich aus auch schon jahrelang angeboten haben, heute mit Westeuropa zu einer gemeinsamen Vermarktungsverstrebung zu kommen. Ein Interesse daran gibt es auch bei Regimes, denen gegenüber wir keine Sympathie zu hegen brauchen, z.B. Iran und Lybien. In dieser konkreten Situation bieten sich Formen eines alternativen Austausches an, von dem man sagen könnte, daß er durchaus und selbstverständlich im Rahmen des Kapitalismus erfolgt, aber Elemente in sich birgt, die über diesen kapitalistischen Austausch hinaus treiben können. Es ist also keine Vorstellung, die Sozialismus impliziert, die abstrakt für richtig und gut gehalten wird, aber es wäre ein wichtiges Mittel um diese augenblickliche Kriegsgefahr einzudämmen. Deren Grund liegt ja in dieser inter-imperialistischen, inner-imperialistischen Konkurrenz, auch wenn sie von den USA in die Bipolarität gedrängt werden soll. Der Nachrüstungsbeschluß, und nicht nur er, das sieht man auch in der Diskussion hinsichtlich der Neutronenbombe, wird doch als Schlinge der Vereinigten Staaten gegenüber Europa angewandt, damit genau diese ökonomischen Abkoppelungsmöglichkeiten, die ich angedeutet habe, abgeblockt werden. Die Vereinigten Staaten wollen jetzt ihren Produktivitätsverfall gegenüber Europa und Japan militärisch ausgleichen. Sie können das natürlich nur dort, wo ihnen Konkurrenten der anderen Macht im internationalen System gegenüberstehen, nämlich der Sowjetunion. Der Antikommunismus ist tatsächlich im öffentlichen Bewußtsein und in der öffentlichen Meinung so etwas wie ein Mühlstein am Halse, nicht nur der Sozialisten, sondern all derer, die nur ein wenig in diesem Rahmen zu verändern versuchen. Eine solche alternative Konstitution des Austausches ist der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit und vor allem für die Sozialdemokratie immer noch ein Tabu. In Form eines regionalen Austausches rund um das Mittelmeer bedeutet sie einerseits Technologietransfer aus Europa im Austausch vor allem gegen Rohstoffe und sie impliziert politisch eine Neutralisierung und eine Demilitarisierung des Mittelmeerraumes. Solche Vorstellungen wurden schon in den 50er und 60er Jahren propagiert, können heute aber eigentlich erst ihre realpolitische und ökonomische Bedeutung erlangen. Damit verbunden werden sollte die Propagierung einer atomwaffenfreien Zone für Mitteleuropa, ein Element das gerade jetzt und vor allem auf Grund der polnischen Krise eine größere Brisanz gewonnen hat als bisher. Es ist kein Zufall, daß Anfang der 60er Jahre der Rapatzki-Plan, der ja von Polen ausgegangen ist, diese

Elemente in den Vordergrund gestellt hatte. Es ist deutlich, daß in der Sowjetunion so eine Alternative, die einerseits die Aufrechterhaltung der Blockstrukturen für eine Übergangsphase garantiert, andererseits aber gerade so etwas wie eine Modifizierung des Blocksystems ermöglichen würde, auf Zustimmung stoßen würde. Für die Friedensbewegung käme es darauf an, eine Zielvorstellung zu entwickeln, mit der man in die Öffentlichkeit geht und die nicht bloß abstrakt und nicht allein abwehrend sein darf.

Es käme darauf an, über die Kritik am "Nachrüstungs"beschluß hinaus dieses Bündel an Alternativvorstellungen zusammenzufassen, also ökonomisch diese regionale Verstrebung zu fordern, die heute durch die Krise in der Luft liegt, zweitens auch eine Entmilitarisierung des Mittelmeerraumes parallel dazu, atomwaffenfreie Zone und Disengagement, dessen Spitze die Rücknahme des Nachrüstungsbeschlusses sein müßte.

Nun noch eine kurze Anmerkung zur Verteidigung der Bundesrepublik. Ich glaube,daß die Diskussion hier bisher falsch geführt wird. Es geht gar nicht darum, jedenfalls nicht in erster Linie, daß es für Linke undenkbar wäre, nationale Verteidigung zu betreiben. Auch ich kann mir nicht vorstellen, daß ich guten Gewissens die Verteidigung der Bundesrepublik vorschlagen würde, weil die Bundesrepublik in dem Zustand, in dem sie sich befindet, für Linke nicht verteidigungsfähig ist, weder politisch noch militärisch.

Das, was in diesem System hier angelegt ist, das erfahren wir ja tagtäglich im Inneren, und wenn noch eine äußere Bedrohung hinzukommen würde, dann braucht man es nicht nur abzuschätzen, das kann man absehen, wie sich dieses System konkret entwickeln wird. Es geht um etwas viel Konkreteres als um die Frage von abstraktem Ja oder Nein. Es geht darum, ob wir in die militärische Diskussion eingreifen, die wir als prozessuale Diskussion begreifen. Dabei ist diese Frage von Ja oder Nein in dem Sinn "Sind Sie bereit, die Bundesrepublik zu verteidigen?", eine absurde und letzthin auch eine kategorische Frage, die wir als Linke und überhaupt als politisch denkende Menschen einfach zurückweisen. Auf der anderen Seite ist es völlig legitim,eine alternative militärische Konzeption zu unterstützen, wenn wir im Militärapparat und in diesem Militärsystem auf Widersprüche und Irrationalismen hinweisen können, die nicht nur Linke bemerken, sondern Militärs selbst. Die BRD ist als Schlachtfeld gedacht und man kann von keinem erwarten, daß er letzthin Selbstmord begeht, individuell oder kollektiv. Die Militärs wissen es und alle anderen auch: Es wäre ein Krieg in der Abschreckungslogik - die Bundesrepublik bzw. Mitteleuropa wäre der Köder. Das kann man guten Gewissens ablehnen. Man kann sagen: Es gibt alternative Konzeptionen, die im Rahmen des Kapitalismus und im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik besteht, durchsetzbar sind, durchführbar sind, ähnlich wie auch diese alternativen ökonomischen Vorstellungen, die sozialdemokratischer Natur sind. Diese alternative militärische Konzeption lehnt die Nuklearbewaffnung ab, will den langsamen Abbau der Großverbände, der motorisierten Großverbände, das heißt vor allem der Panzer, natürlich auch all dessen, was panzerbegleitend ist und der Luftwaffe in diesem Sinne und wenn man in dieser Logik dafür argumentiert, nicht absolut und gänzlich abzurüsten, aber ein Militärkonzept vorzuschlagen, das wir als Prozeß begreifen, so kommen wir

auch durchaus zu dem was als zivile Verteidigung bezeichnet wird. Aber eines ist klar: Es gibt militärisch weder nuklear noch in irgendeiner anderen Form eine Option, die Bundesrepublik zu verteidigen. Sie ist nicht zu verteidigen.Es geht mir darum, daß wir keine abstrakten, militärpolitischen Konzeptionen anbieten. Wir befinden uns nicht in einer Situation, in der es ein Entweder und ein Oder gibt, wir befinden uns erst recht nicht in einer Situation, in der wir konkret an der Herrschaft beteiligt sind und damit Entscheidungen zu fällen haben. Was wir tun können, ist, im Rahmen einer Friedensbewegung militärpolitische-und was jetzt viel wichtiger ist für uns, als politische Organisation - ökonomische Alternativen anzubieten, die im Rahmen des Kapitalismus durchführbar sind. In denen aber die Potenz der Überwindung und des Hinaustreibens aus dem Kapitalismus mitangelegt sein können. Es ist also, wenn man so will, eine historische Möglichkeit, die uns heute durch diese Krise geboten wird, die einzige Möglichkeit,um daraus lebendig herauszukommen. Es geht nicht darum, eine friedenspolitische Alternative anzubieten; ich glaube, daß diese Frage falsch gestellt ist. Es gilt, in dieser konkreten Krisensituation sozialistische Politik zu betreiben. Und das sage ich jetzt nicht pathetisch, weil mit sozialistischer Politik dann alles abgedeckt wäre, sondern das weiß ich tatsächlich auf Grund dieser Krise im Weltsystem, die eine ökonomische Krise ist und sich anschickt, auch zu einer politischen und militärischen zu werden. Ich glaube, daß das Sozialistische Büro dazu beitragen kann, diese Verknüpfung zwischen ökonomischen Alternativen, regionalpolitischer Umorientierung und einer friedenspolitischen Konzeption herzustellen. Es geht darum aus der Bipolarität herauszukommen und Perspektiven zu entwickeln, die über das hinaustreiben, was uns von den Herrschenden angeboten wird.

Fragen an Dan Diner

Wieso spielt die Energiepolitik in deinen Überlegungen eigentlich so eine große Rolle? Könntest Du das mit dem alternativen Austausch präzisieren?

Die Krise, mindestens ihre wesentlichen Faktoren, sind energiepolitischen Ursprungs. Um einen innenpolitischen Aspekt einmal deutlich zu machen, der auch damit verbunden ist: Das Öl, vor allem aus dem Vorderen Orient, wurde ja unter Preis, vor allem von amerikanisch-dominierten, internationalen Gesellschaften, gefördert und vertrieben. Europa war vom amerikanischen Öl abhängig geworden, obwohl eigentlich der ursprüngliche fossile Energieträger in Europa und auch in der Bundesrepublik die Kohle geblieben ist. Ich möchte einfach daran erinnern, wie staats- und innenpolitisch so ein Element durchgeschlagen hat, daß die Ruhrkrise Mitte der 60er Jahre..... letzthin dazu geführt hat, daß in Nordrhein-Westfalen eine christdemokratische von einer sozialdemokratischen Regierung abgelöst wurde. Und daß das Vorspiel gewesen ist für die Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition auch auf Bundesebene. Selbstverständlich nicht der alleinige Grund, aber ein bedeutender Grund ,der auch innenpolitisch einen Ausschlag gab. In den 50er und 60er Jahren haben die ölproduzierenden Staaten, vor allem im Vorderen Orient - dazu gehören der Algerische Unabhängigkeitskrieg, der im Jahre 54 begonnen hatte, die Verstaatlichung des Suez-Kanals und der Militärputsch in Libyen im Jahre 1969 - begonnen, endgültig souveräne Staaten

zu sein. Das heißt, es wurde den westlichen Staaten die Möglichkeit genommen, durch Militärstützpunkte in diesen Ländern anwesend zu sein und durch diese militärische und politische Anwesenheit letzthin den Ölpreis zu bestimmen. Das hat sich geändert, und in den 60er Jahren und zum Anfang der 70er Jahre ist das auch ökonomisch durchgeschlagen. Diese Länder haben jetzt etwas zu verkaufen und möchten dafür etwas einhandeln. Das, was sie einhandeln sehen wir beispielsweise am Regime in Saudi-Arabien, das für seine Petro-Dollars - und die heißen ja nicht umsonst Petro-Dollars , denn es ist Finanz-Kapital und nicht produktives Kapital - Industrieanlagen mit Infrastruktur und Militärgüter einkauft. Es gibt Länder, die haben andre Vorstellungen, z.B. Algerien, wo es andere ökonomische Konzepte gibt, für die eine besondere Form von Technologietransfer eine besondere Rolle spielt. Algerien will keine quasi in die Wüste gesetzten halb- oder vollautomatischen Kombinate, die die Sozialstruktur kaputtmachen.

Es könnte also das historische Moment eines gemeinsamen Interesses geben zwischen Ländern, die Öl brauchen wie die BRD und solchen Ländern. Es gibt Angebote dieser Länder - das hatte ich vorhin erwähnt - die Vermarktung ihres Rohstoffes Öl den multinationalen Gesellschaften aus den Händen zu nehmen und das nicht zu verstaatlichen - das wäre ja schlecht möglich - , sondern bilaterale europäisch - nordafrikanisch-vorderorientalische Konzerne zu gründen, die jetzt den Vertrieb dieses Rohstoffes betreiben. Das richtet sich ganz konkret und offensiv und massiv gegen die Interessen der Vereinigten Staaten. Wir haben vorhin davon gehört, daß das, was die amerikanische Politik heute betreibt, der Versuch ist, ihre hegemoniale Rolle, die sie auf Grund ihrer Produktivität nicht mehr aufrechterhalten kann, militärisch abzusichern. Dies bedeutet, Konflikte die es gibt aufrechtzuerhalten und auszuweiten und die Europäer beispielsweise von dieser Möglichkeit eines alternativen regionalen Austausches abzuhalten. Das muß nicht etwas sein, was gedacht ist und geplant ist, aber es läuft darauf hinaus. Und das wissen ganz bestimmte Länder, das wissen ganz bestimmte Regime und streben diese Verknüpfung an. Diese Konzepte werden im Iran vertreten. Es sind Konzepte, die von den Algeriern und sogar von den Irakern vertreten werden. Europa, bzw. die Sozialdemokraten, die das auch im Grunde diskutieren, wagen es in der Öffentlichkeit nicht zu sagen. Weil das eigentlich eine Flankierung des Bruches wäre, von dem wir die ganze Zeit reden hinsichtlich der Vereinigten Staaten.

Für ein starkes imperialistisches Westeuropa?

Bedeutet das, was Du vorschlägst nicht im Grunde genommen, daß Du sagst, wir sollten im imperialistischen Konkurrenzkampf der beiden Blöcke massiv Stellung beziehen für die Absicherung der imperialistischen Position Westeuropas?

Es ist ein Unterschied ums Ganze wenn man mit einer konzeptionellen politischen Absicht diskutiert und sagt, das wollen wir, oder wenn man diskutiert und argumentiert, indem man sagt, das ist heute als Tendenz angelegt. Aber diese Tendenz kann in zwei Richtungen ausschlagen. Sie kann einerseits ausschlagen in Richtung dessen, was wir als Kriegsgefahr betrachten und oder sie kann ausschlagen in eine andere Richtung. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es in

diesem Sinne nur die Möglichkeit der Entwicklung in einer Richtung gibt. Dies als Vorbemerkung; jetzt noch mal konkret zu Deiner Frage:

Wenn sich heute auf europäischer Ebene so etwas ergeben würde, daß man sagt, wir betrachten die amerikanische Politik als eine Gefährdung des Friedens und eine Gefährdung unserer Existenz, wir bemühen uns, eine eigene europäische Politik zu betreiben - wenn dies die konkrete Alternative ist, dann sage ich, ja, die unterstütze ich. Aber ich würde sie nicht mit ihrer Absicht unterstützen. Ich würde versuchen, dann in dieser Tendenz wiederum Politik zu betreiben. Es ist ja nie eine Frage von Entweder Oder. Ich würde sie auch dann unterstützen, wenn sie eine lupenrein kapitalistische wäre.
Ich würde sie auch dann unterstützen, wenn sie eine lupenrein kapitalistische wäre.

Nehmen wir die deutsch-französische Panzerproduktion als Beispiel: Dieser Panzer ist weder technologisch sinnvoll zu produzieren noch wird er produziert werden, aber das war ein zaghafter Versuch, mal zu signalisieren, wir wollen eine eigene Politik betreiben. Wir Sozialisten werden natürlich nicht sagen: Wir wollen einen europäischen Panzer. Das wäre lächerlich. Aber, eine europäische Kooperation sei's auf gesamteuropäischer Ebene, sei's auf der Grundlage deutsch-französischer Zusammenarbeit, ist, wenn sie aus dieser Konfrontations-Situation, die sich in den letzten zwei Jahren so zugespitzt hat, hinausführen kann, etwas, was wir unterstützen müssen. Natürlich nicht, als sei es unsere Politik. Wir haben ja auch den Befreiungskampf in der Dritten Welt nicht deshalb unterstützt - oder wer es getan hat, der war blauäugig - weil sich da sofort sozialistische Regime entwickeln würden. Wir haben den Prozeß der Entkolonialisierung unterstützt. Und der konnte in Richtung Sozialismus gehen, als Brot- und -Wasser-Sozialismus, oder er konnte auch in Richtung despotischer Regime gehen. Und die Mehrheit ist eben despotisch. Wir müssen in diesem Sinne auch unsere eigene Geschichte mitreflektieren und nicht so tun, als hätten wir immer nur das Gute gewollt und das Gute erreicht. Es gibt historische Tendenzen, die man unterstützen muß. Und diese historischen Tendenzen, die führen nicht direkt und führen auch nicht mit Sicherheit in das, was wir uns unter Sozialismus vorstellen. Aber heute geht es tatsächlich darum, konkret eine Tendenz zu beschleunigen, zu unterstützen, von der ich meine, das sie uns aus dieser Kriegsgefahr herausführen könnte. Eine abstrakte, antimilitaristische Arbeit ist immer richtig - vor vier, fünf Jahren genau wie heute. Antimilitaristische Arbeit ist ein Teil sozialistischer Politik und die leistet man in Kriegs-, Friedens- und Spannungszeiten. Bei allen Unterschiedlichkeiten sind wir der Auffassung, daß heute eine Krise existiert, die die Potenz eines Krieges in sich birgt. Aber wie jede Krise, birgt sie auch eine andere Potenz in sich. Und dies gilt es zu verstärken, gilt es zu unterstützen, gilt es zu beschleunigen. Ein alternativer regionaler Austausch ist keine sozialistische Konzeption, er ist eine argumentative Verstärkung solcher Tendenzen, die heute bemüht sind, aus dieser amerikanischen Garotte noch mal lebendig herauszukommen.

Wir haben uns doch sicher jetzt Gedanken gemacht, warum die Europäer, bzw. Sozialdemokraten die in der Sozialistischen Internationale organisiert sind, sich gerade El Salvador als Konflikt mit den Ver-

einigten Staaten ausgesucht haben. Warum gerade El Salvador, das so fern ist?
Weil ein Konflikt auf der Ebene, wo sich dieser Konflikt wirklich abspielt, versuchshalber von ihnen gar nicht geführt werden kann. Deshalb ist er in eine Region verlagert worden, wo dieser Gegensatz als versuchter Konflikt ausgeübt werden kann ohne Gesichtsverlust.

Deine Konzeption geht davon aus, das Interesse der europäischen Staaten von den USA abzusetzen. Nun bin ich mir nicht ganz im Klaren, woher Du die Hoffnung auf dieses einheitliche Interesse nimmst. Denn gerade in der letzten Zeit, ... haben sich bestehende Differenzen doch eher verstärkt. Selbst wenn die Differenzen der europäischen Staaten nicht so groß wären, müßte dann nicht Dein Konzept dazu führen, daß gerade eine Militarisierung dieses Blockes im Sinne einer eigenständigen Militärmacht favorisiert würde? Denn die Technologie, die die arabischen Staaten, die Du genannt hast, benötigen und wünschen, ist nicht nur friedliche Technologie, sondern sie ist auch eine herrschaftssichernde, sprich Waffentechnologie, die sie einkaufen wollen und wo sie nicht abhängig sein möchten von den USA und von der UDSSR. Dein Konzept scheint mir nicht verbunden mit dem Gedanken des Disengagement, sondern genau in die entgegengesetzte Richtung zu gehen: einer Militarisierung und einer relativ selbstständigen europäischen Atommacht.

Dani hat sich insofern gegen dieses Argument abgesichert, daß als er sagte, es ginge nicht nur um die ökonomische Alternative, sondern gleichzeitig um militärpolitische Konzeptionen mit den Forderungen atomwaffenfreie Zone für Mitteleuropa und auch Entmilitarisierung des Mittelmeeres. Argumentativ hat er schon die Antwort gegeben, es ist bloß noch nicht klar, wie unmittelbar der Zusammenhang dieser alternativen ökonomischen Konzeption friedenspolitischen Forderungen tatsächlich ist. Man kann eine Forderung neben die andere stellen, aber wo ist der Zusammenhang?

Ich glaube, der Zusammenhang zwischen beiden, dem ökonomischen und dem friedenspolitischen Aspekt, hängt eng mit der Politik der Vereinigten Staaten zusammen. So, wie die Ökonomen es hier diskutiert haben, geht es um die Schwächen der US-amerikanischen Produktivität, um etwas Historisches, nicht nur Vorübergehendes. Es ist völlig logisch und nichts Neues: Als die Kolonialmächte England und Frankreich geschwächt wurden, haben sie genauso ausgeschlagen und haben noch versucht, das aufrechtzuerhalten, was heute ökonomisch die USA schon längst verloren hat. Ja, gerade in dieser Region, um die es auch letzthin geht. Die Vereinigten Staaten stehen heute nicht in derselben, aber doch in einer ähnlichen Situation. Dort, wo ich ökonomisch verliere, versuche ich militärisch einzuholen. Es gibt sicher Unterschiede, was die inner-amerikanische Politik angeht, also welfare oderwarfare, wie es vorhin gesagt wurde. Aber ich bezweifle , ob eine Carter-Administration nicht auch den Sozial-Haushalt so zusammengestrichen hätte. Vielleicht nicht so arg, aber das rührt substantiell am Grundkonflikt wenig. Deshalb meine ich, daß diese enge Verbindung des ökonomischen und des militärpolitischen Aspektes an den Vereinigten Staaten hängt: Mit dem Versuch Europas, von den Vereinigten Staaten wegzukommen. Gebunden wird Europa auf Grund des Ost-West-Konfliktes, wobei überhaupt nicht geklärt ist, ob dieser

Ost-West-Konflikt tatsächlich in dieser Form real existiert so wie er vor 10 oder 20 Jahren existiert hat. Es gibt ja Kooperationen zwischen Westeuropa und der Sowjetunion. Auch auf einer Grundlage, die irgendwie substitutiv ist, gerade was Energieträger angeht, also eine sehr wichtige grundsätzliche und langfristige Kooperation. Warum sollte sich das Verhältnis zwischen Westeuropa und der Sowjetunion nicht verändert haben? Alles Dinge, die den Vereinigten Staaten beileibe nicht gefallen. Aus all dem ergibt sich kein automatischer, aber ein enger und sich aufdrängender Zusammenhang zwischen ökonomischer und militärischer Abkoppelung.

Die Gefahr eines solchen vereinheitlichten und selbstständigen Europa liegt ja darin, daß uns tatsächlich so eine Form von Bewaffnung und Überbewaffnung ins Haus steht. Aber wir dürfen einfach nicht vergessen: Wir argumentieren und diskutieren unter der Bedingung, daß uns die amerikanische Politik auf kurz oder lang in einen Krieg hineintreibt. Wir diskutieren sozusagen auf einer Luxusgrundlage, weil wir heute nämlich tatsächlich über nichts verfügen und die Amerikaner darüber verfügen. Es ist nicht unausweichlich, daß diese Ablösung Westeuropas von den Vereinigten Staaten zu einem Europa der Interkontinental- und der Mittelstreckenraketen führen muß. In jeder Option, und dies hat auch Ulli Albrecht in seinem Neutralisierungskonzept vertreten,steckt ein Risiko. Aber ich meine, daß wir heute vor dem größten Risiko stehen, und alle friedenspolitischen Optionen geringere Risiken in sich bergen als dies eine, das uns heute aktuell ins Haus steht.

Wie stellst Du Dir wirklich unsere politische Arbeit in der Richtung vor? Besteht unsere Arbeit darin, z.B. einen Artikel zu schreiben, in irgendeiner wichtigen SPD-Zeitschrift? Oder muß unser Einsatz in dieser Frage, die mir einleuchtet aus der Überlegung, muß unser Einsatz nicht größer sein? Ich sehe da wirklich eine Gefahr des Identitätsverlustes, mit unseren geringen Kapazitäten uns für eine so zweischneidige und komplizierte Angelegenheit mit allen ihren Konsequenzen einzusetzen.

In der Angst vor Identitätsverlust stecken auch magische Vorstellungen: Daß bereits die Welt einstürzt, wenn man Tabus berührt - und gerade eigene. Solange "unsere" Wissenschaftler das Ganze noch in ihre Kategorien einkleiden, geht es noch - aber wenn politisch ausgedrückt wird, worauf das hinausläuft, schrecken wir zurück. Wenn wir beispielsweise in der Militärfrage oder in Bezug auf militärstrategische Debatten dieses oder jenes Konzept als irrational kritisieren, das heißt zunächst einmal immanent vorgehen und es im Hinblick auf seine Voraussetzungen und seine Stimmigkeit überprüfen - heißt das, daß wir uns damit identifizieren? Wir wirken auf Bewußtsein mit Argumenten ein. Wir wollen Diskusionsprozesse auslösen. Damit haben wir aber noch lange nicht auf eigene Identität verzichtet.

GLOSSAR

Rapacki-Plan: Der polnische Politiker Adam Rapacki (1909 - 1970) legte am 2.10.1957 in seiner Funktion als polnischer Außenminister in den Vereinigten Nationen einen Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa vor. Diese Zone sollte Deutschland als Ganzes, die Tschechoslowakei und Polen umfassen. Bis 1964 wurde dieser Vorschlag wiederholt konkretisiert, aber die Diskussionen blieben ergebnislos.

Club of Rome: Informeller Zusammenschluß von Industriellen und Wissenschaftlern aus über 30 Ländern. 1968 in Rom auf Anregung des italienischen Industriellen A. Peccei gegründet. Dem Club of Rome geht es um die Erforschung der Ursachen der kritischen Menschheitsprobleme, vor allem im Bereich der Ökologie. Bekannt wurde vor allem eine Studie (Meadows: Die Grenzen des Wachstums, 1972) über die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen der Erde.

MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria): Bewegung der Revolutionären Linken. 1965 als Zusammenschluß linkssozialistischer Gruppen gegründet. Sie versuchte in Chile, den Klassenkampf auch mit den Mitteln des bewaffneten Kampfes zu führen bzw. voranzutreiben. Kämpft nach dem Militärputsch von 1973 im Untergrund. Wichtig im Hinblick auf die chilenische Revolution nach dem Wahlsieg Unidad Popular (U.P. = Zusammenschluß linker Parteien für die Präsidentschaftswahlen 1970), der sie heute ebenfalls angehört, war vor allem die Kritik der MIR an dem übervorsichtigen Taktieren der U.P.-Regierung gegenüber dem chilenischen Militär.

Erstschlagskapazität: Die Erstschlagskapazität bezeichnet die Fähigkeit eines der beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt, bzw. ihrer führenden Mächte USA und UDSSR, den Gegner in einem ersten überraschenden Angriffsschlag mit nuklearen Waffen derart vernichtend zu treffen, daß der zweite Schlag (Gegenschlag) der anderen Seite den Angreifer nicht mehr so verheerend treffen kann, daß die angedrohte Vergeltung noch eine existentielle Gefährdung des Angreifers darstellt.

Zweitschlagskapazität: Die Zweitschlagskapazität bezeichnet die Fähigkeit des angegriffenen Blocksystems, im Rahmen des MAD-Systems (Mutual Assured Destruction = gegenseitige gesicherte Vernichtung) beiderseitig gesicherter Vernichtung auch mit einem Vergeltungsschlag den Angreifer noch so vernichtend zu treffen, daß der Gegenschlag die physische und psychische Existenz des Angreifers auslöscht. Die Fähigkeit zum zweiten (vernichtenden) Schlag ist somit im System wechselseitiger Abschreckung geeigneter Garant dafür, daß bei rationalem Verhalten der Blocksysteme ein Angriff eines der beiden Militärsysteme NATO oder Warschauer Pakt auf das andere Militärsystem unterbleibt, weil die durch einen Zweitschlag erfolgenden Vernichtungen auch für den Angreifer unannehmbar sind. Erlangt einer der beiden Blöcke die Fähigkeit, durch einen ersten Schlag die atomaren Gegenschlagskapazitäten der anderen Seite so weitgehend auszuschalten,

daß der für den Angreifer zu erwartende Schaden wieder annehmbar wird (s. Erstschlagskapazität), so wird das Abschreckungsgleichgewicht des Schreckens, auch wenn der überlegene Militärblock nicht plant, die momentane Überlegenheit zu einer militärischen Aktion auszunutzen, allein dadurch gefährdet, daß der Unterlegene befürchten muß, mit einem ersten Schlag der Gegenseite faktisch entwaffnet zu werden. In einer politischen Krisensituation wird er sich deshalb genötigt sehen, sehr sorgfältig zu prüfen, ob er dem zu befürchtenden Entwaffnungsschlag der Gegenseite nicht durch einen eigenen atomaren Angriff (Präventivschlag) zuvorkommt.

Center for Defense Information (Zentrum für verteidigungsrelevante Informationen): liberales Forschungsinstitut in den USA, dessen Leiter der ehemalige US-Konteradmiral Gene La Roque ist. Das Center for Defense Information hat u.a. im Frühjahr 1981 eine Tagung in Groningen initiiert, bei der die Gefahren der atomaren Rüstungsplanung der USA für den vorgesehenen Kriegsschauplatz in Europa diskutiert wurden.

Strategische Nuklearwaffen: Als strategische Nuklearwaffen werden im Nuklearzeitalter vor allem die Waffensysteme angesehen, mit denen sich die Atommächte, insbesondere die USA und die UDSSR als jeweilige Führungsmächte der NATO bzw. des Warschauer Paktes (darüber hinaus verfügen zur Zeit noch Großbritannien, Frankreich und China über Nuklearwaffen sowie die entsprechenden Trägersysteme), direkt gegenseitig angreifen und vernichten können. Hierzu zählen in erster Linie die Interkontinentalraketen, d.h. Waffensysteme mit einer Reichweite von über 5.500 km.

Taktische Nuklearwaffen: Unter taktischen Nuklearwaffen werden vor allem Kernwaffen verstanden, die für den unmittelbaren Einsatz durch die kämpfenden Truppen gegen kämpfende Truppen vorgesehen sind (atomare Kurzstreckenraketen, Atomminen, atomare Artillerie und Atombomben zur Gefechtsfeldabriegelung aus der Luft). Die Reichweite der taktischen Nuklearwaffen als reine Gefechtsfeldwaffen liegt bei maximal 150 km.

Nukleare Mittelstreckenwaffen: Alle Waffensysteme, deren Reichweite geringer ist als die der Interkontinentalwaffen (s. Strategische Nuklearwaffen) und weiter als die der reinen Gefechtsfeldwaffen (s. taktische Nuklearwaffen). Dazu zählen landstationierte Raketen, U-Boot-Raketen und Mittelstreckenbomber. Auf Seiten der NATO verfügen neben den USA auch Großbritannien und Frankreich, das allerdings nur politisch, nicht militärisch in die NATO integriert ist, über derartige Waffensysteme.

Eurostrategische Waffen: In der US-amerikanischen Diskussion wird dafür vorrangig der Begriff "Theatre Nuclear Forces" (Waffen für die Region des Kriegsschauplatzes) verwendet, da Waffensysteme für derartig regionalisierte Kriegsschauplätze auch außerhalb Europas stationiert werden können. Eurostrategische Waffen im engeren Sinne sind dabei vor allem die nuklearen Waffensysteme der NATO, die das Kernland des Warschauer Paktes, die UDSSR, erreichen können. Über

die derzeit in der Diskussion befindlichen landstationierten Mittelstreckenraketen der NATO hinaus, die ab 1983 stationiert werden sollen, gehören hierzu vor allen Dingen bereits existierende Mittelstreckenbomber und in europäischen Gewässern stationierte U-Boote als Trägersysteme von Atomwaffen.

CND (Campaign for Nuclear Disarmament): Überparteiliche Organisation zur Verhinderung der britischen Atomrüstung; gegründet am 15.1.1958. Präsident der CND (Kampagne für atomare Abrüstung) war lange Zeit Bertrand Russell. Träger der linke Flügel der Labour-Party (u.a. durch den heutigen Vorsitzenden der Partei, Michael Foot, repräsentiert), pazifistische Gruppen, Intellektuelle und Künstler sowie einige führende Gewerkschafter. Organisierte Ostern 1958 den ersten "Ostermarsch" zum Atomwaffenlaboratorium Aldermaston. Ihre Forderungen zielten u.a. auf einen bedingungslosen, vollständigen und einseitigen Verzicht Großbritanniens auf Atomwaffen, auf die Einstellung der britischen Versuchsexplosionen mit Kernwaffen, auf die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa unter Einschluß ganz Deutschlands, Verbot der Errichtung von Raketenbasen auf britischem Hoheitsgebiet. Die CND unterstützte nach Kräften die Ende der 50'er, Anfang der 60'er Jahre in Westeuropa entstehende Anti-Atomkriegsbewegung und sorgte für eine lockere Koordination der diversen internationalen Aktivitäten. Die auf Anregung der CND im Jahre 1964 gegründete International Confederation for Disarmament and Peace (ICDP = Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden) umfaßte bereits Ende 1965 ca. 50 nationale Mitgliedsorganisationen.
Die Mitgliederzahl der CND, die in den 60'er und 70'er Jahren drastisch gesunken war, stieg in den letzten anderthalb Jahren von 3.000 auf über 30.000.

END (European Nuclear Disarmament = Europäische nukleare Abrüstung): Britische Gruppe, die in Zusammenarbeit mit der Bertrand Russell Peace Foundation (s. Russell-Aufruf) und ICDP (s. CND) versucht, in Ost und West Unterstützung für das politische Projekt einer atomwaffenfreien Zone in Europa, insbesondere in Mitteleuropa, zu gewinnen.

Edward P. Thompson: Britischer Sozialhistoriker, der mit seinen Arbeiten zur Sozialgeschichte der englischen Arbeiterbewegung grundlegende Untersuchungen zu einer marxistischen Geschichtsschreibung "von unten" geliefert hat. Ursprünglich aus der Kommunistischen Partei kommend, brach er 1956 (Intervention der Truppen der UDSSR in Ungarn, 20. Parteitag der KPDSU und Aufdeckung der stalinistischen Verbrechen) mit der KP und gilt als geistiger Ziehvater der britischen "Neuen Linken". Thompson ist seit Jahrzehnten in der britischen Friedensbewegung engagiert und gilt heute als einer der führenden Theoretiker von CND und END (s. die jeweiligen Stichworte sowie das Stichwort Exterminismus).

Exterminismus: Wortprägung von E.P. Thompson in seinem Aufsatz "Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation". Thompson wendet sich mit diesem Begriff in ironischer Anspielung auf Lenins Schrift "Der Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus" gegen den

gängigen Imperialismusbegriff der alten und neuen Linken. Unter Exterminismus, dem Drang und Drift zum Krieg und zur Auslöschung, versteht er den aus der Militärtechnologie abgeleiteten unausweichlichen und unkontrollierten Zusammenprall zweier Systeme, die nur noch militärischen Imperativen folgen, die sich gegenüber jeglicher Form von Politik verselbständigt haben und auf gegenseitige Ausrottung und Auslöschung der gesamten Zivilisation hintendieren.

Krefelder Appell: Appell, der vom Krefelder Forum im November 1980 verabschiedet wurde. Er bezeichnet den Nachrüstungsbeschluß der NATO als verhängnisvolle Fehlentscheidung und fordert die Bundesregierung auf, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa (Mittelstreckenraketen) zurückzuziehen. Für diesen Appell wurden bis zum Herbst 1981 mehr als 1 Million Unterschriften gesammelt. Entgegen den diffamierenden Behauptungen der Bundesregierung wird der Krefelder Appell nicht allein von Gruppen aus dem politischen Umfeld der DKP und des (moskauorientierten) Weltfriedensrates getragen, sondern von einem breiten Spektrum, das auch etwa Repräsentanten der Grünen, der Jungdemokraten oder der Sozialdemokratie umfaßt.

Russell-Aufruf: Aufruf der Bertrand-Russel-Reace-Doundation aus dem Jahre 1980. Der Aufruf kritisiert sowohl die Militärpolitik der NATO wie die des Warschauer Paktes. Er knüpft an die Vorstellung von atomwaffenfreien Zonen in Europa an und schlägt eine Zone von Polen bis Portugal vor, in der atomare Waffen, Luft- und U-Boot-Stützpunkte und alle Einrichtungen beseitigt werden, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Darüber hinaus fordert er die beiden Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen von europäischem Territorium abzuziehen. Er wendet sich sowohl gegen die Produktion der sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen wie auch gegen den NATO-"Nach"-Rüstungsbeschluß. Im Gegensatz zum Krefelder Appell versucht er den Widerstand gegen die NATO-"Nach"-Rüstung mit einer längeren Perspektive für die Friedensbewegung zu verbinden.

DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner): Größte Organisation der deutschen Friedensbewegung mit ca. 20.000 Mitgliedern; 1974 als Zusammenschluß der Deutschen Friedensgesellschaft - Internationale der Kriegsdienstgegner und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer gebildet. Die DFG-VK verbindet in sich die politische Tradition des bürgerlichen Pazifismus, als dessen bedeutendste Organisation die DFG 1892 u.a. von Bertha v. Suttner gegründet wurde, und der eher aus dem links-christlichen bzw. linkssozialistischen und anarcho-syndikalistischen Bereich kommenden Kriegsdienstverweigerung (1921 Gründung der Internationale der Kriegsdienstgegner). Aufgrund der Koalition dieser beiden Strömungen der Friedensbewegung unter Einschluß eines relativ starken Einflusses der kommunistischen Friedensbewegung ergibt sich eine relativ starke Fixierung der DFG-VK auf die Ebene staatlicher Regierungspolitik sowohl im Hinblick auf das Recht der Kriegsdienstverweigerung wie auch auf die Forcierung internationaler zwischenstaatlicher Verhandlungen und Vereinbarungen im Bereich von Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Graswurzelbewegung: Bezeichnung für die Strömung der Friedensbewegung, die eher von einem Begriff struktureller Gewalt ausgehend, tiefgreifende gesellschaftliche Umwandlungen im Kampf gegen alle Formen der Gewalt, also nicht nur der militärischen, anstrebt und auf eine Gesellschaft hinzielt, in der durch Macht von der Basis her (von der Graswurzel her) Gewalt und Herrschaft abgeschafft worden sind. Aus libertär-sozialistischen und anarchistischen Traditionen hervorkommend, versucht die Graswurzelbewegung die Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution und der direkten Aktion weiterzuentwickeln und zu verbreiten. Auch die Totalverweigerung findet in diesem Spektrum der Friedensbewegung am nachhaltigsten Resonanz. 1980 wurde unter dem Namen Graswurzelrevolution - Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen ein lockerer Zusammenschluß von Gruppen aus diesem Spektrum der Friedensbewegung in der BRD gegründet.

Gaitskell-Plan: Der britische Konservative Außenminister Eden schlug in den Jahren 1954/55 mehrfach die Bildung einer entmilitarisierten Zone zwischen Ost und West vor, aus der die Siegermächte des 2. Weltkrieges ihre Truppen zurückziehen sollten. Edens innenpolitischer Hauptgegner, der Führer der Labour-Opposition, Hugh Gaitskell, legte 1957/58 einen Plan vor, demzufolge ganz Deutschland, Polen und die Tschechoslowakai und Ungarn die beiden Paktsysteme verlassen sollten, alle ausländischen Truppen aus dieser Zone zurückgezogen und die Sicherheit dieser neutralen Zone durch einen Pakt mit den vier Siegermächten garantiert werden sollte.

Finnlandisierung: Finnland ist durch einen Freundschaftspakt mit der Sowjetunion verbunden, in dem das finnische Bestreben anerkannt wird, dem Gegensatz der beiden Supermächte fern zu bleiben. Gleichzeitig beinhaltet der Vertrag aber eine gegenseitige Verpflichtung beider Staaten, sich wechselseitig Beistand bei einem militärischen Angriff auf eines der beiden Länder zu leisten. Von konservativen und reaktionären Kräften insbesondere in den USA und in der BRD wird das Schlagwort Finnlandisierung als diffamierende Bezeichnung für einen angeblichen Souveränitätsverlust Finnlands verwendet, der durch die sowjetische Entspannungspolitik auch auf andere Staaten Europas, vor allem westeuropäische NATO-Staaten übertragen werden und diese in einen Status sowjetfreundlicher und sowjetabhängiger Neutralität bringen soll.

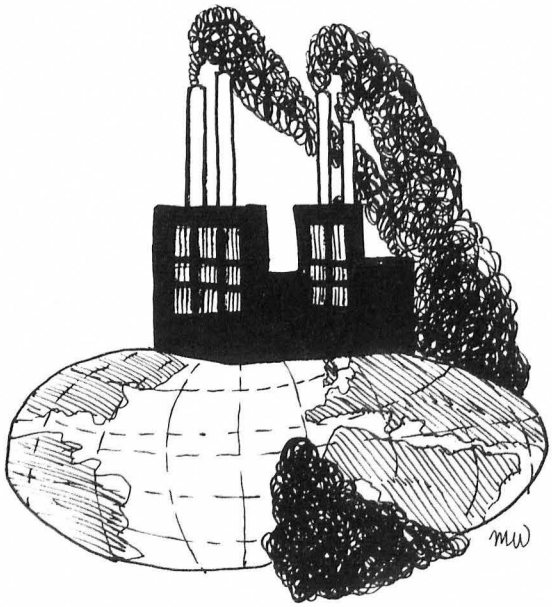
Sozialistische Internationale: Internationaler Zusammenschluß sozialistischer Organisationen.
1. Internationale. Von der britischen Gewerkschaftsbewegung am 28.4.1864 in London gegründet. Karl Marx formulierte für sie die programmatische Grundlage. Die deutschen Arbeitervereine traten 1869 auf dem Kongreß von Eisenach der Internationalen bei. Mit der Verlegung des Hauptsitzes von London nach New York nahm die Bedeutung der Internationalen rapide ab. Es kam in ihr zum Streit zwischen Karl Marx und Bakunin um den richtigen Weg zum Sozialismus. 1876 löste sich die Internationale auf.

2. Internationale. Im Juli 1889 in Paris gegründet. Ziele waren u.a. die Durchsetzung des 8-Stunden-Tages, Diskussionen über ein inter-

nationales Programm und die Taktik der sozialistischen Parteien. Mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges und dem Scheitern einer Kriegsverhinderungspolitik zerfällt die 2. Internationale. 1923 wird sie in Hamburg neu gegründet. Ende des 2. Weltkrieges wird sie von der englischen Labour Party neu belebt, die 12 befreundete Parteien zu einem Neugründungskongreß einlädt. 1947 tritt ihr die SPD bei. 1951 wird die Sozialistische Internationale wiedergegründet. In ihr befinden sich sozialistische und sozialdemokratische Parteien. Ihr derzeitiger Vorsitzender ist Willi Brandt.

Komintern: Abkürzung für Kommunistische Internationale (3. Internationale). Im März 1919 auf Anregung Lenins als Vereinigung der kommunistischen Parteien gegründet. Sie versuchte die kommunistischen Parteien in ihrer Politik zu koordinieren bzw. sie direkt zu bestimmen. 1943 löste Stalin die Komintern auf. Ihre Nachfolgeorganisation wurde die Kominform (1947-1957). Ihr gehörten neben der KP Italiens und Frankreichs lediglich Parteien des Ostblocks an.

OPEC: Organization of Petroleum Exporting Countries; Zusammenschluß von Erdöl exportierenden Ländern. 1960 gegründet mit ständigem Sitz in Genf.
Ziel: gemeinsame Preispolitik gegenüber den Erdölabnehmern und Absprache über Fördermengen.



Verzeichnis der wichtigsten einschlägigen Literatur:

Rüstungssituation

Mary Kaldor: Rüstungsbarock - Das Arsenal der Zerstörung und das Ende der militärischen Techno-Logik, Berlin (W) 1981

Dieter S. Lutz: Weltkrieg wider Willen? - Die Nuklearwaffen in und für Europa, Reinbek 1981

Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI): Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter, Reinbeck 1977

SIPRI: Rüstungsjahrbuch 80/81, Reinbek 1980

SIPRI: Rüstungsjahrbuch 81/82, Reinbek 1981 (i.E.)

Kritik der NATO-Sicherheitspolitik und der "Nach"-Rüstung

Carola Bielfeld/Peter Schlotter: Die militärische Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M 1980

Wilhelm Bittorf: (Hrsg.) Nachrüstung, Reinbek 1981

Nigel Calder: Atomares Schlachtfeld Europa - Report über die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges in den 80er Jahren, Hamburg 1980

Anton-Andreas Guha: Der Tod in der Grauzone - Ist Europa noch zu verteidigen?, Frankfurt/M 1980

Wolf Perdelwitz/Heiner Bremer: Geisel Europa, Berlin (W) 1981

Dieter Senghaas: Abschreckung und Frieden, Frankfurt/M 1981

Studiengruppe Militärpolitik (Hrsg.): Aufrüsten, um abzurüsten?, Reinbek 1980

Alternativen einer Sicherheitspolitik

Horst Afheldt: Verteidigung und Frieden - Politik mit militärischen Mitteln, München 1979

Ulrich Albrecht: Neutralität in Mitteleuropa - Sicherheitskonzepte in Form einer atomwaffenfreien blockfreien Zone; in: Vorgänge 52, Frankfurt/M 1981

antimilitarismus information, Heft 3/81: Alternative Sicherheitskonzepte, Berlin (W) 1981 (Vertrieb: Bernd Schade, Sömmeringstr. 17, 6000 Frankfurt/M 1)

Guy Brossollet/Emil Spannocchi: Verteidigung ohne Schlacht, München 1979

Theodor Ebert: Soziale Verteidigung - Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie (Bd.1), Waldkirch 1981

Theodor Ebert: Soziale Verteidigung - Formen und Bedingungen des zivilen Widerstands (Bd. 2), Waldkirch 1981

Komitee für Grundrechte und Demokratie: Frieden mit anderen Waffen - Fünf Vorschläge zu einer alternativen Sicherheitspolitik, Reinbek 1981

Materialien zu Kriegsgefahr und Friedenspolitik

Neu:

● **Sozialistische Politik und Kriegsgefahr – Referate und Materialien einer Tagung des Sozialistischen Büros**

Diese Broschure enthält Beiträge von Mohssen Massarrat, Frieder Schlupp, Ulrich Albrecht, Andreas Buro, Egbert Jahn und Dan Diner zu Innerimperialistischen Konkurrenz, Weltmarkt, Rohstoffe und Kriegsgefahr, Defensive Bewaffnung, Soziale Verteidigung, Neutralismus ... ca. 80 S., broschiert, DM 6,50

● **Plakat für Veranstaltungen**

Die Fotomontage der Titelseite der "links" 11/81 ist auch als Plakat (Format 50x70/90 g hf rot) erhältlich. Es ist genugend Raum vorhanden, damit die Veranstaltungshinweise aufgeklebt oder eingedruckt werden können.
Einzelpreis: DM 1,50; ab 10 Expl. DM 1,30; ab 20 Expl. DM 1,–; bei größeren Mengen bitte anfragen.

Weiterhin sind erhältlich

● **"links"-Sondernummer Kriegsgefahr und Friedensbewegung"**

Mit Beiträgen u.a. zu
3. Welt und 3. Weltkrieg, Antikommunismus und Antiamerikanismus, Sozialdemokratie und Friedenspolitik, Pazifismus und Militarismus, Der DGB und die Friedensbewegung, Jugend und Friedensbewegung, Frauen in der Friedensbewegung
und ein Gespräch mit Horst-Eberhard Richter: "Von der unfaßbaren zur faßlichen Angst".
54 Seiten, illustriert, DM 4,–.

● **"links"-Flugblatt**

"Politische Krise, Rüstungspolitik und Friedensbewegung"
4 DIN A 4-Seiten, 10 Stck. DM 2,–, 100 Stck. DM 15,–.

● **Anti-Kriegs-Ausstellung**

(18 Kunstdruckplakate DIN A 2, Aufstellplan und weitere Texte und Grafiken) DM 40,–.

● **Anti-Militaristische Soldatenarbeit**

(104 Seiten, DM 7,–)

● **"links"-Infopaket**

(mind. 5 Ausgaben der "links" aus den letzten Monaten, DM 5,–)

Alle Materialien sind über das Sozialistische Büro + Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, nur gegen Vorauszahlung zu beziehen (portofreie Zusendung).

Widersprüche

Zeitung für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Die bisher im Sozialistischen Büro erschienenen Infodienste für Schule, Gesundheitswesen und Sozialarbeit werden zu einer neuen gemeinsamen Zeitung zusammengelegt.

Heft 1 enthält folgende Beiträge:

Dorothee Hail, Thea Kimmich, Reinhard Laux: Aneignung von Gesundheit — Hilfe, Selbsthilfe und Selbstorganisation — Eine Auseinandersetzung mit Illich, Navarro und eine Modellskizze einer neuen Geburtshilfe ● *Rolf-R. Grauhan:* Gesundheit oder gesundes Leben — Thesen zu einer gewerkschaftlichen Gesundheitspolitik ● *Barbara Rose:* Selbsthilfe und Definitionsmacht am Bspl. des Arbeitsbegriffs und der Arbeitslosigkeit ● *Nico Diemer, Wolfgang Völker:* Im freien Flug übers Handgemenge — Über Selbsthilfe und Vergesellschaftung im Reproduktionsbereich ● *Christa Sonnenfeld:* Der neue Trend: sanfte Kontrolle im Umfeld geschlossener Unterbringung ● *Paul Schmitt:* Schule 1981 — Impressionen eines Lehrers ● Materialien, Hinweise etc.

Dazu: das aktuelle Interview mit Prof. Klaus Horn, Sigmund-Freund-Institut Frankfurt: „Wissenschaft statt Mauern"

Verlag 2000 - Offenbach

ISBN 3-88534-020-8
152 Seiten, DM 11,–

Links pocket Verlag 2000

NEU!

Band 5
WIE PHÖNIX AUS DER ASCHE?
Energiekrise und "Modell Deutschland"
152 Seiten, DM 10,–

Herausgegeben von Volkhard Brandes, Jens Huhn und Joachim Hirsch
Mit Beiträgen von V. Brandes, D. Diner, H. Drummer, R. Emenlauer, W. Fach, H. Grymer, J. Häusler, J. Hirsch, M. Massarrat, G. Simonis und G. Wendland.

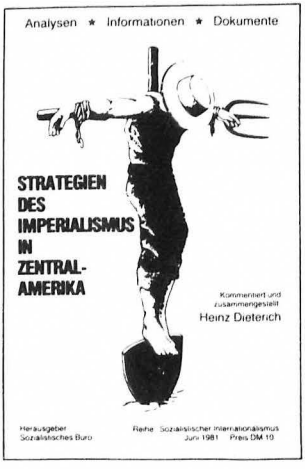
Phönix aus der Asche ist der Vogel in der ägyptischen Mythologie, der sich selbst verbrennt und lebend aus der Asche wieder emporsteigt. Er verkörpert Langlebigkeit und das sich durch Tod erneuernde Leben. An die Stelle des hochbeinigen, schlanken Vogel Phönix des alten Ägyptens ist der Super Phönix unserer Tage getreten: in Malville, Kalkar und anderswo. Die Versprechen der Hohepriester dieses Super Phönix, Schnellen Brüters oder wie immer er heißen mag: aus der Asche unserer Tage wächst – vom Menschen geschaffen und beherrscht – jene unerschöpfliche Energiequelle heran, die menschlichen Fortschritt auf ewig sichern wird.
Doch die Zahl derer ist groß wie nie, die befürchten, daß sich der stolze Phönix unserer Tage nur allzubald als verkohltes Brathähnchen entpuppt – und daß wir alle mit ihm – ohne Wiederauferstehung – verbrennen. Die Propagandisten des neuen Mythos aber setzen weiterhin – allen Widerständen zum Trotz – auf ihren Vogel Phönix, der die Rettung aus der mit der "Ölkrise" eingeläuteten und zur Suche nach einer Alternative zwingenden "Energielucke" bringen soll ...
Was aber ist diese seit Jahren beschworene "Energiekrise"? Zeichen der Agonie der kapitalistischen Ökonomie oder Bedingung dafür, daß sich der Kapitalismus, wie schon oft in seiner Geschichte, auf neuer Stufenleiter aus der von ihm selbst produzierten Krise erhebt. Diese Frage durchzieht die Beitrage dieses Buches.

232 Seiten, DM 15,–

Band 6
Franz Bruseke und
Hans-Martin Große-Oetringhaus
BLÄTTER VON UNTEN
Alternativzeitungen in der Bundesrepublik

Seit einigen Jahren schießen in zahlreichen Städten neue Zeitungen aus dem Boden. Sie verstehen sich als Alternative zur durch und durch verstockten und reaktionären Lokalpresse. Ausgehend von ihrer fünfjährigen Erfahrung im Knipperdolling, der Alternativzeitung von Munster, versuchen die Autoren, den Alltag der alternativen Zeitungsarbeit darzustellen. Dabei gehen sie auf die Entstehung, Bedeutung und Probleme dieser "Blätter von unten" ein und versuchen, deren Zukunftschancen abzuklopfen. Das Buch soll sowohl all denjenigen Mut machen, die ebenfalls vorhaben, eine Alternativzeitung aufzubauen, als auch jenen praktische Tips und Ratschlage geben, die bereits einige Erfahrungen selber machen konnten. Schließlich soll es den Lesern von Alternativzeitungen einen Blick "hinter die Kulissen" ermoglichen.

Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 28/29
136 Seiten, broschiert
Einzelpreis DM 9,–



Grande Finale

In sieben Tagen schuf Gott die Welt,
doch sieben Tage sind echt zu knapp.
Am achten Tag fand er das auch,
schmiß sie ins Klo und zog ab.
Er setzt sich wieder auf seinen Thron
und läßt uns hier hängen in der Kanalisation.
Wir müssen's ausbaden, oh Herr,
die einen weniger, die anderen mehr.
Nun sind wir schon seit Abel und Kain
hier in der Grütze rumgekrochen.
Nun fängt – ja muß das denn wirklich sein? –
die ganze Scheiße auch noch an zu kochen.
Bedrohlich brodelt hier ein See,
unheimlich bruzzelt dort ein AKW.
Die Angst war lange nicht so groß.
Die Raketen stehn auf: Achtung – fertig – los.

Willkommen zum Grande Finale.
Die Erde geht unter, erfahrn wir soeben.
Der Eintritt ist ohne Bezahle.
Sie zahlen hier bloß mit Ihrem Leben.
Der Globus is' 'ne große Bühne
und auch Sie werden hier als Statist engagiert.
Es wird so inszeniert, daß jeder krepiert.
Und die Puppen tanzen:
Kein Horror in Sodom und Gomorrha.
Immer lustig und vergnügt
bis der Arsch im Sarge liegt.
Immer lustig und vergnügt
bis der Arsch im Sarge liegt.

Verlag 2000 - Offenbach

ISBN 3-88534-208-1
DM 6,–